

Demokratiestabilisierung durch institutionellen Wandel?

Eine makrosoziologische Betrachtung der Entwicklung politischer Unterstützung nach strukturellen und prozessualen Veränderungen im wiedervereinigten Deutschland.

genehmigte
Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.)
am Fachbereich
Kultur- und Sozialwissenschaften
der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau
vorgelegt im
Promotionsfach Politikwissenschaft
Schwerpunkt Politische Einstellungsforschung
am 16.01.2025

von
Benjamin C. Sack

Datum der Disputation: 07.08.2025

Erstgutachter: Prof. Dr. Jürgen Maier
Zeitgutachter: Prof. Dr. Thorsten Faas

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	iv
1. Einleitung	1
1.1. Problemskizzierung: Deligitimierung, Dekonsolidierung und die (fortwährende) Krise der Demokratie	1
1.2. Forschungsfragen und Analysegegenstand	5
1.3. Forschungsbeitrag und methodisches Vorgehen	9
1.4. Aufbau des Dachpapiers	11
2. Theoretische Begriffsbestimmungen und Konzeptualisierungen: Politische Unterstützung	12
2.1. Theoretische Vorbemerkungen: Systemtheorie	12
2.2. Theorien politischer Systeme	14
2.3. Das Konzept der Politischen Unterstützung	19
2.3.1. Diffuse politische Unterstützung	21
2.3.1.1. Demokratieunterstützung	22
2.3.1.2. Demokratiekonzeptionen	22
2.3.2. Spezifische politische Unterstützung und Demokratiezufriedenheit	23
2.3.3. Nähe zum Konzept der Politischen Kultur und Relevanz für die Transformationsforschung	24
3. Theoretische Modelle zur Erklärung der Entwicklung politischer Unterstützung	26
3.1. Kulturalistischer Ansatz: (politische) Sozialisation	27
3.2. Institutionalistische Ansätze	29
3.2.1. Ökonomische Performanz	30

3.2.2.	Institutionelle Arrangements und Prozesse	31
3.3.	Theorien des lebenslangen Lernens	32
4.	Forschungsstand, Forschungslücken und Beiträge der einzelnen Artikel	34
4.1.	Sozialisation und die Entwicklung politischer Unterstützung	35
4.1.1.	Sozialisation und die Entwicklung der Demokratieunterstützung	35
4.1.2.	Sozialisation und die Entwicklung von Demokratiekonzeption	37
4.2.	Entscheidungsprozesse und -strukturen und die Entwicklung politischer Unterstützung	39
5.	Zusammenfassung der Artikel	41
5.1.	Studie 1: Sack (2024): Die Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland von 1998-2023	41
5.1.1.	Fragestellung und Bezug zum Dissertationsprojekt	41
5.1.2.	Methodisches Vorgehen	42
5.1.3.	Zusammenfassung der Befunde	43
5.1.4.	Kurzdiskussion	43
5.2.	Studie 2: Sack (2017b): Die Entwicklung normativer Demokratiekonzeptionen nach der Wiedervereinigung bis 2012	44
5.2.1.	Fragestellung und Bezug zum Dissertationsprojekt	44
5.2.2.	Methodisches Vorgehen	45
5.2.3.	Zusammenfassung der Befunde	46
5.2.4.	Kurzdiskussion	46
5.3.	Studie 3: Sack (2017a): Die Teilnahme an direktdemokratischen Abstimmungen als Einflussfaktor auf die spezifische Unterstützung	47
5.3.1.	Fragestellung und Bezug zum Dissertationsprojekt	47
5.3.2.	Methodisches Vorgehen	49
5.3.3.	Zusammenfassung der Befunde	49
5.3.4.	Kurzdiskussion	50
6.	Fazit und Gesamtdiskussion	51
	Literaturverzeichnis	55

A. Forschungsbeiträge	76
A.1. Übersicht der eingebrachten Artikel	76
A.2. Studie 1: Sack 2024	77
A.3. Studie 2: Sack 2017b	120
A.4. Studie 3: Sack 2017a	121
A.5. Erratum zu Studie 3	144
B. Erklärungen und Lebenslauf	147
B.1. Eidesstattliche Versicherung	147
B.2. Erklärung zur Vermittlung	148
B.3. Lebenslauf	149

Abbildungsverzeichnis

1.1.	Implizites Kausalmodell der politischen Kultur (Fuchs, 2002, S. 33) in vereinfachter Form mit Beitrag der einzelnen Artikel	9
2.1.	Das Basis-Modell des politischen Systems als Input/Output-Modell nach Easton (1965b, S. 32)	17
2.2.	Das implizite Kausalmodell des klassischen Konzepts der politischen Kultur nach Fuchs (2002, S. 33)	25
A.1.	Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg und Stuttgart in Abhängigkeit von der Teilnahme an der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘ (2011-2014)	144
A.2.	Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg und Stuttgart in Abhängigkeit des Gewinns der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘ (2011-2014) . .	145
A.3.	Vorhergesagte Werte der Demokratiezufriedenheit für Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer im zeitlichen und räumlichen Vergleich	145
A.4.	Vorhergesagte Werte der Demokratiezufriedenheit für Gewinner und Verlierer im zeitlichen und räumlichen Vergleich	146

1. Einleitung

1.1. Problemskizzierung: Deligitimierung, Dekonsolidierung und die (fortwährende) Krise der Demokratie

Die multiplen, globalen Krisen, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten erst zur Meta- und schließlich zur Polykrise¹ entwickelten, setzen die Demokratie weltweit immer stärker unter Druck. Islamistischer Terror und darauffolgende Kriege, weltweite Finanzkrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise, Klimakrise, Coronakrise, Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Inflation und Wirtschaftskrise. Wenn man eine Kette an Krisenereignissen zeichnen wollen würde, könnte sie ungefähr so aussehen. Mit der Annahme versehen, dass sich diese Ereignisse gegenseitig beeinflussen und verstärken, ergibt sich die Polykrise. Und auch wenn der Demokratie mindestens seit den 1970er Jahren (Crozier et al., 1975, S. 159) - wenn nicht gar seit Anbeginn der Demokratie überhaupt (Merkel, 2014, S. 11–12) - stets eine Krise attestiert wurde oder mit Gary Schaal übereinstimmend argumentiert werden könnte, der Demokratie Krisen zu attestieren gehöre „zum thematischen Kernbestand der Politikwissenschaft“ (Schaal, 2016, S. 327)², so sind die vergangenen beiden Jahrzehnte doch unzweifelhaft eine besondere Herausforderung für die Demokratie.

Denn die Krisenereignisse treffen zusammen mit globalen Umbrüchen und wirkmächtigen Transformationsprozessen: (1) ein in diesem Umfang nie gespürtes und weiter steigendes Ausmaß an Komplexität gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge, (2) ein Anstieg der so-

¹ Der Begriff „Polykrise“ wurde erstmals durch Adam Tooze (2022) in der Financial Times verwendet und vorgeschlagen zur Beschreibung der sich gegenseitig beeinflussenden Krisenphänomene unserer Zeit (Henig und Knight, 2023, S. 3; Beensen et al., 2023, S. 3). Dass der Begriff auch schnell innerhalb der Politikwissenschaft Verwendung fand, zeigt sich am jüngsten von der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft im dreijährigen Turnus durchgeführten Kongress, der unter dem Titel „Politik in der Polykrise“ von 24. bis 29. September 2024 an der Georg-August-Universität Göttingen stattfand.

² Aktuelle Forschung weist auch darauf hin, dass politische Krisen möglicherweise nicht im gleichen Maß zugenommen haben wie die Berichterstattung darüber, auch wenn die Zunahme der Krisenrhetorik und -berichterstattung eng mit strukturellen Veränderungen in Politik, Medien und gesellschaftlichen Dynamiken verbunden ist (Geiß et al., 2024).

zialen Ungleichheit im Rahmen einer sich ausweitenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse, (3) eine rasant fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung, sowie (4) eine nie dagewesene Informationsvielfalt, die die zwischenmenschliche Kommunikation durch soziale Medien und künstliche Intelligenz radikal verändert.

Der Modus der dauerhaften Polykrise, gepaart mit den genannten Umwälzungsprozessen, lässt die Unsicherheit in vielen Bevölkerungsteilen zunehmend wachsen und bedroht damit die Stabilität westlicher Demokratien, etwa durch autokratische Tendenzen sowie zunehmenden Populismus und einer daraus resultierenden Abwendung erheblicher Teile der Bevölkerung vom demokratischen Prozess. Keineswegs kann mehr vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama, 1989) und damit dem endgültigen Sieg der Demokratie über autokratische Herrschaftsformen ausgegangen werden, wie nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus. Die immer stärker werdende und sich ausweitende Polarisierung, welche den Druck auf den politischen Diskurs und die demokratische Entwicklung immens erhöht (Manow, 2020, S. 102, 174), stellt derzeit vermutlich eine der größten Gefahren für die Demokratie als Ganzes dar (Arbatli & Rosenberg, 2021; McCoy et al., 2018; Somer & McCoy, 2018).

Selbstredend ist die Diskussion über die Abwendung der Bevölkerung vom demokratischen Prozess nicht neu und man könnte durchaus im Sinne des Zitats Gary Schaals eine ganze Reihe von Krisenattesten aus den Beobachtungen und Analysen der empirischen Politikforschung der vergangenen fünfzig Jahre ausstellen. Jedoch hat sich der Blick der politischen Kulturforschung hier durchaus gewandelt. Wo zunächst in den 1970ern politische Entfremdung, politische Unzufriedenheit, fehlende Effektivitätsgefühle (Citrin, 1977; Finifter, 1970; Nachmias, 1974), eine Zunahme unkonventioneller, politischer Partizipation (Barnes et al., 1979) oder ein steigendes Misstrauen gegenüber der Politik (Citrin, 1974) attestiert wurden, wurde in den 1990ern dann schon mehr oder minder beruhigend von „*critical citizens*“ (Norris, 1999c, S. 13) oder „*dissatisfied democrats*“ (Hofferbert und Klingemann, 2001, S. 371–372; Klingemann, 1999, S. 31–32) gesprochen. Also von Bürgerinnen und Bürgern, die mit der Leistung oder einzelnen Akteuren demokratischer Systeme und deren Outputs zwar nicht zufrieden sind, aber der Demokratie als Ordnungssystem nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber stehen (Klingemann, 1999, S. 55–56).³ Belege für eine wirkliche Krise der Demo-

³ Vergleiche für einen Überblick der Entwicklung von Theorien und Befunden der Krise und Malaise der Demokratie auch Norris (1999c, S. 3–7) sowie Arzheimer (2002, S. 50–58).

kratie ließen sich somit keine finden (Klingemann, 1999, S. 31). Vielmehr, so die Annahme, bringt die Zeit zunehmend kritischere Bürgerinnen und Bürger hervor, die durchaus - nur anders - am demokratischen Prozess teilnehmen wollen.⁴ Die Beobachtung der demokratischen Malaise wurde somit mit der wahrgenommenen Forderung nach anderen Partizipationsformen und mehr direkter Beteiligung verbunden: Die veränderten Blickwinkel der Bürgerinnen und Bürger auf Regierungen führten zunehmend zu einer stärkeren Präferenz für eine Veränderung der repräsentativen Demokratie, da dieser ein demokratisches Defizit angelastet wurde (Dalton, 2004, S. 205; LeDuc, 2003, S. 19–20; Scarrow, 2003; Vetter, 2008, S. 9).

Jüngste empirische Betrachtungen vergleichender Studien zeigen aber auch rückläufige Entwicklungen und lassen Fragen offen. Nicht zuletzt die Ergebnisse von Foa und Mounk (2016, 2017) und deren Annahme einer „De-Konsolidierung“ haben eine breite Debatte über ein mögliches „*democratic backsliding*“ (Waldner & Lust, 2018), eine „*democratic regression*“ (Diamond, 2021) oder schlicht die „dritte Welle der Autokratisierung“ (Lührmann & Lindberg, 2019), die als Gegenbewegung zu den letzten großen Demokratisierungswellen (Huntington, 1991) zu beobachten sei, ausgelöst.⁵

Was bisher nur für Transformationsstaaten angenommen wurde, gilt nun im Zuge der Entwicklung rund um diese dritte Welle der Autokratisierung also scheinbar für etablierte Demokratien. Eine Re-Autokratisierung startet demnach damit, dass zunächst die (institutionalisierte) Demokratie als politische Entscheidungsform delegitimiert wird und ein Prozess der De-Konsolidierung beginnt (Lührmann, 2021, S. 1020–1022). Entlehnt sind diese Überlegungen dem Paradigma der Politischen Kultur (Almond & Verba, 1963) und dem Konzept der Politischen Unterstützung (Easton, 1965b, 1975), in derer beider Grundannahmen davon ausgegangen wird, dass eine spezifische Ausgestaltung eines politischen Systems ein gewisses Maß an politischer Unterstützung bzw. eine kongruente politische Kultur für sei-

⁴ So auch schon Kaase und Barnes (1979), wenn auch hier der Fokus auf alternativen und „unkonventionellen“ Partizipationsformen wie Protestverhalten lag.

⁵ Empirische Untersuchungen kommen hier zu unterschiedlichen Ergebnissen. Während es auf der einen Seite warnende bis alarmierende Stimmen über eine starke Abwendung von der Demokratie gibt, insbesondere in den nachfolgenden Generationen (Foa & Mounk, 2016, 2017; Huang, 2023), gibt es Untersuchungen, die für solche Entwicklungen nur teilweise empirische Evidenz finden (Fernández Guzmán Grassi et al., 2024; Kriesi, 2020), diese ganz negieren (Levitsky & Way, 2015; Spittler, 2020; Wuttke et al., 2020, 2022, 2023), oder sogar das Gegenteil sehen und erwarten (Inglehart, 2016; Welzel, 2021; Zilinsky, 2019). Zunehmend wird auch eine Widerstandskraft der Demokratie im Sinne einer „demokratischen Resilienz“ attestiert (Boese et al., 2021; Lührmann, 2021; Merkel & Lührmann, 2021).

ne Überlebensfähigkeit (Persistenz) benötigt (Almond, 1980; Fuchs, 2002). Demokratie muss „the only game in town“ (Linz & Stepan, 1996, S. 5) sein, um von ihr an diesem Punkt als konsolidiert sprechen zu können. Und im Rahmen der Annahmen des Politischen Kultur-Paradigmas gilt dies auch (und fortwährend) für etablierte Demokratien.⁶ Diesem Prozess kann vor allem mit dem Aufbau demokratischer Resilienz entgegnet werden (Lührmann, 2021, 1030ff).

Auch nach 60 Jahren politischer Kulturforschung und unterschiedlicher Evidenzen ist jedoch immer noch nicht klar, wie genau diese Resilienz aufgebaut wird, was es an Strukturen, an Prozessen oder an deren Anpassung benötigt, um dafür zu sorgen, dass Demokratie „the only game in town“ bleibt. Auch und gerade wenn sie in Zeiten der Krise unter Druck gerät. Wie sich also Demokratien eine unterstützende Basis erhalten, die ihr Überleben sichert, ist ein weiterhin offener Forschungsgegenstand. Dies ist jedoch eine Frage, die in den Zeiten der angesprochenen Polykrise immer mehr an Relevanz gewinnt. Umso drängender stellt sich also die Beantwortung in den Vordergrund, wie die Persistenz der Demokratie gewährleistet und damit letzten Endes, wie die Unterstützung der Demokratie durch Bürgerinnen und Bürger erhöht werden kann.⁷ Auch wenn die vorhandenen Untersuchungen zum Rückgang der Demokratieunterstützung einen wichtigen Beitrag zum Verständnis des Wandels politischer Einstellungen und dessen Dynamiken leisten, ist bisher in Form gesicherter Erkenntnis immer noch erstaunlich wenig darüber bekannt, wie sich Demokratie stabilisierende Einstellungen in zeitlicher Perspektive entwickeln. Wie Demokratien somit langfristige Stabilität forcieren können um nicht unterzugehen und welche Rolle institutionelle Veränderungen, als einzige Möglichkeit des Systems selbst auf diese Entwicklung einzuwirken, spielen.

⁶ Auch wenn nachvollziehbar ist, dass Linz und Stepan (1996) damit dem Umstand Ausdruck verleihen wollten, dass eine qualifizierte Mehrheit der Demokratie als überlegenes Herrschaftssystem zustimmen und stark verbunden sein muss, ist es bisher immer noch eine offene Frage wie sich diese Mehrheit quantifizieren lässt und ob es einen kritischen Schwellenwert gibt. Diamond (1999) hat den Versuch unternommen, diese Mehrheit etwas klarer zu benennen, allerdings ist nach wie vor nicht klar, wie genau diese Mehrheit gestaltet ist und was genau sie bevorzugt.

⁷ Für eine detaillierte, theoretische Argumentation, warum die Persistenz des Systems von der Unterstützung durch seine Bürgerinnen und Bürger abhängt, siehe Kap 2.3.

1.2. Forschungsfragen und Analysegegenstand

Diesen Fragen nehmen sich die hier als kumulative Dissertation eingebrachten Aufsätze an. Im Fokus des ihnen gemeinsamen Forschungsinteresses liegt die Entwicklung von Demokratie befürwortenden Einstellungen nach institutionellen Veränderungen, sowohl struktureller, als auch prozessualer Art - da dies die einzigen Möglichkeiten des Systems selbst sind, auf Stress von außen zu reagieren und somit eine Anpassungsleistung zu vollziehen. Anliegen der drei Aufsätze ist es, einen substanziellen Beitrag zur folgenden, übergeordneten Frage und den sich daraus ergebenden Folgefragen zu leisten: *Wie entwickeln sich Demokratie befürwortende Einstellungen nach strukturellen und prozessualen Veränderungen in zeitlicher Perspektive?*

Den Analysegegenstand hierzu bildet das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu verschiedenen Zeitpunkten und die spezifischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie. Zwei der Untersuchungen richten sich dabei auf den Vergleich der Bevölkerungen in Ost- und Westdeutschland und eine Studie untersucht die Entwicklung von Einstellungen rund um die direkt-demokratische Abstimmung in Baden-Württemberg, die im Rahmen des Infrastrukturprojekts „Stuttgart 21“ im November 2011 stattfand.

Die eingangs skizzierten Entwicklungen in der Erforschung der demokratischen Malaise sind für die Betrachtung der Bundesrepublik aus zwei Gründen von besonderer Relevanz. Zum einen erlaubt der Umstand der Wiedervereinigung den Vergleich einer konsolidierten, mit einer in Teilen nach wie vor in Transformation befindlichen Zivilgesellschaft, die zusammen ein politisches System bilden. Dies klingt nach einer zunächst harten Diagnose und damit ist nicht gemeint, dass Ostdeutschland ein separater, nicht-demokratischer Staat wäre. Jedoch zeigt die Menge an Analysen und Untersuchungen politischer Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb der deutschen Politikwissenschaft mit dem Fokus auf die Betrachtung des „Zusammenwachsens“, sowie deren Ergebnisse, dass dieser Prozess noch nicht endgültig abgeschlossen ist.⁸ Dies ist außerdem von besonderer Relevanz mit Blick

⁸ Exemplarisch kann an dieser Stelle nur auf eine Reihe von Sammelbänden verwiesen werden, die seit Mitte der 90er in fast regelmäßigen Abständen erscheinen und stets auf die noch oder nicht mehr vorhandenen Unterschiede in Bezug auf die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen zwischen Ost- und Westdeutschen fokussieren (Bertram, 1995; Elf et al., 2022; Falter et al., 2000, 2006; Gabriel et al., 2005; Keil & van Deth, 2012; Krause & Ostner, 2010). Erst in jüngerer Vergangenheit ergaben sich zum selben Themen-

auf die Wahl von Anti-Systemparteien, die in ostdeutschen Landtagswahlen durchgängig höhere Ergebnisse erzielen. Somit gewinnt der Kontext „Transformation“, als stärkste Form der institutionellen Veränderung in Form von Regimewechseln, erhöhte Relevanz und sollte stets mitbedacht werden.

Zum anderen wurde auch hier die Debatte der demokratischen Malaise im akademischen aber insbesondere auch im öffentlichen Diskurs unter dem Begriff „Politikverdrossenheit“ (Arzheimer, 2002, S. 16–17; Maier, 2000, S. 13–14) geführt. Damit verbunden ist somit auch in der Bundesrepublik die Forderung nach Veränderung und Anpassung der repräsentativen Demokratie durch mehr Partizipation und somit die Idee der „direkten Demokratie als Ausweg“ (Kaina, 2002; Kielmansegg, 2006). Auch diese Idee wurde sowohl in der akademischen, wie in der öffentlichen Debatte geäußert. Insbesondere rund um die Geschehnisse des Umbaus des Stuttgarter Bahnhofes kam es zu einer großen, öffentlichen Diskussion in der etwa der Begriff des „Wutbürgers“ geprägt wurde. Einige Stimmen erkannten in dem Prozess somit etwa „Möglichkeiten zur Repolitisierung politischer Repräsentation“ (Thaa, 2013, S. 16). Hierdurch, sowie durch den Umstand, dass die Durchführung direkt-demokratischer Abstimmungen in Ergänzung zur repräsentativen Demokratie als einer der stärksten Formen der prozessualen Veränderungen gesehen werden kann, gewinnt dieser Kontext verstärkte Bedeutung im Rahmen des Forschungsinteresses.

Die Aufsätze, die in dieser Arbeit zusammengetragen sind, gehen also einer zentralen übergeordneten Fragestellung nach, deren Abstraktionsniveau in einem ersten Schritt allgemein abgesenkt werden kann: Wie wirkt sich die Erfahrung mit demokratischen Institutionen (Prozessen und Strukturen) auf Demokratie befürwortende Einstellungen in zeitlicher Perspektive aus? Diese Frage richtet ihren Blick in der Tradition der politischen Kulturforschung (Almond & Verba, 1963; Easton, 1965b) auf die Stabilität und Persistenz von politischen Systemen, insbesondere auf Demokratien (Fuchs, 2002, 30ff). Ihr inhärent ist die fundamentale Grundannahme der Theorie sozialer Systeme (Luhmann, 1984; Parsons, 1971), der auch hier gefolgt wird, dass vor allem die Strukturen und Prozesse, innerhalb derer Kommunikation stattfindet, individuelle Einstellungen prägen. Auch wenn der Analysegegenstand auf ein Land beschränkt ist, ist mit den einzelnen Artikeln und den dort durchge-

spektrum jedoch auch zwei Special Issues der *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (Reiser et al., 2023) und von *German Politics* (Reiser & Reiter, 2023).

fürten Analysen somit die Möglichkeit verbunden, Rückschlüsse für die Entwicklung der Demokratie als Ganzes zu ziehen.

Mit Blick auf vorhandene theoretische Konzeptualisierungen, theoretische Erklärungsmodelle und die bisherigen Ergebnisse des Forschungsstands, lässt sich diese übergeordnete Frage sowohl auf der Ebene der abhängigen Variablen, als auch auf der Ebene der Erklärungsfaktoren gewinnbringend differenzieren. Hierdurch kann eine Spezifizierung und vor allem eine weitere Absenkung des Abstraktionsniveaus erreicht werden.

Den analytischen Rahmen für die Untersuchung und die Differenzierung Demokratie befürwortender Einstellungen bietet die allgemeine Systemtheorie und insbesondere die daraus resultierende Theorie politischer Systeme in der Tradition von David Easton (1965b, 1975) und seinem Konzept der Politischen Unterstützung innerhalb dessen zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung unterschieden wird. Zur Differenzierung der Erklärungsfaktoren kann das „implizite Kausalmodell der politischen Kultur“ (Fuchs, 2002, 30ff) heran gezogen werden, innerhalb dessen drei dieser Faktoren unterschieden werden, die auf die Entwicklung von Einstellungen gegenüber dem politischen System wirken: die Sozialisation, die Erfahrung mit den alltäglichen Performanzen des Systems und die Erfahrung mit den institutionellen Mechanismen.

Auf der ersten Ebene - der Ebene Demokratie befürwortender Einstellungen - wird differenziert zwischen der Demokratieunterstützung, dem Demokratieverständnis und der Demokratiezufriedenheit.⁹ Auf der zweiten Ebene wird die Erfahrung mit demokratischen Institutionen differenziert: zwischen dem Aufwachsen in einer Demokratie im Vergleich zu einem nicht-demokratischen System einerseits und der Teilnahme an direkt-demokratischen Entscheidungsverfahren andererseits.¹⁰

Aus diesen beiden Differenzierungen und ihrer jeweiligen Kombination auf Basis theoretischer Überlegungen ergeben sich Forschungsfragen auf einem niedrigerem Abstraktions-

⁹ Für eine ausführliche konzeptuelle Differenzierung und Einordnung dieser Variablen in das Konzept von Easton vgl. Kap 2.3.

¹⁰ Während das Aufwachsen in einer Demokratie offensichtlich ein Faktor der politischen Sozialisation ist (Easton & Dennis, 1969; Hyman, 1959), ist dies für die direkt-demokratische Beteiligung nicht direkt ersichtlich. Unter Berücksichtigung der beteiligungsorientierten Ansätze von Pateman (1970), Barber (1984) oder auch Fishkin (1995) könnte jedoch durchaus argumentiert werden, dass die Teilnahme an Partizipationsprozessen (sei es nur an Wahlen oder auch an Verfahren, die über Wahlen hinaus gehen) Sozialisationscharakter hat, indem sie Wissen vermittelt, Kompetenz fördert, Diskussion anregt, die Wahrnehmung unterschiedlicher Perspektiven ermöglicht und so auf Entwicklung und Wandel politischer Einstellungen gegenüber der Demokratie wirkt.

niveau, die für die einzelnen Studien untersuchungsleitend waren. In Bezug auf das Aufwachsen in einer Demokratie und der damit verbundenen Sozialisation als Ausprägung der Erfahrung mit demokratischen Institutionen, liegt es aus theoretischer Perspektive nahe, langfristig gefestigte Einstellungen zu untersuchen.¹¹ Diesbezüglich wird somit auf jene abhängigen Variablen fokussiert, die als langfristig gefestigte Einstellungen (diffuse Unterstützung, vgl. Kap. 2.3) gelten können: Einerseits auf die Unterstützung der Demokratie als Ordnungsform (i.S. der Legitimitätsüberzeugung) und andererseits auf das bevorzugte Modell der Demokratie, also auf das Demokratieverständnis. Aus dieser Differenzierung lassen sich auf niedrigerem Abstraktionsniveau Forschungsfragen ableiten.

Forschungsfrage 1a: Wie entwickelt sich die Demokratieunterstützung nach einer grundlegenden, strukturellen Veränderung, in Form eines Regimewechsels?

Forschungsfrage 1b: Wie entwickelt sich die Präferenz bestimmter Demokratiemodelle nach einer grundlegenden, strukturellen Veränderung, in Form eines Regimewechsels

Die Teilnahme an direkt-demokratischen Entscheidungen als Ausprägung auf der Ebene der Erfahrung mit den institutionellen Mechanismen wird in Bezug zu output-orientierten Bewertungen der Demokratie gesetzt. Es ist somit logisch folgerichtig hier auf kurzfristig wandelbare Einstellungen (spezifische Unterstützung, siehe Kap. 2.3) zu fokussieren. Es werden somit Erfahrungen mit den institutionellen, insbesondere prozessualen, Mechanismen des politischen Regimes mit der Bewertung des Funktionierens der Demokratie in Beziehung gesetzt. Auch hieraus lassen sich weitere Forschungsfragen ableiten, u.a.:

Forschungsfrage 2: Wie entwickelt sich die Demokratiezufriedenheit nach prozessualen Veränderungen, die auf eine stärkere Beteiligung setzen?

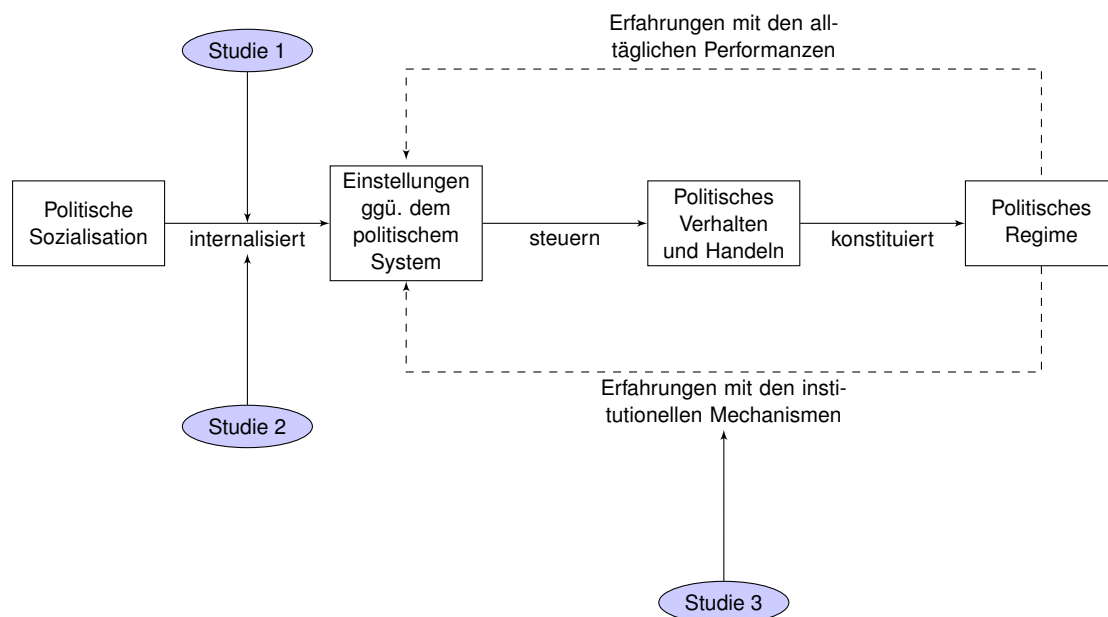
Diesen Forschungsfragen wird im Rahmen der drei eingebrachten Studien nachgegangen, die damit eint, dass sie auf die Bundesrepublik Deutschland als Analysegegenstand und auf einzelne Dimensionen politischer Unterstützung als abhängige Variablen fokussieren. Daneben haben sie gemeinsam, dass sie institutionelle Veränderungen und deren Erfahrung als Erklärungsfaktoren untersuchen.

¹¹ Für eine ausführliche Argumentation hierzu siehe Kap 2.3.

1.3. Forschungsbeitrag und methodisches Vorgehen

In Bezug auf diese Erklärungsfaktoren lohnt ein Blick auf das „implizite Kausalmodell der politischen Kultur“ wie es von Fuchs (2002) vorgeschlagen wurde und das in einer vereinfachten Form in Abb. 1.1 dargestellt ist. Dies dient zur Veranschaulichung welchen zusammenhängenden Forschungsbeitrag die einzelnen Aufsätze diesbezüglich leisten. Hier sind die Dynamiken der Entwicklung von Demokratie befürwortenden Einstellungen und deren Folgen sowie Rückkopplungen dargestellt.¹² Durch die politische Sozialisation werden Einstellungen gegenüber dem System internalisiert, die wiederum Verhalten und Handeln politischer Art steuern, was die Form des politischen Regimes konstituiert. Dieses wirkt über die alltäglichen Performanzen und die Erfahrungen mit den institutionellen Mechanismen (Strukturen und Prozesse) direkt auf die Einstellungen gegenüber dem politischen System.¹³

Abbildung 1.1.: Implizites Kausalmodell der politischen Kultur (Fuchs, 2002, S. 33) in vereinfachter Form mit Beitrag der einzelnen Artikel



Zu den abgeleiteten Forschungsfragen hat bereits Forschung in einem umfassenden Ausmaß mit einer Vielzahl an Beiträgen stattgefunden. Nichtsdestotrotz bestehen weiterhin

¹² Diese Darstellung dient ausschließlich zur Veranschaulichung der Verortung der einzelnen Artikel, die ausführliche Darstellung des Originals findet in sich Abb. 2.2 in Kap. 2.3.3.

¹³ Daneben wirkt das Regime (genauer: seine institutionelle Struktur) durch eine Rückkopplung vermittelt über die Sozialisation ebenfalls auf Einstellungen gegenüber dem politischen System. Der Pfeil für diese unterstellte Kausalrichtung ist in dieser vereinfachten Darstellung hier nicht abgebildet.

Forschungslücken, die es für ein umfassenderes Bild zu schließen gilt. Diesen Beitrag liefern die einzelnen Artikel, die im Rahmen dieser kumulativen Arbeit als Dissertation zusammenhängend eingereicht werden. Insbesondere mangelt es an langfristigen Untersuchungen, die Demokratie befürwortende Einstellung in ihrer zeitlichen Entwicklung betrachten und mit einem expliziten Test auf die einzelnen Erklärungsfaktoren hin untersuchen.

Mit Blick auf die zuvor aufgestellten und im Kausalmodell der politischen Kultur verorteten Forschungsfragen lässt sich unter Berücksichtigung des Forschungsstands (Kap. 4) konstatieren: 1.) In der systematischen Forschung zur Frage, welchen Einfluss die politische Sozialisation auf die Entwicklung der Demokratieunterstützung hat, fehlt eine umfassende Analyse, die auf das Identifikationsproblem bei Kohortenstudien Rücksicht nimmt und die Indikatoren, die es zur Messung der Demokratieunterstützung gibt, zusammenfassend heranzieht um diesen Einfluss zu überprüfen. Diese Lücken schließt Studie 1 (Sack, 2024) 2.) Es gibt wenig bis keine Forschung zur Frage, welchen Einfluss die politische Sozialisation auf das Demokratieverständnis hat, da bisher wenig bis keine Daten in langer Frist oder in notwendigem Abstand mit geeigneten Messinstrumenten verfügbar sind. Diese Lücke schließt Studie 2 (Sack, 2017b) 3.) Es gibt wenig bis keine Forschung zum Einfluss der Teilnahme an direkt-demokratischen Abstimmungen auf die politische Unterstützung, wie sich also diese spezifische Erfahrung mit institutionellen Mechanismen auf die Entwicklung Demokratie befürwortender Einstellungen auswirkt. Diese Lücke schließt Studie 3 (Sack, 2017b).¹⁴

In methodischer Hinsicht vereint die drei Studien, dass sie den jeweiligen Forschungsfragen durch die Analyse von langfristig angelegten Umfragedaten in quasi-experimentellen Settings begegnen. Studie 1 und 2 betrachten als Untersuchungskontext die deutsche Wiedervereinigung, die vereinzelt als „natürliches Experiment“ (Offe, 2020) bezeichnet wurde. Dieser historisch einmalige Kontext erlaubt es, zwei Teile einer Bevölkerung miteinander zu vergleichen, die auf eine gemeinsame Geschichte blicken, dann für 40 Jahre geteilt und unterschiedlichen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen ausgesetzt waren, welche einen Einfluss auf eine Vielzahl sozialer Variablen hatte und deren analytischer Vergleich nach der Wiedervereinigung möglich ist (Vogt, 2013). Auch wenn der Begriff des „na-

¹⁴ Bezüglich dieser Aussagen zu den Studien 2 und 3 muss relativierend eingeworfen werden, dass sie sich auf den Stand der Forschung zum Zeitpunkt des Erscheinens der beiden Artikel (2017) beziehen. Durch die nachfolgende Forschung hat sich dieser Umstand geändert. Darauf wird in den zugehörigen Kurzdiskussionen in 5.2 und 5.3 jeweils eingegangen und auf die Folgeforschung Bezug genommen.

türlichen Experiments“ weithin metaphorisch zu verstehen ist und dieses vom klassischen Versuchsaufbau wissenschaftlicher Experimente sowohl in den Natur- wie den Sozialwissenschaften (Faas & Huber, 2010) klar abzugrenzen ist, kann die einmalige Situation der deutschen Wiedervereinigung nur schwer geleugnet werden und auf Basis der Erkenntnisse zur Entwicklung politischer Einstellung auch über diesen Kontext hinaus Schlussfolgerungen geschlossen werden. Studie 3 blickt u.a. auf Vorher-Nachher-Messungen rund um eine direkt-demokratische Abstimmung, die als Treatment aufgefasst werden kann. Eine Randomisierung fand freilich nicht statt.

1.4. Aufbau des Dachpapiers

Im Folgenden findet zunächst die Konzeptualisierung der abhängigen Variablen durch die Verortung im Konzept der Politischen Unterstützung statt. Hierfür werden zunächst Vorbemerkungen zur allgemeinen Systemtheorie und die Zusammenfassung der Theorie des politischen Systems nach David Easton vorangestellt. Aufbauend hierauf wird die Unterscheidung zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung explizit dargestellt und kurz auf die Gemeinsamkeiten und die Nähe des Konzepts der Politischen Unterstützung zum Konzept der Politischen Kultur eingegangen. Darauf folgt die Zusammenstellung der wesentlichen Modelle zur Erklärung der Entwicklung der betrachteten abhängigen Variablen: politische Sozialisation, institutionalistische Ansätze sowie als Ergänzung zur Vollständigkeit die Theorie des lebenslangen Lernens. Anschließend wird in einem kurzen Überblick auf die wesentlichen Forschungslücken eingegangen und aufgezeigt, wie die einzelnen Beiträge diese schließen. Ebenfalls in einem kurzem Überblick werden die einzelnen Artikel vorgestellt mit einem Fokus auf die jeweils untersuchte Fragestellung und den Bezug zum Rahmen der gesamten Arbeit, auf das methodische Vorgehen innerhalb des jeweiligen Beitrags, auf die wichtigsten Befunde und mit einer jeweiligen Kurzdiskussion, in der die Limitationen kurz zusammengefasst werden. Dieses Dachpapier schließt mit einem Fazit und einer Gesamtdiskussion der übergeordneten Forschungsfrage vor dem Hintergrund der Ergebnisse der einzelnen Artikel.

2. Theoretische Begriffsbestimmungen und Konzeptualisierungen: Politische Unterstützung

Nachfolgend werden die zentralen abhängigen Variablen der jeweiligen Studien konzeptualisiert und damit theoretisch eingeordnet. Hierfür werden zunächst einige Vorbemerkungen des übergeordneten, theoretischen Rahmens des hier verwendeten Konzepts voraus gestellt. Dies umfasst eine kurze Darstellung der allgemeinen Systemtheorie. Daran anschließend wird die Theorie des politischen Systems, insbesondere nach David Easton (1965b), und das darin enthaltene Konzept der Politischen Unterstützung zusammenfassend und mit einem Fokus auf die untersuchten abhängigen Variablen und deren Verknüpfung dargestellt. Das Kapitel schließt mit einer kurzen Zusammenfassung zur Nähe des Unterstützungskonzepts zum Konzept der Politischen Kultur nach Almond und Verba (1963).

2.1. Theoretische Vorbemerkungen: Systemtheorie

So allgemeingültig wie möglich könnte man formulieren: In dieser Arbeit geht es um die Veränderung von Systemen und deren Auswirkung auf Menschen. Genauer spezifiziert lautet die rahmengebende Fragestellung (etwas allgemeingültiger formuliert als in Kap. 1.2): Welches sind die langfristigen Auswirkungen struktureller und prozessualer Veränderungen innerhalb eines politischen Systems auf die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber jenem? Der Forschungsgegenstand wird auf der Ebene des politischen Systems auf Demokratien eingegrenzt und auf der Ebene der Einstellungen auf Legitimitätsüberzeugungen und Performanzbewertungen. Für eine gemeinsame, theoretische Bestimmung dieser Legitimitätsüberzeugungen und Performanzbewertungen als zentrale abhängige Variablen wird auf das Konzept der „Politischen Unterstützung“ von David Easton (1965b) aus seiner theoretischen Ausarbeitung des politischen Lebens zurückgegriffen, die sich in der Tradition der allgemeinen Systemtheorie und den grundlegenden Überlegungen der Kybernetik

verorten lässt. Zur vollständigen Einordnung dieses Konzepts ist daher eine kurze Vorbemerkung der theoretischen Voraussetzungen, die sich mit der allgemeinen Systemtheorie verbinden, unerlässlich. Dies kann mit Blick auf den Rahmen dieser Arbeit jedoch nur in aller gebotener Kürze geschehen.

Den Ursprungspunkt der allgemeinen Systemtheorie zu datieren ist nahezu unmöglich. Die Verwendung des vormodernen Begriffs „System“ geht vermutlich zurück bis Aristoteles, der Kulminationspunkt des „kodifizierten Systembegriffs“ der allgemeinen Systemtheorie kann allerdings in den 1920er und 1930er Jahren verortet werden, in einer Zeit der Krise der Naturwissenschaften und der damit verbundenen Entwicklung der „Neuen Physik“ (Müller, 1996, S. 37). Der Ausgangspunkt zur Entwicklung der theoretischen Überlegungen, die den Rahmen für die hier genutzten Konzepte bilden, kann deutlich mit der Idee einer allgemeinen Systemlehre und deren Entwicklung durch Ludwig van Bertalanffy gesetzt werden. Zentral in Bertalanffys Arbeiten ist die Abwendung von der Theorie geschlossener Systeme, dem damit verbundenen mechanistischem Weltbild und der Idee des kausalen Determinismus (Müller, 1996, S. 64–70). Diesen setzt er die „methodologischen Prinzipien einer Theorie offener Systeme“ entgegen (Müller, 1996, S. 74). Zusammengefasst bietet Bertalanffys Theorie einen Rahmen, um lebende Systeme als komplexe, dynamische Prozesse zu begreifen, die sich durch einen Austausch mit ihrer Umwelt auszeichnen und sich dadurch nicht in einem dauerhaften Gleichgewicht, sondern in einer Fließbeziehung befinden (Bertalanffy, 1950, S. 23). Geschlossene Systeme wurden hierdurch die Ausnahme und die Welt als Ansammlung offener Systeme begriffen (Luhmann, 1984, S. 22).

Dieses neue Paradigma offener Systeme war zentral in der weiteren Entwicklung der allgemeinen Systemtheorie. Hiermit verbunden und ebenso zentral war die Einführung des „Feedback-Loops“ durch Wiener (1948), die zugleich den Startpunkt zur Entwicklung der Kybernetik als „science of everything“ darstellt und damit die ersten Konzeptualisierungen im Rahmen der „kybernetischen Revolution“ (Müller, 1996, 122ff) ermöglichte, die die allgemeine Systemlehre nun auch für andere Wissenschaften öffnete.

Feedback gilt fortan als ein Schlüsselement, um (komplexe) Systeme in Richtung eines gewünschten Zustands zu regulieren. Dies wird in Steuerungsprozessen sichtbar, bei denen Informationen genutzt werden, um Abweichungen zu korrigieren. Wiener (1948, 96ff) argumentiert, dass sowohl mechanische Systeme (z. B. Thermostate) als auch biologische Sys-

teme (z. B. Homöostase im menschlichen Körper) Feedback nutzen, um sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. Hierdurch erlangt auch Kommunikation eine bedeutende Relevanz, da hierin der Prozess der (Selbst-)Steuerung komplexer Systeme gesehen wird und die Kybernetik wird zur „Wissenschaft von Steuerung und Kommunikation“ (Ashby, 1956, S. 15)

Während die Konzeption Bertalanffys noch stark naturwissenschaftlich orientiert war, insbesondere am Fach der Biologie, halfen Kybernetik und Informationstheorie diese Begriffe und Überlegungen zu generalisieren und diese darüber hinaus für „eine explizit sozialwissenschaftliche Perspektive“ (Müller, 1996, S. 89) zu öffnen. Insbesondere die Kommunikationstheorie nach Shannon und Weaver (1949) macht es möglich, Information als allgemeines Maß für die Strukturiertheit von Systemen aufzufassen und damit „die Idee eines selbstorganisierten Systems über biologische Kontexte hinaus“ zu generalisieren (Müller, 1996, S. 105).

Zusammengefasst sind Systeme aus kybernetischer Sicht damit in Form von Input-Output Modellen¹⁵ darstellbar, in die aus einer Umwelt ein Input einfließt, dort auf Basis der des Systems inhärenten Strukturen und Prozesse verarbeitet wird und als Output an die Umwelt abgegeben wird. Zusätzlich reguliert sich ein solches System über die von der Umwelt einfließenden Inputs selbst (Feedback) und passt sich auf dieser Basis an die Umweltbedingungen an. Die Strukturen und Prozesse innerhalb des Systems werden in dieser Modellierung als „*black box*“ interpretiert (Ashby, 1956, S. 164–175).

2.2. Theorien politischer Systeme

Durch die Entwicklungen in der allgemeinen Systemtheorie und der Kybernetik sowie dem Bestreben, deren Erkenntnisse in das Feld des sozialen Lebens zu übertragen, hat sich schnell ein Interesse entwickelt, politische Prozesse mit Hilfe dieses Instrumentariums zu beschreiben, wodurch mehrere Theorien politischer Systeme (oder auch Systemtheorien des Politischen) in kürzerer Zeit in den 1950er und 1960er Jahren entstanden sind (Almond, 1956; Deutsch, 1963; Easton, 1957; Luhmann, 1968).

¹⁵ Generell gelten die Konzepte des offenen Systems und das Input/Output-Modell als komplementäre Theorie und lange Zeit beherrschendes Paradigma der allgemeinen Systemtheorie: Wenn in der Konzeptualisierung von offenen Systemen ausgegangen wird, sind Input/Output-Mechanismen die logische Folge (Luhmann, 1984, S. 22–24; Luhmann, 2004, S. 46–47)

Teilweise aufbauend auf den Überlegungen zur Konzeption sozialer Systeme durch Talcott Parsons (1951), jedoch ebenso in klarer Abgrenzung zu dessen Überlegungen (Easton, 1957, S. 390) sowie auf Basis einer anderen Motivation, entwickelte auch David Easton seine Theorie des Politischen Systems in einer Reihe von Publikationen in dieser Zeit (Easton, 1953, 1957, 1965a, 1965b) und darüber hinaus (Easton, 1975, 1976).¹⁶ Die Entwicklung und Kulmination der vorangegangenen, theoretischen Überlegungen aus Kybernetik und allgemeiner Systemtheorie legen den Grundstein für dessen Konzeption des politischen Systems, das einem „kybernetischen Modell des politischen Prozesses“ (Hellmann, 2003, S. 181) entspricht. So bezieht sich Easton an mehreren Stellen seines Werks auf die Grundväter der Kybernetik wie John v. Neumann (Easton, 1965b, S. 9), Norbert Wiener (Easton, 1965b, S. 368) oder W. Ross Ashby (Easton, 1965a, S. 92) und konzipiert sein Modell des politischen Systems als Regelsystem und „Diagramm von Informationsflüssen“ (Müller, 1996, S. 113).

Dabei geht es Easton in seiner Konzeption zunächst eigentlich vor allem darum, die von ihm wahrgenommene Malaise der Politikwissenschaft durch die Zusammenführung eines Forschungsprogramms sowie durch die Schaffung eines analytischen Rahmens für die gesamte Disziplin zu beenden (Easton, 1953, S. 38–51). Hiefür scheint ihm der Begriff des Systems als analytische Kategorie angemessen und nutzbar, um das politische System als den zentralen Analysegegenstand der Politikwissenschaft zu definieren (Easton, 1953, S. 60–61). Die ersten Entwicklungen einer vollständigen Systemtheorie der Politik legt Easton dann Ende der 1950er Jahre vor (Easton, 1957), ehe sie in seinen beiden Hauptwerken (Easton, 1965a, 1965b) endgültig ausformuliert wird.

Zentral und aus den grundsätzlichen Überlegungen des Strukturfunktionalismus (Parsons, 1951) abgeleitet, geht Easton davon aus, dass soziale Systeme sich durch eine ihnen inhärente, zu erfüllende Funktion voneinander unterscheiden (Easton, 1965b, S. 21). In strenger

¹⁶ Auf eine Darstellung der Theorie sozialer Systeme - sozusagen als Oberkategorie - etwa durch das strukturfunktionalistische Konzept von Talcott Parsons (1951, 1969) oder die Theorie selbstreferentieller sozialer Systeme von Niklas Luhmann (1984) wird an dieser Stelle ausdrücklich verzichtet. Zwar ist erwähnenswert, dass Easton sich mit Parsons und seiner Theorie auseinandersetzte (Fuhse, 2005, S. 22; Müller, 1996, S. 190), allerdings fand die Formulierung von Eastons Theorie in klarer Abgrenzung zu Parsons (Fuhse, 2005, S. 22, 39) und aus eigenem Unverständnis gegenüber dessen Konzepten (Easton, 1957, S. 390) statt. Zweifelsohne hat Parsons erheblichen Anteil daran, den Systembegriff aus soziologischer (und damit politikwissenschaftlicher) Sicht nutzbar gemacht zu haben, allerdings ist seine Theorie des Strukturfunktionalismus mit dem zugehörigen AGIL-Schema zur Beschreibung der Gesellschaft, ebenso wie die Theorie selbstreferenzieller sozialer Systeme, die Luhmann aufbauend auf den Ideen Parsons entwickelte, nicht ohne Kritik geblieben. Insbesondere aufgrund des Abstraktionsniveaus und der dadurch fehlenden Nutzarmachung zur Überprüfung von Hypothesen aus empirisch-analytischer Sicht.

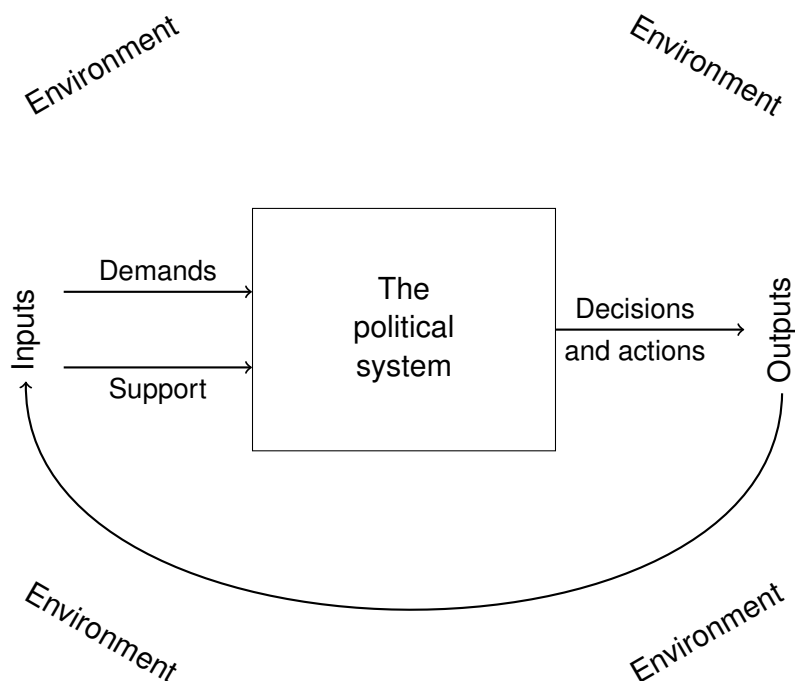
Abgrenzung zu Parsons Strukturfunktionalismus sieht er das politische System aber nicht als eine Funktion neben vielen, um das soziale System als Ganzes aufrecht zu erhalten, sondern als ein soziales System neben anderen sozialen Systemen (Easton, 1957, S. 384). In der logischen Schlussfolgerung definiert Easton dann zunächst das politische Leben in Abgrenzung zum weiteren sozialen Leben als die autoritative Verteilung von Werten (Easton, 1953, S. 106). Er erarbeitet diese Definition in seinem ersten Werk *The Political System*, in dem er sich auch klar gegen den Macht- und für den Systembegriff zur Beschreibung des Politischen entscheidet (Easton, 1953, S. 97–124), da der Systembegriff für ihn den passenden analytischen Rahmen darstellt, um die relevanten Variablen des politischen Lebens und deren wechselseitige Beziehungen zu identifizieren (Easton, 1953, S. 61)

In der Entwicklung seines Werks wird die Definition des politischen Lebens erweitert und zur Basis, auf dem der Rest seiner Theorie aufbaut: „a complex set of processes through which certain kinds of inputs are converted into the type of outputs we may call authoritative policies, decisions and implementing actions“ (Easton, 1965b, S. 17). Die dafür notwendigen Outputs des politischen Systems werden nachfolgend abgegrenzt und daraus notwendigerweise die Funktionsbeschreibung des politischen Systems als die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen (Easton, 1965b, S. 350–351).

Damit wird das politische System als offenes System konzipiert (siehe Abb. 2.1), das Inputs aus der Umwelt aufnimmt, diese verarbeitet und als Outputs an die Umwelt abgibt. Durch einen Feedback-Loop verbindet es diese Outputs (zeitversetzt) wieder mit den Inputs. Damit ist das politische System als ein kybernetisches System konzipiert, das zur Aufrechterhaltung seiner Selbststeuerung in einer Austauschbeziehung mit seiner Umwelt steht (Easton, 1965b, 365ff). Besonderen Wert legt Easton dabei von Beginn an auf die Kritik des Gleichgewichtsbegriffs, den er für die Sozialforschung als zu beschränkt betrachtet um die komplexe Natur sozialer Systeme zu erklären (Easton, 1956, S. 101–102). Seiner Auffassung nach sollten soziale Systeme als dynamische Systeme betrachtet werden, die sich kontinuierlich weiterentwickeln und nicht zwangsläufig zu einem stabilen Gleichgewicht zurückkehren, sondern auf externe und interne Spannungen durch transformative Prozesse reagieren (Easton, 1965b, S. 20–21).

Neben der systemtheoretischen Konzeption des politischen Lebens durch Easton lohnt sich ein Blick auf die Konzeption einer Systemtheorie des Politischen von Niklas Luhmann

Abbildung 2.1.: Das Basis-Modell des politischen Systems als Input/Output-Modell nach Easton (1965b, S. 32)



(1968, 1971), der ebenso in Tradition wie in klarer Abgrenzung zu Parsons steht. Dies geschieht in einer kurzen Gegenüberstellung um die Vorteile, die die Konzeption Eastons bietet, hervorzuheben. Luhmann (1984, S. 19–20) geht es zunächst um die Entwicklung einer soziologischen Supertheorie zur Beschreibung der Gesellschaft. Hierfür tritt er mit der Etablierung eines völlig neuen Paradigmas in seiner Theorie selbstreferentieller sozialer Systeme an (Luhmann, 1984, S. 24–27). Aus dieser Theorie abgeleitet, innerhalb derer soziale Systeme als aus Kommunikation bestehende, autopoietische¹⁷ Systeme betrachtet werden, sieht Luhmann das politische System ebenfalls als ein soziales System neben anderen sozialen Systemen.¹⁸ Das Ziel der Entwicklung seiner Theorie ist aber von Beginn an die Be-

¹⁷ Auf eine Ausgestaltung der gesamten soziologischen Systemtheorie muss an dieser Stelle mit Blick auf den Umfang verzichtet werden. Angemerkt sei aber, dass sich Luhmann (1984, S. 57–65) bewusst von der Theorie offener Systeme und auch von den Konzepten eines Input/Output-Modells verabschiedet um den Begriff der Autopoiese in die soziologische Systemtheorie einzugliedern. Luhmann geht nunmehr von „operational geschlossenen“ (Luhmann, 2004, S. 93) Systemen aus, die sich durch die funktionale Differenzierung der modernen Gesellschaft an ihren jeweiligen Leitdifferenzen entwickeln und miteinander nur durch eine „strukturelle Kopplung“ (Luhmann, 2004, S. 121) verbunden sind. Als ein solches operational geschlossenes System betrachtet Luhmann auch das politische System.

¹⁸ Einen Schritt weiter geht Willke (2019, 8ff, 46ff), der das politische System als das herausstechende, übergeordnete System aller anderen gesellschaftlichen Funktionssysteme begreift, da es durch seine „Kompetenzkompetenz“ und die damit verbundene Prämisse im Namen des Gemeinwohls zu handeln, als einziges in der Lage ist, anderen Funktionssystemen (wie dem Wirtschaftssystem, dem Bildungssystem, dem Mediensystem, etc.) Regeln und Grenzen zu setzen.

schreibung und nicht die Bereitstellung eines analytischen Rahmens, aus dem sich Konzepte und Begriffe herausnehmen lassen, die operationalisiert, gemessen und in überprüfbaren Hypothesen zueinander in Beziehung gesetzt werden können (Fuhse, 2005, S. 105–107).

Einig sind sich die beiden Theorien eigentlich nur in wenigen Punkten, wie der grundlegenden Anlage ihrer Betrachtung als systemtheoretische Perspektive und damit verbunden in der Annahme, dass sich das politische System von anderen sozialen Systemen durch die Erfüllung einer speziellen Funktion unterscheidet, sowie in der Formulierung dieser Funktion, die auch Luhmann (1970, S. 159) in der Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen sieht.¹⁹ Wegen der unterschiedlichen Grundannahmen und der unterschiedlichen Auslegung des Systemsbegriffs unterscheiden sich die beiden Konzeptionen auch hinsichtlich der Annahmen zur Systemgrenze. Da Luhmann die Elemente sozialer Systeme als Kommunikation betrachtet, ist aus seinen Überlegungen (Luhmann, 1970, 1971) ableitbar, dass Kommunikation, die nicht Politik zum Thema hat, die Grenze des politischen Systems darstellt. Da Easton einen handlungstheoretischen Ansatz zu Grunde legt, wird die Grenze des politischen Systems hier an den Handlungen, die bindende Entscheidungen für die Gesellschaft hervorrufen, gezogen (Easton, 1957, S. 385).

Hier wird deutlich, auf welchem hohem Abstraktionsniveau die Theorie Luhmanns angesiedelt ist. Aufgrund dieses hohen Abstraktionsniveaus und der Zielsetzung eignet sich Luhmanns Theorie daher schon von der Anlage her nicht für die Auseinandersetzung mit empirischen Betrachtungen. Eastons theoretische Konzeption steht hierzu im klaren Gegensatz. Ebenso hat auch die weiterführende Auseinandersetzung mit Luhmanns Theorie sozialer Systeme im Allgemeinen (Müller, 1996, S. 326–330), wie mit seiner Theorie des politischen

¹⁹ Es ist nicht klar nachvollziehbar, ob Luhmann diese Definition der Funktion des politischen Systems von Easton übernommen hat, es ist aber zu vermuten. Hellmann (2005, S. 23) betont zwar, diese Definition sei „vor allem Talcott Parsons zu verdanken“, nennt hierfür aber ein wörtliches Zitat, dass sich 1.) auf den Machtbegriff bezieht, 2.) aus einer Publikation stammt, die nach Eastons Werken erschien und 3.) in der dieses Zitat an der verwiesenen Stelle nicht auffindbar ist. In seiner Erarbeitung der Beschreibung der Funktion des politischen Systems entscheidet sich Easton (1953, S. 106–124) u.a. auch ganz bewusst gegen den Machtbegriff. Auch an anderer Stelle (Müller, 1996, S. 298–300) wurde festgestellt, dass Parsons erst weit nach den Arbeiten Eastons auf die Begriffe, Konzepte und Modelle der Kybernetik zurückgriff und sich erst dadurch von seiner Zieldefinition des politischen Systems innerhalb seines AGIL-Schemas löste. Innerhalb dessen war dem politischen System noch die Funktion des „Goal-Attainment“, also der Zielerreichung, zugekommen (Fuhse, 2005, S. 22). Luhmann (1970, S. 172) selbst grenzt sich explizit von Parsons Funktionsbeschreibung des politischen Systems ab, fälschlicherweise aber auch von der Eastons, da er diese auf die „Verteilung von Werten“ reduziert und damit die Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen ausblendet, die bei Easton (1965b, S. 21–24) die Funktion des politischen Systems darstellt und von ihm mit der autoritativen Verteilung synonym verwendet wird (Fuchs, 2002, S. 34; Fuhse, 2005, S. 28).

Systems im Speziellen (Lange, 2003, 297ff) zu einem eher schlechten Zeugnis für die empirische Nutzung der Theorie geführt.

Innerhalb der Politikwissenschaft hat sich nicht zu letzt darum auch Eastons Modell durchgesetzt und bewährt. Es ist damit ein Verdienst von Easton, systemtheoretische Konzepte in die Politikwissenschaft eingeführt zu haben und einen theoretischen Analyserahmen zu bilden, der neben Hypothesenformulierung auch Operationalisierung und damit empirische Überprüfung erlaubt. Luhmann will nachbauen, verstehen und erklären, Easton will überprüfen können. Damit ist Luhmanns Systembegriff „rekonstruktiv“, während Eastons Systembegriff „analytisch“ ausfällt (Fuhse, 2005, S. 107). Der Vorteil von Eastons Theorie des politischen Systems ist, dass sie wesentlich stärker als Analyserahmen für die empirische Betrachtung dient. Somit erstaunt es nicht, dass dieser Analyserahmen insbesondere für die Untersuchung im Kontext der zugrundeliegenden Stabilitätsannahmen einen wichtigen Teil der politischen Einstellungsforschung bildet (Claassen, 2020a, S. 119). Dies betrifft insbesondere einen der beiden Input-Faktoren innerhalb des Modells: die politische Unterstützung.

2.3. Das Konzept der Politischen Unterstützung

Damit ein politisches System seine postulierte Funktion der autoritativen Wertallokation erfüllen kann, ist es nach Easton (1965b, S. 22–25) auf Einflüsse aus der Umgebung angewiesen. Diese sind „key indicators of the way in which environmental influences and conditions modify and shape the operations of the political system“ (Easton, 1965b, S. 27). Das politische System steht also entsprechend der kybernetischen Konzeption in Interaktion mit seiner Umgebung, aus der es Einflüsse aufnimmt und in die es Ergebnisse abgibt (Easton, 1965b, S. 26–27). Eine dieser Einflussdimensionen ist die sogenannte politische Unterstützung, die definiert wird als „an attitude by which a person orients himself to an object either favorably or unfavorably, positively or negatively“ (Easton, 1975, S. 436). Dabei werden drei politische Objekte, gegenüber denen Einstellungen²⁰ der politischen Unterstützung entwickelt

²⁰ Eine *Einstellung* wird im Rahmen des eindimensionalen Einstellungskonzepts als „latent disposition or tendency to respond with some degree of favorableness or unfavorableness to a psychological object“ (Fishbein & Ajzen, 2010, S. 76) verstanden. Die Einstellung zu einem Objekt kann dabei als Funktion dargestellt werden: Einstellung zum Objekt = $\sum_{i=0}^N B_i \cdot a_i$, wobei B_i als Stärke der Überzeugung „i“ bezüglich des Objektes interpretiert wird, während a_i die bewertende Komponente bezüglich des Objektes ausdrückt. Eine Person kann viele positiv oder negativ bewertete Überzeugungen mit einem Einstellungsobjekt verbinden, wobei

werden können, von Easton (1965b, S. 172) unterschieden: die politische Gemeinschaft, das politische Regime und die politischen Autoritäten.²¹

Unter anderem dahingehend unterscheidet Easton zwei Arten politischer Unterstützung, die als *diffuse Unterstützung* und *spezifische Unterstützung* bezeichnet werden (Easton, 1965b, S. 267; Easton, 1975, S. 436–437). Während sich diffuse Unterstützung auf alle drei Klassen von politischen Objekten bezieht, bezieht sich spezifische Unterstützung nur auf die politischen Autoritäten. Neben den spezifischen Objekte, auf die sich die jeweilige Form der Unterstützung bezieht, werden die beiden außerdem hingehend der Stabilität, insbesondere aber der Zeit, in der Veränderungen innerhalb dieser Einstellungen auftreten können, unterschieden (Easton, 1975, S. 437). Diffuse Unterstützung wird durch generelle Einstellungen gegenüber dem politischen System repräsentiert (Easton, 1965b, S. 273), sie ist als langfristig stabile Einstellung gegenüber dem politischen System gedacht, die sich in Form einer Legitimitätsüberzeugung äußert und wenig bis gar nicht ändert. Spezifische Unterstützung ist stark an die Ergebnisse des politischen Systems gebunden und kann hierdurch kurzfristigen Schwankungen unterliegen (Easton, 1965b, S. 273; Easton, 1975, S. 437–447).

Hierdurch ergibt sich ein hierarchisches Verhältnis der beiden Unterstützungsdimensionen Fuchs, 1989; Westle, 1989, denn mit dem Konzept der Politischen Unterstützung wird die zentrale Kernannahme verbunden, dass eine bestimmte Form und ein bestimmtes Maß an unterstützenden Einstellungen für das dauerhafte Überleben eines politischen Systems notwendig sind. Während die diffuse Unterstützung aufgrund ihrer Konzeptualisierung als weitgehend generelle Legitimitätsüberzeugung für die langfristige Stabilität eine starke Rolle spielt, ist die spezifische Form hierfür weniger relevant. Auch dahingehend unterscheiden sich also diffuse und spezifische Unterstützung.

Diese mittlerweile klassische, zweidimensionale Differenzierung von Easton wurde durch empirische Forschungsergebnisse und nachfolgende, weitere theoretische Konzeptualisierungen an verschiedenen Stellen erweitert oder modifiziert (Claassen, 2020a; Fuchs, 1989, 2002; Norris, 1999a; Westle, 1989). Zentral bleibt auch innerhalb dieser Erweiterungen in der Konzeptualisierung weiterhin, dass ein hierarchisches Verhältnis zwischen diffuser und

jede Überzeugung unterschiedlich stark gewichtet wird. Die Einstellung zum Objekt ergibt sich in dieser Konzeption dann aus der Summe der Überzeugungen (Schumann, 2012, 85ff).

²¹ In der zeitlich betrachteten ersten Konzeption wird das Einstellungsobjekt der „politischen Autoritäten“ noch auf die Regierung begrenzt (Easton, 1957, S. 391–393).

spezifischer Unterstützung besteht, das insbesondere darauf verweist, dass ein Verlust oder Entzug spezifischer Unterstützung nicht zwangsläufig auch mit einem Rückgang diffuser Unterstützung zusammen gehen muss (Arzheimer, 2002, S. 197–201).

Somit kann Eastons Konzept „zu den fruchtbarsten Ansätzen der Politischen Soziologie“ (Arzheimer, 2002, S. 202) gezählt werden, das weitgehend alle verfügbaren nahestehenden Konzepte politischer Verdrossenheit absorbiert. Nachfolgend sollen die beiden Dimensionen politischer Unterstützung noch etwas weiter differenziert und in Bezug zu einer besonderen Ausgestaltung politischer Systeme, nämlich Demokratie, gesetzt werden.

2.3.1. Diffuse politische Unterstützung

Diffuse Unterstützung wird von Easton (1965b, S. 278–288) als der Glaube in die Legitimität des politischen Systems und seine Autoritäten sowie als der Glaube in ein gemeinsames Interesse (Easton, 1965b, S. 311–320) definiert. Sie bildet ein „reservoir of favorable attitudes or good will that helps members to accept or tolerate outputs to which they are opposed“ (Easton, 1965b, S. 273) und hilft somit dem System beim Überleben, auch wenn die Outputs des Systems nicht immer vollständig akzeptiert werden.²² Dabei kann Glaube in die Legitimität politischer Objekte grundsätzlich drei möglichen Quellen entspringen: er kann instrumenteller, moralischer oder personeller Natur sein (Easton, 1975, S. 451–452).

Diese Form der Unterstützung ist somit langlebiger, weniger Schwankungen ausgesetzt, besteht also aus stabilen Einstellungen, die insgesamt unabhängig von den Outputs und den Leistungen des politischen Systems sind (Easton, 1975, 444ff). Diffuse Unterstützung ist somit konzeptualisiert als eine grundlegende Unterstützung der Prinzipien eines politischen Systems. Bezogen auf demokratische politische Systeme lässt sich diffuse Unterstützung also definieren als die grundlegende Zustimmung zu demokratischen Prinzipien. Demnach ist ein gewisses Maß an diffuser Unterstützung notwendig zur langfristigen Stabilität einer Demokratie.

Ebenfalls in Bezug auf eine demokratische Herrschaftsordnung wird die diffuse Unterstützung häufig als die „Bindung an demokratische Werte“ (Fuchs, 2002, S. 38) konzeptualisiert

²² Ähnlich argumentiert bereits Lipset (1959), der Legitimität definiert als die Fähigkeit eines politischen Systems, den Glauben zu erzeugen und aufrechtzuerhalten, dass die bestehenden politischen Institutionen die angemessensten oder passendsten für die Gesellschaft sind (Lipset, 1959, S. 86) und ebenso betont, welche hervorgehobene Rolle die Legitimitätsüberzeugung für die Stabilität eines politischen Systems besitzt, in dem sie es ermöglicht wirtschaftliche Krisen zu überstehen.

und im Sinne Eastons davon ausgegangen, dass eine Demokratie langfristigen Bestand hat, wenn die Bindung an die zugrundeliegenden Werte der Demokratie innerhalb der Bürgerinnen und Bürger stark ausgeprägt ist (Fuchs, 2002, S. 39), Demokratie als Herrschaftsform also zu einem bestimmten Maße unterstützt wird. Sind demokratische Werte nicht ausreichend stark innerhalb einer Bevölkerung verinnerlicht oder anzutreffen, wird Demokratie generell in diesem Land keinen Bestand haben. Von dieser grundsätzlichen Legitimitätsüberzeugung können bestimmte Modelle von Demokratie differenziert werden (Fuchs, 2002, S. 39–42), wodurch sich nun eine Zweiteilung auf der Ebene der diffusen Unterstützung ergibt: die Demokratieunterstützung einerseits und die Befürwortung eines bestimmten Demokratiemodells andererseits. Auf diese Unterscheidung wird sich im folgenden zur Differenzierung der abhängigen Variable gestützt und beide Dimensionen kurz erläutert.

2.3.1.1. Demokratieunterstützung

Demokratieunterstützung ist repräsentiert durch die schlichte Forderung nach demokratischen Institutionen per se, ohne eine konkrete Ausgestaltung dieser Institutionen. Diese Form der Unterstützung kann weiterhin differenziert werden in eine implizite und eine explizite Form (Claassen, 2020b, S. 37), mit der Unterscheidung, dass bei letzterer auch aktiv Alternativen zur Demokratie abgelehnt werden, während diese Ablehnung für die implizite Demokratieunterstützung keine Rolle spielt.

Diese Form der diffusen Unterstützung steht somit für eine Orientierung gegenüber dem normativen Prinzip der Demokratie im Allgemeinen - also eine generalisierte Unterstützung gegenüber dem demokratischen Ordnungsmodell - und kann als grundsätzliche Legitimitätsüberzeugung interpretiert werden (Easton, 1975, S. 451; Fuchs, 2002, S. 31).

2.3.1.2. Demokratiekonzeptionen

Neben der generalisierten Legitimitätsüberzeugung kann auf der Ebene der diffusen Unterstützung eine Orientierung gegenüber spezifischen normativen Prinzipien, die mit einer Demokratie verbunden werden, differenziert werden - also die Befürwortung eines ganz bestimmten normativen Demokratiemodells oder einer bestimmten Demokratiekonzeption

(Fuchs & Roller, 2016, S. 299).²³ Während Demokratie als solche zwar befürwortet (implizit) oder gegenüber Autokratie bevorzugt (explizit) wird, muss gleichzeitig keine vollständige Übereinstimmung mit dem institutionalisierten Typus der Demokratie im eigenen Land bestehen (Fuchs, 2002, S. 39).

2.3.2. Spezifische politische Unterstützung und Demokratiezufriedenheit

Spezifische Unterstützung ist in der klassischen Konzeption Eastons in großen Teilen davon abhängig, wie die politischen Autoritäten von den Mitgliedern des Systems wahrgenommen werden, besonders in Bezug auf ihre Fähigkeit, die geforderten Ergebnisse bereitzustellen (Easton, 1975, S. 437). Entsprechend sind die Quellen spezifischer Unterstützung der Vergleich der Forderungen mit diesen Ergebnissen und damit Wahrnehmung und Bewertung der generellen Performanz von Autoritäten (Easton, 1975, S. 437).

An diesem Punkt haben mehrere Erweiterungen der ursprünglichen Konzeption von Easton angesetzt, in dem sie neben der Bewertung der Autoritäten auch die Bewertung des politischen Regimes bzw. dessen Funktionieren, in die Dimension spezifischer Unterstützung eingeordnet haben. Norris (1999c, S. 10) spannt zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung etwa ein Kontinuum auf, das von der Unterstützung der politischen Gemeinschaft bis zur Unterstützung der Akteure reicht und in deren Mitte sie die Wahrnehmung der Leistungen des Regimes einordnet. Westle (1989, S. 185–189) hat in ähnlicher Weise die Kategorie der diffus-spezifischen Unterstützung eingeführt, die sie ebenfalls in der Mitte des hierarchischen Spektrums zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung einordnet und damit der Bewertung der „Ordnungsrealität“ (Westle, 2022, S. 4) als zusätzliches Bezugsobjekt der politischen Ordnung Rechnung trägt, da aus ihrer Sicht dieses Bezugsobjekt in der klassischen Konzeption Eastons fehlt.

Insbesondere aus Gründen der Einfachheit soll dieser Konzeption gefolgt werden und die Bewertung der politischen Realität des Systems neben die Bewertung der Leistung der politischen Akteure der spezifischen Unterstützung zugeordnet werden. Gängigster Indikator für die Messung dieser Einstellung ist die Demokratiezufriedenheit. Hier wird nach der Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie diese derzeit im eigenen Land funktioniert, gefragt.

²³ Die Begriffe Demokratiekonzeption und Demokratieverständnis und ihre englischen Äquivalente *conception of democracy* und *understanding of democracy* werden innerhalb dieser Forschungstradition weitgehend synonym verwendet (Osterberg-Kaufmann et al., 2020, S. 308; Sack, 2017b, S. 445).

Diese Messung kann als Bewertung der Performanz des demokratischen Systems eingestuft werden (Canache et al., 2001; Linde & Ekman, 2003) und diese Bewertung kann im Sinne der spezifischen Unterstützung und ihrer Abhängigkeit von den Outputs kurzfristigen Schwankungen unterliegen.

2.3.3. Nähe zum Konzept der Politischen Kultur und Relevanz für die Transformationsforschung

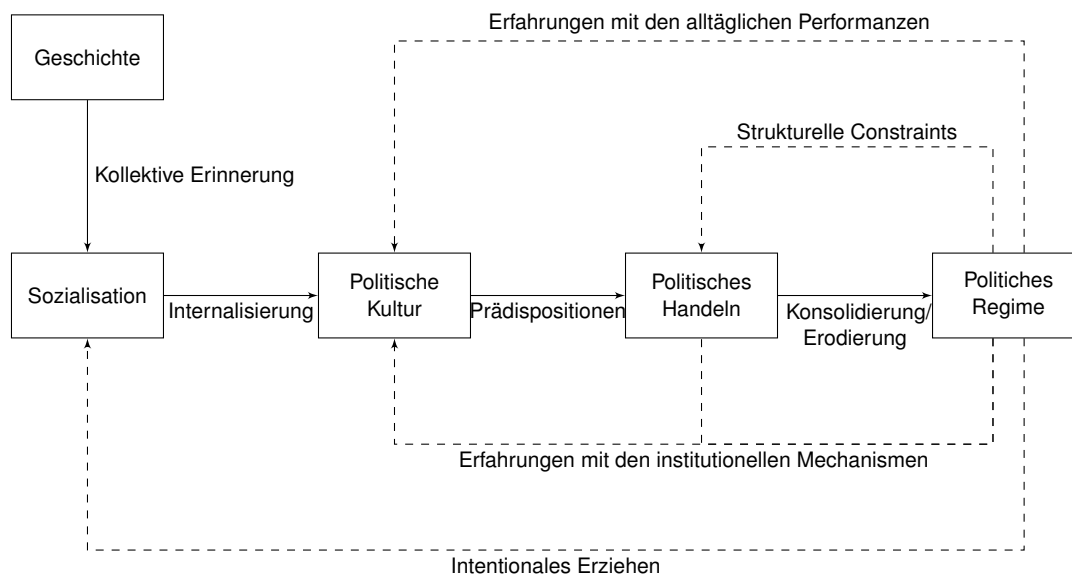
Die zentrale Annahme des politischen Kultur-Konzepts ist das sog. *Kongruenzpostulat*. Demnach müssen für die langfristige Stabilität eines politischen Systems dessen institutionalisierte Struktur einerseits und die von der Bevölkerung verinnerlichteten Werte andererseits zu einem erheblichen Anteil deckungsgleich sein (Almond, 1980; Almond & Verba, 1963). Eine Inkongruenz von politischer Struktur und politischer Kultur hingegen kann zu einem Anpassungsdruck für das System führen, da die Ansprüche, die an das System gestellt werden, durch dieses nicht erfüllt werden.

Innerhalb der Transformationsforschung (vgl. Kap. 1.2) sind diese theoretischen Annahmen von besonderer Bedeutung, denn ein zur Demokratie transformiertes System gilt erst dann als konsolidiert, wenn die politische Kultur diese stützt. Wenn also das neue Regime in bestimmtem Maße unterstützt wird und sich eine demokratische Zivilgesellschaft entwickelt hat (Diamond, 1999; Merkel, 2010) und die Demokratie „the only game in town“ (Linz & Stepan, 1996, S. 5) ist. Mit Blick auf die dritte Welle der Autokratisierung (Lührmann & Lindberg, 2019) sind diese Überlegungen aber auch für etablierte, konsolidierte Demokratien relevant (vgl. Kap. 1.1).

Fuchs (1997a, 1997b, 1999a, 2002, 2007) vereint die beiden Konzepte der Politischen Kultur und Politischen Unterstützung in einem operationalisierbaren Einstellungsmodell, indem er zunächst aus den Arbeiten von Almond und Verba ein „implizites Kausalmodell der politischen Kultur“ ableitet und innerhalb dessen die politische Kultur durch ein erweitertes Konzept von Eastons politischer Unterstützung ersetzt (Fuchs, 2002, S. 32–37).

Innerhalb dieses Modells (vgl. Abb. 2.2) wird davon ausgegangen, dass die dominante Kausalrichtung von der Sozialisation auf die politischen Einstellungen der Kultur durch deren Internalisierung wirkt. Die Kultur definiert dann wie politisch gehandelt wird und ob das politische Regime sich konsolidiert oder unter „*stress*“ im Sinne Eastons (Fuchs, 2002,

Abbildung 2.2.: Das implizite Kausalmodell des klassischen Konzepts der politischen Kultur nach Fuchs (2002, S. 33)



S. 34) erodiert. Der Kritik einer Determiniertheit dieses sehr vereinfachten Modells entgegen Fuchs (2002, S. 34), dass das politische Regime einerseits durch die Verfasstheit (etwa durch strukturelle Voraussetzungen für die politischen Akteure oder als Struktur innerhalb dessen die politische Sozialisation stattfindet), andererseits durch die Ausgestaltung der politischen Prozesse und der Outputs auf die Einstellungen zurückwirkt.

Auch wenn dieses Modell zentrale Dynamiken, Wechselwirkungen und andere Mechanismen außen vorlässt und dadurch stark vereinfacht, vereint es die beiden Konzepte der Politischen Kultur und der Politischen Unterstützung²⁴ und macht es gleichzeitig möglich, die Erklärungsfaktoren, die in zeitlicher Perspektive zur Entwicklung der einzelnen Einstellungen der politischen Unterstützung beitragen, konzeptuell zu isolieren und somit getrennt zu betrachten. Dies geschieht im folgenden Kapitel.

²⁴ Eine komplexere Ausarbeitung könnte vermutlich das gesamte kybernetische Modell des politischen Systems nach Easton (Abb. 2.1) in dieses Kausalmodell integrieren, etwa in dem die Größen „Politisches Handeln“ und „Politisches Regime“ zum „Political System“ zusammengefasst werden. Der mit „Prädispositionen“ unterschriebene Kausalpfeil würde dann dem Pfeil des „Support“ entsprechen und die Rückkopplungseffekte auf die Sozialisation und die Kultur wären ausdifferenzierte Feedback-Loops. Mit Blick auf den vorgegeben Umfang dieses Dachpapiers muss auf eine weiterführende Überlegung hierzu an dieser Stelle jedoch verzichtet werden.

3. Theoretische Modelle zur Erklärung der Entwicklung politischer Unterstützung

Bereits Easton (1965a, 1975) hat bezüglich der Unterscheidung zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung auch verschiedene Mechanismen zur Erklärung von deren Entstehen genannt. Dies liegt zum Teil bereits in der Konzeption der einzelnen Dimensionen begründet (vgl. Kap. 2.3): diffuse Unterstützung wird als langfristig stabile Legitimitätsüberzeugung betrachtet, die weitgehend output-unabhängig besteht, während spezifische Unterstützung als weniger stabil und als von Outputs abhängig angenommen wird. Diese unterschiedlichen Grundannahmen erfordern automatisch unterschiedliche Erklärungsmodelle. Aufbauend auf den Überlegungen Eastons haben sich sodann durch weitere Forschung theoretische Modelle zur Erklärung unterschiedlicher Verteilungen von Einstellungen gegenüber der Demokratie einerseits und deren Entwicklung in dynamischer Perspektive andererseits entwickelt, die teilweise unterschiedliche Grundannahmen treffen (Claassen, 2020b, S. 37–38; Sack, 2014, S. 21–28).

Diese Erklärungsmodelle sind in großen Teilen deckungsgleich zu den Erklärungsfaktoren im zuvor vorgestellten Kausalmodell der politischen Kultur nach Fuchs (2002) und lassen sich wie folgt zusammenfassen: Auf der einen Seite stehen theoretische Ansätze der politischen Sozialisation, die davon ausgehen, dass Einstellungen in der frühen Jugendphase internalisiert werden und über den Verlauf des Lebens weitgehend stabil bleiben - sie erklären eher die Entwicklung von Einstellungen der diffusen Unterstützung. Auf der anderen Seite stehen situative Ansätze, die sich vor allem auf die individuelle ökonomische Situation und die institutionelle Performanz als Erklärungsgrößen stützen und von möglichen Veränderungen auch nach Abschluss der relevanten Sozialisationsphasen ausgehen - diese erklären eher die Entwicklung spezifischer Unterstützung. Daneben gibt es Modelle, die versuchen beide Ansätze miteinander zu vereinen und von einem lebenslangen Lernen ausgehen und

damit nicht ausschließen, dass auch nach den prägenden Phasen der Sozialisation positive Einstellungen gegenüber der Demokratie verinnerlicht werden können - zum Beispiel nach einer Systemtransformation von einer Autokratie zur Demokratie, die erst im Erwachsenenalter stattfindet.

Insbesondere für den Kontext der deutschen Wiedervereinigung, die für Ostdeutschland eine solche Systemtransformation darstellt, hat sich in der empirischen Forschung zunächst die Gegenüberstellung von „Sozialisation vs. Situation“ (Pickel & Pickel, 2006) bzw. eines „kulturalistischen Ansatz vs. eines institutionalistischen Ansatz“ (Rohrschneider, 1999) etabliert. Im Lichte der Forschungsergebnisse und des Befunds der Konsistenz von Unterschieden zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung - insbesondere in Einstellungen der spezifischen politischen Unterstützung - wurden diese beiden Modelle um Erklärungsfaktoren erweitert, die sich theoretisch durch die kontextspezifischen Entwicklungen und Dynamiken der deutschen Wiedervereinigung ergeben haben könnten. Zu nennen sind hier etwa die „relative Deprivation“ (Kessler et al., 1999), die damit verbundene Wahrnehmung kollektiver Übervorteilung (Neller, 2006) und die daraus sowie aus der Besonderheit des Ablaufs der Wiedervereinigung entstandene „Ost-Identität“ (Pollack & Pickel, 1998) bzw. deren „Verhärtung“ (Mau, 2024) und die sogenannte „Othering-Hypothese“ (Kubiak, 2021).²⁵

3.1. Kulturalistischer Ansatz: (politische) Sozialisation

Allgemein wird in der Sozialisationstheorie davon ausgegangen, dass Werte, Ideen, Konzepte und somit auch Einstellungen von verschiedenen Akteuren an Heranwachsende weitergegeben werden und so ähnliche Vorstellungs- und Einstellungsmuster bei letzteren entstehen (Hurrelmann, 2006). Dabei werden verschiedene Phasen (primär, sekundär, tertiär) der Sozialisation unterschieden und auch die relevanten Akteure - auch Sozialisationsagenten genannt - unterscheiden sich in der Stärke ihres jeweiligen Einflusses (Almond et al., 2008, S. 51–53). Zu den wichtigsten Agenten gehören die Familie, Schulen, religiöse Institutionen

²⁵ Für eine Übersicht der Erklärungsmodelle und -faktoren im Kontext der deutschen Wiedervereinigung siehe etwa Mau et al. (2024, S. 6–9), Pickel und Pickel (2020, S. 484–489) und Westle (2022, S. 6–9). Da sich die in Kapitel 5 vorgestellten und als kumulative Leistung eingebrachten Artikel nur in der Dimension diffuser Unterstützung auf den Kontext der deutschen Wiedervereinigung beziehen, wird auf eine detaillierte Zusammenfassung dieser einzelnen Erklärungsfaktoren im Folgenden verzichtet.

und sogenannte „Peer Groups“ (insbesondere Freunde). Bei der generellen Wertevermittlung spielt vor allem die Familie eine starke Rolle (Abendschön, 2013).

Diese Überlegung wurde durch Hyman (1959) und dessen Einführung des Begriffs der politischen Sozialisation auf politische Einstellungen übertragen. Seitdem hat sich das Verständnis des Konzepts gewandelt und dieses ist selbst zu einem elaborierten Forschungsgegenstand geworden. Allen Ansätzen, die sich unter dem Konzept der politischen Sozialisation zusammenfassen lassen ist gemeinsam, dass darunter ein Lernprozess verstanden wird, währenddessen politische Einstellungen durch die Auseinandersetzung mit der äußeren Realität entwickelt und verinnerlicht werden (Easton & Dennis, 1969; Hyman, 1959; Jennings, 1989; Jennings & Niemi, 1981).

Innerhalb der Forschung zur politischen Unterstützung und des verwandten Konzepts der Politischen Kultur (vgl. 2.3.3) sowie dessen Forschungstradition wird der politischen Sozialisation die Hauptrolle in der Herausbildung der darin enthaltenen, relevanten politischen Einstellungen zugeschrieben (Almond, 1980; Almond & Verba, 1963; Easton, 1975; Easton & Dennis, 1969; Inglehart, 1988; Jennings & Niemi, 1981). Easton (1975, S. 444) etwa sieht die Quellen vor allem für die diffuse Unterstützung insbesondere in der Kindheit und der primären Sozialisation.

Für theoretische Erklärungen zur Verteilung und Entwicklung politischer Unterstützung im Rahmen der Sozialisationstheorie sind dabei vor allem zwei Annahmen zentral: 1.) dass bestimmte Einstellungen eine hohe zeitliche Stabilität aufweisen (Cavalli, 2004; Inglehart, 1971; Sears & Funk, 1999) und 2.) dass das politische System, in dem eine Person aufwächst, die politischen Einstellungen dieser Person maßgeblich prägt (Easton & Dennis, 1969; Jennings, 1989; Jennings & Niemi, 1981; Rohrschneider, 1999).

Durch die erste Annahme erhält das Konzept der Generationen (Mannheim, 1928) innerhalb des Sozialisationsmodells erhöhte Relevanz, was in der Definition politischer Sozialisation durch Almond et al. (2008, S. 51) als „the way in which political values are formed and the political culture is transmitted from one generation to the next“ kulminiert. Die Implikation ist, dass die Veränderung von Einstellungen und damit deren Verteilung in einer Gesellschaft nur durch einen Austausch der Generationen stattfinden kann (Rohrschneider, 1999, S. 20).²⁶

²⁶ Ebenfalls von einem notwendigen Generationenaustausch und der damit verbundenen, wachsenden Stabilität der Demokratie, geht die Modernisierungstheorie aus (Inglehart, 1971; Welzel, 2021). Allerdings nicht

Durch die zweite Annahme gewinnt die Ausgestaltung des politischen Systems als entweder autoritär oder demokratisch besondere Relevanz als Rahmen innerhalb dessen die politische Sozialisation der Bevölkerung stattfindet. Rohrschneider (1999, 2 und 18-19) fasst die Argumentation der kulturalistischen Ansätze zur Erklärung der Herausbildung von Einstellungen gegenüber der Demokratie durch Sozialisationsprozesse wie folgt zusammen: Nur wenn man die Möglichkeit hat, Verhaltensweisen, die mit bestimmten Werten verbunden sind, zu üben, können auch die dahinter stehenden Werte internalisiert werden und nur ein demokratisches Regime bietet die Möglichkeit demokratische Werte zu vermitteln.²⁷

Betrachtet man etwa Transformationsprozesse als Spezifikum, kann aus Sicht der Sozialisationstheorie angezweifelt werden, dass direkt nach einem Wechsel von autoritären zu demokratischen Strukturen auch bereits eine ausreichend große Quantität an politischer Unterstützung vorhanden ist. Somit sollten Individuen, die nach dem Regimewechsel geboren und dementsprechend innerhalb des neu gestalteten politischen Systems sozialisiert werden „be more receptive to the citizenship-qualities of a new political process than individuals whose political views are shaped by a prior regime“ (Rohrschneider, 1999, S. 21).

3.2. Institutionalistische Ansätze

Neben dem Sozialisationsmodell wird der Einfluss von situativen Faktoren auf die Herausbildung und Entwicklung von Einstellungen gegenüber der Demokratie postuliert. Die grundlegende Annahme ist hier, dass nicht in der Kindheit oder frühen Sozialisation erlernte und eingeübte Werte dazu beitragen, dass ein politisches System unterstützt wird, sondern

aufgrund des Lernens durch vorhandene Institutionen, sondern durch die Entwicklung von Werten der Selbstentfaltung nach der erfolgreichen Sättigung von materiellen und sicherheitsrelevanten Bedürfnissen und der damit steigenden Nachfrage nach Freiheit und Demokratie.

²⁷ Dieser Prozess wird innerhalb der Literatur auch als *system-internes Lernen* (Dalton, 1994; Roller, 1994) bezeichnet. Neben diesem system-internen Lernen kann aber auch eine Wertediffusion stattfinden, was *system-externem Lernen* entspricht (Roller, 1994). Ein typischer Prozess, durch den system-externes Lernen für die Bürger in Ostdeutschland während des Bestands der DDR angenommen wurde, ist der Konsum des West-Fernsehens (Dalton, 1994; Fuchs et al., 1997). Hiermit wurden unter anderem auch die hohen Zustimmungswerte für die Unterstützung der Demokratie als Ordnungsmodell nach der Wiedervereinigung erklärt. Dabei stellt sich die Frage, wann system-internes und wann system-externes Lernen stattfindet. Die Antwort auf diese Frage liegt in der Differenzierung des Wertekonzepts. Bei der Diffusion von demokratischen zu nicht-demokratischen, insbesondere staatssozialistischen Gesellschaften, wird davon ausgegangen, dass vor allem die Werte in sozialistischen Gesellschaften 'ankommen', die die Revidierung der bisher internalisierten, sozialistischen Werte nicht hauptsächlich voraussetzen. Zu nennen sind hier demokratische Rechte, die mit sozialistischen Idealen vereinbar sind, im Gegensatz zu demokratischen und vor allem marktwirtschaftlichen Idealen (Rohrschneider, 1999, S. 24–25).

dessen materielle und politische Leistung. Zeichnet sich ein System langfristig als leistungsfähig aus, kann dies Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Werte haben, die dem System zugrunde liegen. Innerhalb dieser Ansätze werden diese Einstellungen also nicht mehr in der primären Sozialisation als erlernt und stabil, sondern eine stärkere Dynamik und Instabilität angenommen. Hierbei können die wesentlichen Erklärungsfaktoren unterschieden werden zwischen der ökonomischen Performanz einerseits und den institutionellen Prozessen und insbesondere deren Ergebnissen andererseits. Auf beide Erklärungsansätze soll im Folgenden jeweils eingegangen werden.

3.2.1. Ökonomische Performanz

Mit ökonomischer Performanz ist in erster Linie die Bewertung der Leistungen und der Leistungsfähigkeit des ökonomischen Systems und deren Übertragung auf die Bewertung des politischen Systems gemeint. Ein politisches System und die verantwortlichen Amtsinhaber werden somit in dem Maße unterstützt, in dem sie eine positive Performanzevaluierung genießen (Finkel et al., 2001; Geddes, 1995; Mishler & Rose, 1996; Rogowski, 1974; Weatherford, 1991; Zelle, 1998). Die Annahme: Mit zunehmend schlechter egozentrischer (subjektiver) und soziotropischer (objektiver) Performanzbewertung sinkt die politische Unterstützung. Egozentrisch meint dabei die Bewertung der eigenen ökonomischen Lage, die beeinflusst werden kann, etwa durch das Einkommen und dessen Höhe, durch die Tatsache, ob Arbeitslosigkeit besteht oder nicht, u.ä. Faktoren; soziotropisch meint die Bewertung der übergeordneten allgemeinen, ökonomischen Lage, z.B. des eigenen Landes (Kinder und Kiewit, 1981, S. 132; Meehl, 1977, 13ff).

Diese Grundannahme lässt sich auf die schon genannte Output-Abhängigkeit der spezifischen Unterstützung (vgl. Kap. 2.3.2) übertragen. Spezifische Unterstützung ist demnach in großen Teilen davon abhängig, wie die politischen Autoritäten von den Mitgliedern des Systems wahrgenommen werden, besonders in Bezug auf ihre Fähigkeit, die geforderten Ergebnisse bereitzustellen (Easton, 1975, S. 437). Entsprechend sind die Quellen spezifischer Unterstützung der Vergleich der Forderungen mit diesen Ergebnissen sowie die Wahrnehmung der generellen Performanz von Autoritäten (Easton, 1975, S. 437).

Durch eine andauernde Unzufriedenheit kann diffuse Unterstützung zurückgehen (Easton, 1975, S. 445). Es wird jedoch angenommen, dass eine Änderung von Einstellungen diffu-

ser Unterstützung durch situative Faktoren einen großen Zeitraum in Anspruch nimmt, da dieser Prozess nur vermittelt stattfindet (Fuchs, 2002). So könnte eine anhaltende schlechte individuelle ökonomische Situation (z.B. in Form von Arbeitslosigkeit) die Notwendigkeit von finanzieller Unterstützung steigern und somit die Forderung oder Zustimmung von Sozialleistungen erhöhen. Bei fortwährender Dauer könnte diese Forderung auch stärker mit der institutionalisierten Struktur verbunden werden und sich letztendlich in einem anderen normativen Demokratieverständnis niederschlagen, etwa in einem sozialistischen, wenn die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der sozialen Gleichheit nicht mehr beim Staat sondern in den Prinzipien des Systems an sich gesehen wird (Sack, 2014, S. 25).

Auch im Rahmen von Transformationsprozessen gehen situative Erklärungsansätze davon aus, dass eine schlechte ökonomische Situation dazu führt, dass das neue politische System als Ganzes abgelehnt wird, etwa wenn Wünsche und Hoffnungen nicht schnell genug erfüllt werden können und dadurch eine negative Identifikation mit den neuen Regeln und Institutionen entwickelt wird (Finkel et al., 2001; Mishler & Rose, 1996; Weatherford, 1991; Zelle, 1998). Dies stellt eine Hürde für fortschreitende Transformationsprozesse dar und kann gleichzeitig als Parallele zur Re-Autokratisierung (vgl. Kap. 1.1) gesehen werden.²⁸

3.2.2. Institutionelle Arrangements und Prozesse

Neben der ökonomischen Performanz zählen die institutionelle Ausgestaltung sowie deren Qualität und insbesondere die Ergebnisse des politischen Systems zu den situativen Erklärungsfaktoren für die politische Unterstützung (Aarts & Thomassen, 2008; Anderson & Guillory, 1997; Berggren et al., 2004; Bernauer & Vatter, 2012; Blais & Gélinau, 2007; Curni et al., 2012; Cutler et al., 2023; Daoust & Nadeau, 2021; Daoust et al., 2024; Kölln & Aarts, 2021; Leemann & Stadelmann-Steffen, 2022; Lühiste, 2013; Papp et al., 2024; Stockemer & Sundström, 2013; Wagner et al., 2009; Wells & Kriekhaus, 2006; Welsch, 2022).

Zentral ist innerhalb dieses Erklärungsmodells insbesondere der Einfluss der wahrgenommenen Repräsentation in Bezug auf demokratische Systeme. Dies wird in der theoretischen

²⁸ Auch hier (vgl. Fußnote 26) finden sich ähnliche Argumentationen im Rahmen der Modernisierungstheorie, die davon ausgeht, dass eine zunehmende Absicherung ökonomischer Bedürfnisse und von Sicherheitsbedürfnissen zu einer Entwicklung von Werten der Selbstentfaltung führt und damit automatisch den Bedarf an demokratischen Strukturen entstehen lässt. (Inglehart, 1971; Inglehart & Welzel, 2005; Welzel et al., 2003). Re-Autokratisierung kommt im Rahmen dieser Überlegungen dann vor allem vor, wenn demokratische Institutionen „zu früh“ etabliert und eingerichtet wurden (Welzel, 2021).

Ausgestaltung oft gleichgesetzt mit der Zugehörigkeit zu den Gewinnern oder Verlierern einer Wahl. Die Annahme ist, dass man als Wähler oder Wählerin einer Partei oder einer Kandidatin bzw. eines Kandidaten, die oder der die Wahl gewonnen hat, stärker davon ausgehen kann, dass die eigenen Interessen in der politischen Entscheidungsfindung Widerhall finden (Anderson & Guillory, 1997, S. 68). Daneben kann zusätzlich über eine emotionale Ebene argumentiert werden: Menschen präferieren Sieg mehr als Verlust (Daoust et al., 2024, S. 3).

Bezüglich der institutionellen Ausgestaltung wird u.a. zwischen Konsens- und Mehrheitsdemokratien unterschieden (Lijphart, 1997). Diese kann einen singulären Einfluss auf die politische Unterstützung ausüben (Aarts & Thomassen, 2008) sowie den Zusammenhang zwischen Gewinn und Verlust und politischer Unterstützung moderieren (Anderson & Guillory, 1997). So können Konsensdemokratien von höherer politischer Unterstützung profitieren als Mehrheitsdemokratien, weil die Wahrnehmung der Repräsentation in ersteren aufgrund des institutionellen Designs und der Auslegung auf Kompromisse stärker ausgeprägt ist (Aarts & Thomassen, 2008, S. 7).

Ähnliche Überlegungen finden sich auch bereits in theoretischen Konzeptionen der partizipativen (Pateman, 1970), der starken (Barber, 1984) oder der deliberativen (Fishkin, 1995) Demokratie. Diesen und verwandten Demokratiemodellen liegt die Annahme zu Grunde, dass eine höhere Beteiligungsorientierung und damit eine stärkere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern etwa durch deliberative Verfahren und direkt-demokratische Abstimmungen die Identifikation mit dem politischen System und damit die Unterstützung dessen erhöht.

3.3. Theorien des lebenslangen Lernens

Insbesondere die Annahme des Sozialisationsansatzes, dass die vermittelten und internalisierten Einstellungen über den Lebenszyklus eine hohe Stabilität aufweisen, wurde schon vor einiger Zeit durch die Ergebnisse von Jennings und Niemi (1981) in Frage gestellt. Hier wurde gezeigt, dass viele Einstellungen hohen Schwankungen unterliegen, auch nach Abschluss der Sozialisation. In der Folge fand die Vereinigung beider Erklärungen vor allem mit dem Hinweis statt, dass sich beide Ansätze nicht gegenseitig ausschließen, sondern er-

gängen. Es wird somit von einem lebenslangen Lernen ausgegangen (Haerpfer, 2008; Mishler & Rose, 1997, 2001a, 2001b, 2002).

Die Argumentation zur Vereinigung von Sozialisations- und Situationsansatz beginnt mit der Feststellung, dass beide Ansätze auf der Fokussierung von Erfahrung basieren (Mishler & Rose, 1997, S. 434) und somit beide Ansätze politische Einstellungen als erlernt betrachten (Mishler & Rose, 2002, S. 8). Der Unterschied der beiden Ansätze liegt nach Mishler und Rose (2002, S. 8) lediglich in der Annahme über den Zeitpunkt und die Vermittler des Lernprozesses. Somit wird innerhalb des „lifetime-learning models“ davon ausgegangen, dass Einstellungen zwar in der frühen Phase der Sozialisation erworben werden, dass diese Einstellungen aber nicht unveränderlich über den weiteren Lebenszyklus sind. Vielmehr werden sie „continuously updated and adjusted as initial beliefs are contradicted, tempered or reinforced by later experiences“ (Mishler & Rose, 2002, S. 8).

Einen ähnlichen Ansatz der Vereinigung verfolgt Rohrschneider (1999). Innerhalb seiner theoretischen Erklärung werden Werte und Wertorientierungen durch den Prozess des „institutionellen Lernens“ ausgebildet. Diese Wertorientierungen bestehen weiter fort und dienen im späteren Verlauf als Schablone für die Performanzbewertung. Die Leistungen des aktuellen Regimes werden also an dem gemessen, was in den primären Sozialisationsphasen an Wertorientierungen internalisiert wurde. Dieser Aspekt ist insbesondere im Rahmen von Regimewechseln interessant und kann dazu beitragen, die schlechteren Zustimmungswerte der Demokratieunterstützung in Transformationsstaaten zu erklären, denn das neue Regime wird an den Werten gemessen, die im alten Regime internalisiert wurden. Wenn sich hier Struktur und Werte unterscheiden, kommt es zu schlechteren Zustimmungswerten für das neue Regime.

4. Forschungsstand, Forschungslücken und Beiträge der einzelnen Artikel

Eine vollumfängliche Darstellung des Forschungsstands, etwa in Form systematischer Literaturreviews, wäre vermutlich für jeden einzelnen der drei in die kumulative Arbeit eingebrachten Artikel in Umfang sprengender Größe möglich, da sich die politische Einstellungsforschung und insbesondere die politische Kulturforschung seit den 1960er Jahren eines breiten Korpus empirischer Studien erfreuen kann. So wird auch der hier übergeordneten Frage nach der Entwicklung von Demokratie befürwortenden Einstellungen nach strukturellen und prozessualen Veränderungen innerhalb dieser Forschungstradition in vielen Facetten nachgegangen. Dies betrifft sowohl den weltweiten Vergleich politischer Systeme und die darin enthaltene Untersuchung der vorhandenen Verteilung von Einstellungen (Almond & Verba, 1963; Campbell & Conrath, 2015; Dalton & Welzel, 2014; Dalton, 2004; Norris, 1999b; Wuttke et al., 2020), als auch die Betrachtung der Bundesrepublik.²⁹

Trotz dieses breiten Korpus an empirischer Evidenz sind nachwievor spezifische und ausdifferenzierte Fragen nicht abschließend beantwortet. Mit Blick auf den vorgegebenen Rahmen soll daher für die behandelten Fragestellungen in aller gebotener Kürze jeweils eine Übersicht gegeben werden, insbesondere mit einem Fokus auf die vorhandenen Forschungslücken. Die Aussagen zu letzteren beziehen sich jeweils auf den Zeitpunkt des Erscheinens der jeweiligen Artikel. Etwaige neuere Publikationen und Beiträge zur Forschung, die nachfolgend erschienen sind, finden in den jeweiligen Kurzdiskussionen zu den einzelnen Artikeln in Kapitel 5 Berücksichtigung.

²⁹ Vgl. etwa die Übersichtsartikel von Pickel und Pickel (2023) sowie Westle (2022) aber auch die überblickartigen Bemerkungen in Kap. 1.2 sowie Fußnote 8.

4.1. Sozialisation und die Entwicklung politischer Unterstützung

Die Zusammenfassung des Forschungsstands und die Attestierung von Forschungslücken bezüglich der Sozialisation und der Entwicklung politischer Unterstützung geschieht nachfolgend zunächst für die Demokratieunterstützung und daran anschließend für die Entwicklung von Demokratiekonzeptionen.

4.1.1. Sozialisation und die Entwicklung der Demokratieunterstützung

Untersuchungen, die konkret die politische Unterstützung im wiedervereinigten Deutschland betrachten, zeigen im Aggregat über mehrere Zeitpunkte hinweg, dass zwar eine generell hohe Demokratieunterstützung vorliegt, diese im Osten aber durchweg niedriger ausfällt als im Westen, wobei im Osten die Zustimmung zum Sozialismus als Ordnungsmodell durchweg höher ist (Arzheimer & Klein, 2000; Braun & Trüdinger, 2023; Campbell, 2012; Fuchs, 1997a, 1999b; Fuchs et al., 1997; Gabriel, 1999, 2000; Niedermayer, 2009; Pickel & Pickel, 2023; Völkl, 2005; Welsch, 2022; Westle, 2022; Westle & Niedermayer, 2009; Wuttke et al., 2020). Auch in Untersuchungen innerhalb der Bundesländer zeigen sich diese Befunde, insbesondere die Demokratieunterstützung ist konstant auf hohem Niveau und deutet auf eine hohe Legitimitätsüberzeugung hin (Reiser et al., 2023).

Erklärt werden diese Unterschiede innerhalb der Studien insbesondere durch die Sozialisation in unterschiedlichen politischen Systemen und durch gegenseitige oder eigenständige Identitätszuschreibungen.³⁰ Die Transformationsforschung zeigt mit diesen Befunden in Einklang, dass das Niveau politischer Unterstützung in neuen Demokratien zu Beginn eines Transformationsprozesses weit niedriger ausfällt als in etablierten Demokratien (Fuchs & Roller, 2006; Neundorf, 2010). Der Prozess, in dem sich zum jeweiligen politischen System kompatible Einstellungen entwickeln, etwa durch Übung und Lernprozesse, ist langwierig und ein vollständiger Einstellungswandel erst nach einem Generationenaustausch vollzogen (Claassen, 2020b; Fuchs-Schündeln & Schündeln, 2015; Inglehart & Welzel, 2009; Pop-Eleches & Tucker, 2014).

³⁰ Insbesondere bei der spezifischen Unterstützung und weiteren Performanzindikatoren wurde jedoch die schlechtere ökonomische Performanz in Ost-Deutschland oder deren individuelle Wahrnehmung und in der Folge daraus entstehenden Gefühlen relativer Deprivation als Erklärung herangezogen (vgl. Kap. 3.)

Auch mit Blick auf andere politische Einstellungen wurden die Hypothesen des Sozialisationsmodells im Kontext der Wiedervereinigung untersucht. Hier finden sich in der jüngeren Vergangenheit Beiträge, die auf ihr Zutreffen hindeuten etwa mit Blick auf das Institutionenvertrauen (Hebenstreit & Reiser, 2023; Völkl, 2023), der Einstellung gegenüber dem Sozialismus (Campbell, 2015) und der Demokratiezufriedenheit (Welsch, 2022). Andere Untersuchungen hingegen finden keine Hinweise auf Sozialisationseffekte (Campbell, 2020; Westle, 2022) und es gibt Beiträge, die zeigen, dass die DDR-Sozialisierung stärkeren Charakter hat als eine nachfolgende BRD-Sozialisierung und zu einer Persistenz autoritärer, anti-demokratischer Einstellungen beiträgt (Rippl, 2024) - was dem Modell des lebenslangen Lernens widerspricht.

Situative Faktoren spielen in der Erklärung der Entwicklung der Demokratieunterstützung eine untergeordnete Rolle, jedoch zeigen Krishnarajan et al. (2023), dass es vor allem eine gute ökonomische Performanzbewertung in der Kindheit und im jungen Erwachsenenalter ist, die die Unterstützung des Systems, in dem jemand aufwächst, im späteren Leben beeinflusst - und verbinden auf diese Weise die Erklärungsansätze von Sozialisation und Situation miteinander. Claassen und Magalhães (2023) zeigen, dass in den USA die Demokratieunterstützung von Generation zu Generation weniger wird, was als Anzeichen entweder für die abnehmende diffuse Unterstützung durch dauerhaft niedrige spezifische Unterstützung interpretiert werden kann oder als eine Reaktion auf den Verfall der demokratischen Institutionen in den USA und den stark polarisierten Diskurs.

Insgesamt stellt sich der Forschungsstand also alles andere als homogen dar und es lohnt sich weiterhin das Sozialisationsmodell in Bezug auf die Demokratieunterstützung zu testen. Zudem fehlen im Kontext der deutschen Wiedervereinigung bislang immer noch langfristige Untersuchungen, die das Sozialisationsmodell einem umfassenden Test unterziehen, etwa in Form von APK-Modellen, die dem Identifikationsproblem in Zeitreihenanalysen von Einstellungen Rechnung tragen. Dies liegt auch in der Datenlage begründet. Nur landesweite Umfragen lassen diesen Test zu. Diese werden jedoch nicht immer mit einer ausreichenden Stichprobengröße durchgeführt, was es bis vor kurzer Zeit sehr schwierig gemacht hat, Kohorten im Ost-West Vergleich zu betrachten, da vor allem die Fallzahlen der jüngsten Kohorte im Osten sehr niedrig ausfallen. Dies ändert sich erst langsam durch die nachfolgende Durchführung dieser Umfragen, da durch spätere Befragungszeitpunkte

auch die Anzahl der Befragten größer wird, die nach der Wiedervereinigung geboren wurden.

Zudem gibt es keine langfristig konsistente Erhebung mit dem gleichen Messinstrument, aber auch eine Untersuchung, die die verschiedenen Instrumente miteinander vergleicht, fehlt. Um die grundlegenden Annahmen der Sozialisationstheorie in Bezug auf die Demokratieunterstützung im Kontext der deutschen Wiedervereinigung zu testen, müsste also auf eine Vielzahl von Datensätzen mit unterschiedlichen Messinstrumenten zurückgegriffen werden. Dies wird durch Studie 1 (Sack, 2024) im Rahmen dieser kumulativen Dissertation getan. Hierfür wurde ein Datensatz zusammengestellt, der sich aus 16 Umfragen in den Jahren 1998 bis 2023 aus insgesamt fünf Surveyprogrammen zusammensetzt und dabei drei Instrumente zur Messung der Demokratieunterstützung miteinander vergleichbar macht. Als eine der ersten Untersuchungen unterzieht sie somit die Sozialisationstheorie in Bezug auf die Demokratieunterstützung einem umfassenden Test und überprüft damit Forschungsfrage 1a.

4.1.2. Sozialisation und die Entwicklung von Demokratiekonzeption

Mit Blick auf die Entwicklung von Demokratiekonzeptionen lässt sich zunächst feststellen, dass es weitreichende empirische Belege dafür gibt, dass verschiedene individuelle Konzeptionen von Demokratie existieren. Dass also Individuen verschiedene normative Vorstellungen davon haben, was Demokratie ist und sein soll. Diese verschiedenen Konzeptionen sind regional unabhängig. Gezeigt wurde dies in Einzelfallstudien beispielsweise für Kanada (Kornberg & Clarke, 1994), Deutschland (Alesina & Fuchs-Schündeln, 2007; Fuchs, 1997a; Hofferbert & Klingemann, 2001; Kaase, 1971) oder Mexiko (Canache, 2012; Crow, 2010; Schedler & Sarsfield, 2007). Aber auch in länderübergreifenden Studien für Lateinamerika (Baviskar & Malone, 2004; Carlin & Singer, 2011), für Afrika (Mattes & Bratton, 2007), für Asien (Dalton & Shin, 2014), für den arabischen Raum (de Regt, 2012), für Osteuropa (Fuchs & Roller, 2006; Neundorf, 2010; Pop-Eleches & Tucker, 2014) und bei Untersuchungen von weltweiten Erhebungen (Cho, 2015; Fuchs & Klingemann, 2002, 2006).

Verschiedene Demokratiekonzeptionen werden dabei dadurch unterschieden, dass manche Prinzipien stärker als zur Demokratie gehörend gewichtet werden als andere. Diese Verteilung wird häufig unterschiedlich konzeptualisiert und unterschiedlich benannt (Car-

lin & Singer, 2011; Schedler & Sarsfield, 2007). Gebräuchlich ist dabei eine Unterscheidung zwischen der Zustimmung zu einem liberalen Demokratiemodell und der Zustimmung zu einem sozialistischen Demokratiemodell, insbesondere in der Betrachtung von Einstellungen und deren Wandel im Vergleich zwischen Ost und Westeuropa (Fuchs, 1997a, 1999b; Fuchs & Klingemann, 2002, 2006). Daneben gibt es auch Konzepte, die zwischen einem stärkeren Fokus auf Prozesse einerseits und einem stärkeren Fokus auf ökonomischen Output andererseits unterscheiden (Baviskar & Malone, 2004; Crow, 2010).

In der Untersuchung der Bevölkerungen von Ost- und Westdeutschland zeigte sich zu Beginn der Wiedervereinigung als solider Befund, dass in der Bevölkerung Westdeutschlands ein eher liberales Demokratieverständnis vorliegt, in der Bevölkerung Ostdeutschlands mehrheitlich eher einem sozialistischen Demokratiemodell zugestimmt wurde (Fuchs, 1997a, 1999b; Hofferbert & Klingemann, 2001). Diese Beobachtung wurde insbesondere mit dem Sozialisationsansatz erklärt und auch in anderen empirischen Vergleichsstudien wurde dieser Ansatz teilweise bestätigt (Alesina & Fuchs-Schündeln, 2007; Cho, 2015; Pop-Eleches & Tucker, 2014; Voicu & Peral, 2014). Situative Faktoren oder zusammenhängende Modelle finden in der Erklärung der Entwicklung von Demokratiekonzeptionen dagegen wenig bis kein Gewicht.

Mit Blick auf die Entwicklung insbesondere nach Regimewechseln gibt es Evidenz für die Dynamik eines Generationenaustauschs (Dalton & Shin, 2014; Voicu & Peral, 2014), wie er vom Sozialisationsmodell vorhergesagt wird und für eine Moderation dieses Effekts durch die institutionelle Qualität (Mattes & Bratton, 2007). Hinweise hierfür gibt auch die starke Prominenz sozialistischer Wertorientierungen kurz vor und kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (Finifter, 1996; Finifter & Mickiewicz, 1992). Speziell für die ehemaligen staatssozialistischen Länder in Mittel- und Osteuropa weisen Pop-Eleches und Tucker (2014) sowie Alesina und Fuchs-Schündeln (2007) starke Indoktrinationseffekte durch die kommunistischen Regime aus, die sich nur langsam in einem generationellen Wandel verändern. Alesina und Fuchs-Schündeln (2007, S. 1508) schließen bei ihrer Untersuchung von wohlfahrtsstaatlichen Wertorientierungen im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, „that 45 years of heavy state intervention and indoctrination instill in people the view that the state is essential for individual well-being“ und sagen vorher, dass es ein bis zwei Generationen (und damit 20 bis 40 Jahre) bräuchte, bis sich Ost- und Westdeutsche etwa in

ihrer Einstellung zu staatlichen Interventionen nicht mehr wesentlich unterscheiden (Alesina & Fuchs-Schündeln, 2007, S. 1523).

Inwiefern dieser postulierte Generationenaustausch erfolgreich stattgefunden hat, ist bislang weitgehend unerforscht. Ein maßgebender Grund hierfür ist das Fehlen von Daten. Zum Teil liegt dies im selben Umstand begründet, der auch bei Kohortenuntersuchungen zur Demokratieunterstützung zum Tragen kommt (vgl. vorheriges Kap. 4.1.1): Nur landesweite Umfragen lassen hierfür plausible Tests zu, allerdings stehen die Daten hierfür mit ausreichender Stichprobengröße naturgemäß erst nach einem gewissen Zeitraum zur Verfügung. Bei der Untersuchung von Demokratiekonzeptionen kommt jedoch noch ein anderer Umstand zum Tragen. Anders als bei der Demokratieunterstützung, die durch viele verschiedene Indikatoren in verschiedenen Umfrageprogrammen gemessen wird, gibt es zur Messung von Demokratiekonzeptionen nahezu keine Daten, da es an Instrumenten und deren systematischer Nutzung fehlt.

Dieser Umstand ändert sich erst langsam, etwa durch neuentwickelte Instrumente und ganze Module, durch die die Erhebung und ein Vergleich über Zeit möglich wird (European Social Survey, 2013). Insbesondere mit Blick auf die Entwicklung von Ost- und Westdeutschland gab es nach der Feststellung von Fuchs (1997a) über die unterschiedlichen Erwartungen an Demokratie, dessen Befunde auf Sozialisation hinwiesen, keine Untersuchung in Deutschland, die die präferierten Demokratiemodelle von West- und Ostdeutschen und deren Entwicklung systematisch betrachtete. Hier leistet Studie 2 (Sack, 2017b) durch die Untersuchung von Forschungsfrage 1b einen entscheidenden Beitrag um diese Lücke zu schließen.

4.2. Entscheidungsprozesse und -strukturen und die Entwicklung politischer Unterstützung

Dass ökonomische und institutionelle Unterschiede sowie policy-Ergebnisse die politische Unterstützung in Demokratien beeinflussen, ist durch empirische Untersuchungen für eine Reihe verschiedener Faktoren bestätigt (Aarts & Thomassen, 2008; Anderson & Guillory, 1997; Berggren et al., 2004; Cutler et al., 2023; Daoust & Nadeau, 2021; Kölln & Aarts, 2021; Papp et al., 2024; Wagner et al., 2009). Dies betrifft vor allem die Unterschiede in Bezug auf die Wahlrechtsnorm oder in Bezug auf die Gestaltung des Parteiensystems. Theoretisches

Kernargument dieser Studien ist, dass eine stärker wahrgenommene Repräsentation, etwa durch ein Verhältniswahlrecht, die Ausgestaltung als Konsensdemokratie oder ein Mehrparteiensystem zu einer höheren Demokratiezufriedenheit führt, da die Wahrscheinlichkeit zur Gewährleistung der eigenen Interessen höher ist als etwa in Demokratien, die sich auf dem Spektrum dieser institutionellen Arrangements auf der anderen Seite einordnen lassen. Vor allem in Bezug auf policy-Outcomes und Wahlergebnisse scheint ein sicherer Befund zu sein, dass sich Gewinner durchweg zufriedener mit der Demokratie äußern als Verlierer von Abstimmungen (Aarts & Thomassen, 2008; Anderson & Guillory, 1997).

Was die Auswirkung direkt-demokratischer Abstimmungsprozesse auf die politische Unterstützung angeht, ist der Forschungsstand nicht ganz so umfangreich. Er kulminiert in einzelnen Untersuchungen mit heterogener Evidenz, die nur die rechtlichen Möglichkeiten als Erklärungsvariable nutzen, nicht die tatsächliche Teilnahme und sich auf Staaten mit Erfahrung in direkter Demokratie stützen (Bauer & Fatke, 2014; Bernauer & Vatter, 2012; Bühlmann, 2007; Citrin, 1996; Dyck, 2009; Hug, 2005; Olken, 2010; Stadelmann-Steffen & Vatter, 2012). Unter Berücksichtigung der Entwicklungen wie sie in der Einleitung (Kap. 1.1) zusammengefasst wurden, ist dieser Umstand unbefriedigend. Wenn eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürgern in den politischen Entscheidungsprozess dazu beitragen soll, dass die Unzufriedenheit abnimmt, muss für eine empirische Überprüfung dieser Annahme auch die Teilnahme an direkt-demokratischen Verfahren als Erklärungsvariable fungieren. Solche Untersuchungen in Kontexten ohne Erfahrung und mit der Einführung oder der Nutzung von direkter Demokratie als Reaktion auf Unzufriedenheit sind nicht vorhanden.

Auch fehlen langfristige Untersuchungen und solche, die den Gewinn und den Verlust einer direkt-demokratischen Abstimmung als Kontextfaktor mit in den Blick nehmen. Es ist also unklar wie sich die spezifische, prozessuale Veränderung einer direkt-demokratischen Abstimmung im Zeitverlauf auf die politische Unterstützung auswirkt und ob eine stärkere Partizipation als das Heilmittel wirkt, das häufig zur Rettung der Demokratie angebracht wird. Diese Untersuchung geschieht in Studie 3 (Sack, 2017a), die sich Forschungsfrage 2 zuwendet und damit diese Forschungslücken schließt. Der Artikel ist einer der ersten, der die Zusammenhänge dieser Form innerhalb eines quasi-experimentellen Settings untersucht.

5. Zusammenfassung der Artikel

Nachfolgend findet die Zusammenfassung der Artikel statt, die als kumulative Leistung im Rahmen dieser Dissertation eingebracht werden. Dies geschieht jeweils in Form erweiterter Abstracts, die sich auf die untersuchte Fragestellung und den Bezug zum Disserationsprojekt, das methodische Vorgehen, die Zusammenfassung der Befunde sowie eine Kurzdiskussion beschränken. Die Artikel sind in Anhang A am Ende dieser Arbeit angeheftet.

Da zwei der drei eingebrachten Artikel bereits 2017 (Sack, 2017a, 2017b) veröffentlicht wurden, soll bezüglich der Forschungsfragen, die dort bearbeitet wurden, hierzu zusätzlich eine kurze Einordnung der einschlägigen Studien, die diesen Fragen ebenfalls nachgehen und seitdem publiziert wurden, stattfinden.

5.1. Studie 1: Sack (2024): Die Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland von 1998-2023

5.1.1. Fragestellung und Bezug zum Dissertationsprojekt

Aufbauend auf den theoretischen Überlegungen zur diffusen Unterstützung, der damit verbundenen bevorzugten Erklärungsmodelle und auf der Basis des Forschungsstands fragt Studie 1³¹ nach der Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung. Ausgehend von den Annahmen des Sozialisationsmodells, das in Bezug auf diese Dimension der diffusen Unterstützung von einem notwendigen Generationenaustausch zur Veränderung der gesellschaftlichen Einstellungsmuster ausgeht, werden zwei zentrale Hypothesen aufgestellt (Sack, 2024, S. 12):

H₁: Es gibt nach wie vor Unterschiede in der generellen Demokratieunterstützung zwischen Ost- und Westdeutschen.

³¹ Studie 1 ist zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Arbeit als Forschungsbeitrag bei der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* eingereicht und befindet sich dort in Begutachtung (*under review*).

H₂: Diese Unterschiede werden mit der Zeit kleiner, da sich die jüngeren Generationen annähern und in der jüngsten Generation keine Unterschiede mehr zu finden sind.

Der Artikel liefert somit einen direkten Beitrag zur übergeordneten Forschungsfrage und zur nachgelagerten Forschungsfrage 1a. Es ist die erste Studie, die im Rahmen einer langfristigen Untersuchung und unter Annahme eines „natürlichen Experiments“ das Sozialisationsmodell in Bezug auf die Demokratieunterstützung einem umfassenden Test unterzieht. Hierfür wird auf einen eigens kompilierten Datensatz zurückgegriffen, der aus Erhebungen im Zeitraum 1998-2023 besteht und die Demokratieunterstützung mit drei verschiedenen Indikatoren misst. Dies ermöglicht es zusätzlich, als einer der ersten Beiträge eine Aussage über die Validität dieser einzelnen Instrumente zu treffen.

5.1.2. Methodisches Vorgehen

Zur Überprüfung der Hypothesen greift die Studie auf Daten aus insgesamt fünf Umfrageprogrammen zurück: der DFG-Wahlstudie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ für die Jahre 1998 und 2002; der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) für die Jahre 2008, 2018 und 2023; der German Longitudinal Election Study (GLES) für die Jahre 2009, 2010, 2011, 2013, 2015 und 2017; des European Social Survey für die Jahre 2012 und 2021 und des World Values Survey für die Jahre 2006, 2013 und 2017. Aufgrund der unterschiedlichen Items, mit denen die Demokratieunterstützung innerhalb dieser einzelnen Umfragen gemessen wurde, wurden die Werte für diese Variable auf einen Bereich von 0 bis 100 standardisiert.

Auf Basis einer deskriptiven Analyse, die zunächst die Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland mit Hilfe der Mittelwerte und der zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle betrachtet, wurde Hypothese 1 überprüft. Zur Überprüfung von Hypothese 2 wurde die Demokratieunterstützung ebenfalls zunächst deskriptiv für verschiedene Altersgruppen und anschließend für verschiedene Kohortenzugehörigkeiten miteinander verglichen, wobei ein Fokus in der Betrachtung auf die jeweils jüngste Kohorte entsprechend der formulierten Hypothese H₂ gesetzt wurde. Diese Betrachtung wurde einerseits

für die einzelnen Befragungszeitpunkte sowie andererseits kumuliert für die einzelnen Umfrageprogramme durchgeführt.

In einem letzten Analyseschritt wurden die deskriptiven Befunde zur Kontrolle durch Drittvariablen und insbesondere zur Trennung des Kohorten- von möglichen Alters- und Periodeneffekten um die Schätzung multivariater Regressionsmodelle erweitert. Diese Modelle wurden für den gesamten Datensatz und für die einzelnen Kumulationen der Umfrageprogramme geschätzt. Auf Basis dieser Modelle wurden zusätzlich die vorhergesagten, marginalen Werte berechnet um eine bessere Interpretation zu ermöglichen.

5.1.3. Zusammenfassung der Befunde

Als zentrale Befunde lassen sich festhalten, dass in den älteren Kohorten nahezu durchweg signifikante Unterschiede in der Demokratieunterstützung festzustellen sind, die in der jüngsten Kohorte teilweise nicht mehr vorhanden sind. Dies erstreckt sich über die meisten Befragungszeitpunkte und alle Umfrageprogramme. Das Muster der Verteilung ist dabei nahezu gleich, auch über die verschiedenen Umfrageprogramme mit unterschiedlichen Messinstrumenten hinweg. Dies spricht für die Validität der Items und eine gegebene Vergleichbarkeit.

H_1 und H_2 wurden somit bestätigt und die Befunde sprechen zunächst für das Sozialisationsmodell. Allerdings ist dies nicht durchgehend der Fall und auch teilweise mit Widersprüchlichkeiten verbunden. So sollte im Rahmen des Sozialisationsmodells ein Zusammenwachsen der beiden Bevölkerungsteile vor allem durch eine Bewegung der ostdeutschen Befragten hin zu den Werten der westdeutschen Befragten stattfinden, denn ausschließlich für die ostdeutsche Bevölkerung hat sich der institutionelle Rahmen im Form des politischen Systems geändert. Diese Beobachtung kann auf Basis der hier durchgeführten Analyse nicht durchgeführt werden, die Befragten im Osten Deutschlands unterscheiden sich über die Generationen hinweg nur selten signifikant von einander, dies ist häufiger für die Befragten im Westen der Fall.

5.1.4. Kurzdiskussion

Die Studie unterliegt bestimmten Limitationen. Zunächst ist die Operationalisierung der politischen Sozialisation nur über den Ort des Interviews zum Zeitpunkt der Befragung

möglich. Dies ist problematisch, da etwaige Bewegungsströme zwischen Ost- und Westdeutschland in der Zeit nach der Wiedervereinigung nicht berücksichtigt werden können und somit keine klare Aussage darüber möglich ist, ob die politische Sozialisation der älteren Generationen wirklich im Osten oder im Westen stattgefunden hat.

Die unterschiedlichen Indikatoren zur Messung der Demokratieunterstützung stellen eine weitere Limitation dar. Diese kann aber gleichzeitig als Vorteil interpretiert werden, da durch diese Studie deutlich wurde, dass die Items, die hierfür herangezogen werden, sehr ähnliche Muster abbilden und somit davon ausgegangen werden kann, dass diese tatsächlich die selben Konstrukte messen.

5.2. Studie 2: Sack (2017b): Die Entwicklung normativer Demokratiekonzeptionen nach der Wiedervereinigung bis 2012

5.2.1. Fragestellung und Bezug zum Dissertationsprojekt

Studie 2³² untersucht die Entwicklung normativer Vorstellungen von Demokratie im Generationenvergleich nach umfassenden institutionellen Veränderungen, nämlich dem Regimewechsel einer Autokratie zu einer liberalen Demokratie. Hierfür wird mit den Mikrodaten der sechsten Welle des European Social Survey für die deutsche Wiedervereinigung in einem Kohortenvergleich und unter Annahme eines natürlichen Experiments getestet, ob sich die jüngste Generation beider Landesteile in Bezug auf ihre Demokratiekonzeptionen einander annähert, wie es von der Sozialisationstheorie prognostiziert wird.

Ableitend aus den theoretischen Überlegungen des Sozialisationsmodells werden im Rahmen der Studie insgesamt vier Hypothesen zur weiteren Entwicklung des Demokratieverständnisses nach der Wiedervereinigung aufgestellt:

H₁: Es werden signifikante Unterschiede zwischen Menschen, die in Westdeutschland sozialisiert wurden und Menschen, die in Ostdeutschland sozialisiert wurden in Bezug auf das befürwortete Demokratiemodell erwartet.

H₂: Es wird eine stärkere Unterstützung des sozialistischen Modells von Demokratie in der Bevölkerungsgruppe, die in Ostdeutschland sozialisiert wurde,

³² Studie 2 ist in Jahrgang 24, Heft 3 der Zeitschrift *Democratization* (S. 444-462) erschienen (Sack, 2017b).

erwartet, als in der Bevölkerungsgruppe, die in Westdeutschland sozialisiert wurde. Hier wird eine stärkere Unterstützung des liberalen Modells von Demokratie erwartet.

H_{3a}: Diese postulierten Unterschiede treten in der jüngsten Kohorte nicht mehr auf (erste Generation, die in einem vereinigten Deutschland geboren, aufgewachsen und somit sozialisiert wurde). Bei Menschen, die in Ostdeutschland sozialisiert wurden, wird die größte Unterstützung für das liberale Modell innerhalb der jüngsten Kohorte erwartet und keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Gruppen innerhalb dieser Generation.

H_{3b}: Hinsichtlich der Unterstützung des sozialistischen Modells wird bei Menschen, die in Ostdeutschland sozialisiert wurden, die geringste Zustimmung innerhalb der jüngsten Generation und keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Gruppen innerhalb dieser Generation erwartet.

Studie 2 ist damit direkt mit der übergeordneten Forschungsfrage des Dissertationsprojekts und insbesondere mit der daraus abgeleiteten Forschungsfrage 1b verknüpft, die die Wirkung der politischen Sozialisation auf Demokratie befürwortende Einstellungen mit einem Fokus auf Demokratiekonzeptionen in den Blick nimmt. Sie ist die erste Studie, die das Sozialisationsmodell durch einen Kohortenvergleich in Bezug auf Demokratiekonzeptionen im Kontext der Wiedervereinigung überprüft.

5.2.2. Methodisches Vorgehen

Zur Überprüfung der aufgestellten Hypothesen wurden Daten der sechsten Welle des European Social Survey von 2012 analysiert. Diese Befragung war die erste umfassende und länderübergreifende Umfrage, die ein Modul zur Messung normativer Demokratiekonzeptionen enthielt. Hier wurde für eine Reihe institutioneller Prinzipien jeweils gefragt, als für wie wichtig es durch den Befragten für eine Demokratie erachtet wird. Als Basis für die folgende Analyse wurde zunächst durch eine explorative Faktorenanalyse festgestellt, dass sich für die Befragten in Deutschland zwei Demokratiemodelle unterscheiden lassen: ein liberales und ein sozialistisches Demokratiemodell.

Die Zustimmung zu diesen Modellen und zu den einzelnen Prinzipien, die ihnen zugrunde liegen, wurde dann im Rahmen einer deskriptiven Analyse für Personen, die jeweils in Ost- oder Westdeutschland sozialisiert wurden, untersucht. Hierfür wurden die Mittelwerte und die zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle miteinander verglichen. Zur Differenzierung der Unterschiede in Hinblick auf die verschiedenen Kohorten und zur Drittvariablenkontrolle wurden in einem nächsten Analyseschritt multivariate Regressionsmodelle geschätzt, jeweils für die Zustimmung zu den beiden Demokratiemodellen als abhängige Variable. Auf Basis dieser Modelle wurden vorhergesagte, marginale Werte berechnet, um die Interpretation zu erleichtern.

5.2.3. Zusammenfassung der Befunde

Zunächst ließen sich durch die Befunde die Hypothesen H_1 und H_2 bestätigen. Höhere Werte für in Westdeutschland sozialisierte Befragte wurden festgestellt für die elementaren Prinzipien der liberalen Demokratie (freie und faire Wahlen, funktionierende Opposition, Pressefreiheit, Schutz von Minderheitenrechten) und für dieses Demokratiemodell als Ganzes. Umgekehrt wurde eine höhere Zustimmung zum sozialistischen Demokratiemodell und seinen fundamentalen Prinzipien (soziale Gleichheit, Wohlfahrt) für in Ostdeutschland sozialisierte Befragte festgestellt. Diese Unterschiede ließen sich in der jeweils jüngsten Kohorte nicht mehr feststellen.

In Bezug auf das Zusammenwachsen innerhalb der jüngsten Generation wurden jedoch nicht alle Hypothesen bestätigt. Zwar ist der Zuspruch zum sozialistischen Demokratiemodell in der jüngsten Generation am niedrigsten, wie in H_{3b} erwartet, jedoch trifft dies auch für das liberale Demokratiemodell zu und innerhalb der Gruppe von Befragten, die in Westdeutschland sozialisiert wurden finden sich zwischen den Generationen signifikante Unterschiede, wodurch Hypothese H_{3a} nicht bestätigt wurde.

5.2.4. Kurzdiskussion

Im Rahmen von Studie 2 konnte zum ersten Mal das Sozialisationsargument in einer langfristigen Perspektive in Bezug auf Demokratiekonzeptionen getestet und bestätigt werden. Während die Unterschiede bezüglich der Zustimmung unterschiedlicher Demokratiekonzeptionen in den älteren Generationen nachwievor bestehen, verschwinden sie in der jungs-

ten Generation, der ersten, die gemeinsam in einer liberalen Demokratie sozialisiert wurde.

Die Relevanz von Untersuchungen dieser Art nehmen zu, da durch viele Studien innerhalb der politischen Kulturforschung deutlich wurde, dass sich Menschen in ihren normativen Ansprüchen an Demokratie stark unterscheiden und es von diesen Erwartungen abhängt, wie stark sie das jeweilige politische System unterstützen (Osterberg-Kaufmann et al., 2020, 301ff). Es überrascht daher nicht, dass seit Erscheinen von Studie 2 eine Reihe weiterer empirischer Analysen mit diesem Fokus publiziert wurden (Heyne, 2019; König et al., 2022; Landwehr & Leininger, 2019; Osterberg-Kaufmann et al., 2020). Explizit zu nennen ist hier die Replikationsstudie von Stallbaum (2025), die mit den Daten aus der zehnten Welle des European Social Survey die Entwicklung der Demokratiekonzeptionen in Ost- und Westdeutschland erneut betrachtet und dabei einige der zuvor erwähnten Befunde replizieren konnte.

Zu erwähnen ist daneben auch der vielversprechende Vorstoß durch Claassen et al. (2024), die Messung politischer Unterstützung mit umfassenderen Instrumenten zu verbessern, die der Komplexität des Demokratiebegriffs als Konstrukt gerecht werden.

5.3. Studie 3: Sack (2017a): Die Teilnahme an direktdemokratischen Abstimmungen als Einflussfaktor auf die spezifische Unterstützung

5.3.1. Fragestellung und Bezug zum Dissertationsprojekt

Studie 3³³ untersucht die Entwicklung demokratischer Einstellungen nach prozessualen Änderungen, in diesem Fall nach einer direkt-demokratischen Abstimmung mit gleichzeitig hohem Maß an Deliberation. Die Studie betrachtet hierfür als Untersuchungskontext die Volksabstimmung zum Umbau des Stuttgarter Bahnhofes im Rahmen des Infrastrukturprojekts „Stuttgart 21“, der teils heftige Auseinandersetzungen und ein Schlichtungsverfahren vorangegangen sind.

Ableitend aus den theoretischen Überlegungen des Konzepts der politischen Unterstützung, des Modells zur Erklärung der spezifischen Unterstützung durch die Erfahrungen mit den institutionellen und prozessualen Mechanismen sowie auf Basis zusätzlicher Überle-

³³ Studie 3 ist in Jahrgang 58, Heft 1 der *Politischen Vierteljahresschrift* (S. 75-97) erschienen (Sack, 2017a).

gungen zur lokalen Betroffenheit von direkt-demokratischen Entscheidungsprozessen und dem jeweiligen Forschungsstand, wurden folgende Hypothesen formuliert, wobei die Hypothesen H_{4a}/H_{4b} ein divergierendes Hypothesenpaar darstellen:

H_1 : Die Teilnahme an einem direkt-demokratischen Beteiligungsverfahren führt zu einer höheren Zufriedenheit mit der Demokratie.

H_2 : Der Gewinn einer direkten Abstimmung führt zu einer höheren Zufriedenheit mit der Demokratie.

H_{3a} : Wenn die lokale Betroffenheit niedrig ist, steigt der Einfluss der Teilnahme an einer direkten Abstimmung auf die Zufriedenheit mit der Demokratie.

H_{3b} : Wenn die lokale Betroffenheit hoch ist, steigt der Einfluss des Gewinns einer direkten Abstimmung auf die Zufriedenheit mit der Demokratie.

H_{4a} : Der Einfluss der Teilnahme und des Gewinns einer direkten Abstimmung auf die Zufriedenheit mit der Demokratie sind zeitlich stabil.

H_{4b} : Der Einfluss der Teilnahme und des Gewinns einer direkten Abstimmung auf die Zufriedenheit mit der Demokratie ist zeitlich nicht stabil.

Hierdurch besteht ein direkter Bezug zur übergeordneten Forschungsfrage und zur daraus abgeleiteten Forschungsfrage 2, die den Einfluss der Erfahrung mit den institutionellen Mechanismen auf Demokratie befürwortenden Einstellungen in den Blick nimmt. Studie 3 ist die erste Studie, die die Teilnahme an einer direkt-demokratischen Abstimmung als Erklärungsfaktor für die Demokratiezufriedenheit in einem Kontext untersucht, innerhalb dessen direkte Demokratie nicht zum etablierten Repertoire politischer Entscheidungsfindung gehört. Außerdem liefert sie den ersten Beitrag zur Frage, welchen Einfluss Gewinn oder Verlust einer direkten Abstimmung und die lokale Betroffenheit im Kontext solcher Prozesse auf die Demokratiezufriedenheit haben und zudem wie nachhaltig (in einem zeitlichen Sinne) diese Effekte sind, da es sich um eine langfristige Untersuchung handelt.

5.3.2. Methodisches Vorgehen

Durch die Auswertung von gepoolten Querschnittsdaten, die im Rahmen des Projekts „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘/ Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“ im Zeitraum 2011 bis 2015 in fünf Befragungswellen erhoben wurden, werden die aufgestellten Hypothesen unter Annahme einer quasi-experimentellen Untersuchungslogik überprüft. In mehreren telefonischen Befragungen wurden im Rahmen dieses Projekts im Querschnitt Zufallsstichproben der Bevölkerung in Baden-Württemberg und Stuttgart jeweils nach ihrer Teilnahme an der Volksabstimmung zu Stuttgart 21, zu ihrem Abstimmungsverhalten und zu ihrer Demokratiezufriedenheit befragt.

Diese Variablen wurden zunächst deskriptiv zueinander in Beziehung gesetzt und Mittelwerte sowie die zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle im Zeitverlauf jeweils für die Stichproben in Stuttgart und in Baden-Württemberg in Bezug auf die Teilnahme und in Bezug auf den Gewinn bzw. den Verlust der Abstimmung miteinander verglichen.

Zur Drittvariablenkontrolle wurden die deskriptiven Befunde zusätzlich um multivariate Regressionsanalysen, mit der Demokratiezufriedenheit als abhängiger Variable und der Teilnahme sowie dem Gewinn bzw. dem Verlust der Volksabstimmung als maßgeblich erklärende Variablen, ergänzt. Auf Basis dieser Regressionsmodelle wurden vorhergesagte, marginale Werte für die Demokratiezufriedenheit berechnet, die die Interpretation der Regressionsmodelle erleichtern.

5.3.3. Zusammenfassung der Befunde

Die Analyse zeigt, dass sowohl die Teilnahme, als auch der Gewinn einer Abstimmung einen positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit aufweisen, allerdings in Abhängigkeit von der lokalen Betroffenheit. Dabei wird vor allem der Effekt des Gewinns durch die lokale Betroffenheit verstärkt. Als zeitlich stabil erweist sich weder der positive Einfluss der Teilnahme noch der des Gewinns. Vielmehr nähern sich Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer sowie Gewinner und Verlierer der Volksabstimmung im Zeitverlauf hinsichtlich des Niveaus der Demokratiezufriedenheit wieder einander an. Die Ergebnisse lassen somit vermuten, dass einmalig durchgeführte direkte Abstimmungen keinen langfristigen positiven Einfluss

auf die politische Unterstützung ausüben. Dies führt zur Bestätigung der Hypothesen H_1 , H_2 , H_{3a} , H_{3b} und H_{4b} . Die zu H_{4b} divergierende Hypothese H_{4a} wird verworfen.

5.3.4. Kurzdiskussion

Im Rahmen von Studie 3 konnten die postulierten Zusammenhänge zum ersten Mal in einem Kontext untersucht werden, der nicht von einer direkten Demokratie als Standardrepertoire für die Herbeiführung politischer Entscheidungen geprägt ist, sondern in dem die direkt-demokratische Abstimmung am Ende eines langen politischen Konflikts stand und innerhalb einer Gesellschaft, die kaum bis keine Erfahrung mit direkter Demokratie aufweist.

Die Analyse unterliegt spezifischen Limitationen. Zum einen basiert die Messung auf einer Selbstauskunft über die Teilnahmeabsicht und die Rückerinnerung zur Teilnahme an der Volksabstimmung. Hier muss mit einem gewissen Anteil von Befragten gerechnet werden, der sich falsch erinnert. Daneben handelt es sich um Querschnitts- und nicht um Paneldaten. Außerdem wird die quasi-experimentelle Untersuchungslogik zusätzlich konterkariert durch den Umstand, dass es sich um Selbstselektion und keine Randomisierung handelt.

Seit Erscheinen von Studie 3 sind weiterführende Untersuchungen publiziert worden, die sich mit ähnlichen Fragen auseinandersetzen. So konnten Leemann und Stadelmann-Steffen (2022) zeigen, dass direkte Demokratie nicht nur die Demokratiezufriedenheit erhöht, sondern auch in der Lage ist, den Unterschied zwischen Gewinnern und Verlierern von Wahlen bezüglich der Demokratiezufriedenheit zu verringern. Marien und Kern (2018) konnten zeigen, dass der Einfluss der Teilnahme auf die Demokratiezufriedenheit in erheblichem Maße vom Gewinn der Abstimmung abhängt und Vetter und Brettschneider (2023) zeigen, dass die Teilnahme dialogischen Beteiligungsverfahren einen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit ausübt, dieser aber vor allem von der Zufriedenheit mit dem jeweiligen Beteiligungsverfahren und erst nachgelagert von der Zufriedenheit mit dem Ergebnis abhängt.

6. Fazit und Gesamtdiskussion

Im fundamentalen Interesse dieser Arbeit lag es, die Erkenntnisse darüber zu erweitern, wie sich Einstellungen, die die Demokratie befürworten und stabilisieren, durch institutionelle Veränderungen entwickeln. Denn diese Form ist die einzige Möglichkeit des Systems selbst auf Einstellungen einzuwirken. Dabei ist nahezu offensichtlich, dass innerhalb einer insgesamt stark ausdifferenzierten Wissenschaftslandschaft und in Anschluss daran in einem so ausdifferenzierten Forschungsfeld wie dem hier bearbeiteten, der Erkenntnisgewinn in letzter Konsequenz nur marginal sein kann. Nichtsdestotrotz bleibt die Hoffnung erhalten, dass auch diese Arbeit und insbesondere die in ihr als kumulative Dissertation eingebrachten Forschungsbeiträge einen Teil dazu beitragen können, das Dunkel durch den Scheinwerfer im Popperschen Sinn etwas weiter auszuleuchten.

Hierzu wurde der theoretische Rahmen zur Synthese dieser Forschungsbeiträge zunächst zu einem Maximum aufgespannt und Stück für Stück wieder geschlossen. Begonnen wurde mit der Beschreibung der grundlegenden Begriffe der allgemeinen Systemtheorie und Kybernetik, um das zentrale Konzept zur Verortung der abhängigen Variablen innerhalb eines Gesamtrahmens einzuordnen. Hierdurch konnte auch verdeutlicht werden, dass Systeme zur Selbststeuerung auf Feedback-Mechanismen zurückgreifen. Auf dieser Basis wurde die Systemtheorie David Eastons vor- und in Abgrenzung hierzu die Konzeption Luhmanns nebenangestellt. Durch die übergeordnete Fragestellung wurde der Fokus in Eastons Konzeption des politischen Systems vorgegeben: die Input-Seite des politischen Systems in Form der politischen Unterstützung. Diese wurde entsprechend näher spezifiziert, etwaige Erweiterungen durch nachfolgende Autorinnen und Autoren dargestellt und die Nähe zu einem weiteren prominenten Konzept der politischen Einstellungsforschung forciert: dem Konzept der Politischen Kultur. Die Arbeiten von Fuchs und anderen erlaubten hierauf aufbauend die wesentlichen Erklärungsmodelle für die einzelnen abhängigen Variablen dieser Arbeit, die als kritische Einstellungen für die Persistenz demokratischer Systeme betrachtet

werden können, zu spezifizieren. Daran anschließend wurde der Forschungsstand zu den Beziehungen dieser Variablen und ihren Erklärungsfaktoren in sehr kurzer Form dargestellt.

Als Abschluss kulminiert die Synopse dieser kumulativen Dissertation in der Beschreibung der drei eingebrachten Forschungsbeiträge. Dies geschah jeweils in der Synthese der zuvor beschriebenen Konzepte und Umstände zur Rahmung der jeweiligen Fragestellung und den daraus destillierten, forschungsleitenden Hypothesen; in einer kurzen Beschreibung der verwendeten Daten und der Strategie ihrer Analyse zur Überprüfung dieser Hypothesen; in der Zusammenfassung der wesentlichen Befunde; sowie einer Kurzdiskussion dieser Ergebnisse, teilweise mit Blick auf die neuere Forschungslandschaft.

Neben der einheitlichen Verortung innerhalb der theoretischen Konzepte war den einzelnen Forschungsvorhaben die grundlegende Argumentation gemeinsam, dass die Mechanismen zur Herstellung Demokratie befürwortender Einstellungen durch langfristige Betrachtungen und die Analyse von Umfragedaten in quasi-experimentellen Forschungsdesigns überprüft werden sollten. So wurde innerhalb der ersten Studie die langfristige Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland untersucht, innerhalb der zweiten Studie im äquivalenten Kontext die Entwicklung unterschiedlicher Demokratiekonzeptionen und innerhalb der dritten Studie die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit im Kontext einer direkt-demokratischen Abstimmung und der darauffolgenden Jahre.

Als Fundamentalbefund kann auf Basis dieser Studien festgehalten werden: Strukturelle und prozessuale Veränderungen beeinflussen Demokratie befürwortende Einstellungen. Allerdings passiert dies nicht immer so, wie es die theoretischen Erklärungsmodelle prognostizieren. So hat die institutionalisierte Struktur eines politischen Systems und die darin stattfindende Sozialisation Einflüsse auf die Ausbildung der Demokratieunterstützung und der Demokratiekonzeptionen seiner Bürgerinnen und Bürger. Würde die theoretische Annahme des Sozialisationsmodells bezüglich eines Generationenaustauschs jedoch vollständig zutreffen, müsste dies in den empirischen Analysen nicht nur allein in einer Reduzierung von Unterschieden zu erkennen sein, sondern diese Reduzierung sollte in einer bestimmten Richtung geschehen. Es bleibt rätselhaft, weshalb die Reduzierung der Einstellungsunterschiede vornehmlich auf eine Abnahme der Zustimmungswerte innerhalb der Bevölkerung von Westdeutschland zurückzuführen ist.

Ähnliches lässt sich mit Blick auf den Einfluss prozessualer Veränderungen konstatieren. Die Teilnahme an direkt-demokratischen Entscheidungsverfahren wirkt sich durchaus auf die politische Unterstützung aus und führt zu einer höheren Zufriedenheit. Allerdings ist dieser Effekt abhängig von einigen Kontextfaktoren wie der lokalen Betroffenheit und der Zugehörigkeit zu den Gewinnern der Abstimmung. Diese Kontextfaktoren liegen aber kaum bis gar nicht im Gestaltungsspielraum derjenigen Akteure, die die Entscheidungsstrukturen adjustieren können.

Etwas salopp formuliert kann dadurch festgehalten werden: Demokratie alleine reicht nicht aus, ebenso ihre Erweiterung um (womöglich sogar nur einmalig durchgeführte) direkt-demokratische Verfahren, um die Entwicklung befürwortender Einstellungen in einem solchen Maße zu forcieren, dass damit keine Sorge mehr um eine Krise der Demokratie gerechtfertigt sei. Tatsächlich wäre es auch überraschend, wenn sich dies als Befund herausstellen lassen würde, denn dann gäbe es tatsächlich keine demokratische Malaise zu beklagen und eine Abwendung vom demokratischen Prozess wäre vermutlich nicht zu beobachten - sind die meisten Demokratien, in denen dies wahrgenommen und konstatiert wird doch schon seit Jahrzehnten als solche konstituiert und konsolidiert.

Die grundlegenden Limitationen der eingebrachten Studien wurden bereits in den jeweiligen Kurzdiskussionen aufgegriffen. Übergeordnet kann jedoch festgehalten werden, dass die Auswertung von Umfragedaten, zumal auf der Basis sehr sparsamer Instrumente zur Messung sehr komplexer Konstrukte, stets mit den ihr inhärenten Problemen behaftet ist. Der durchgängig und regelmäßig niedrige Anteil erklärter Varianz innerhalb der geschätzten Regressionsmodelle zeigt ebenfalls, dass die Erklärungskraft der zugrunde gelegten Theorien ausbaufähig ist. Die Modelle alleine erklären die Phänomene und Zusammenhänge nicht vollumfänglich. Dies ist ein Umstand, den man sich in der Politischen Soziologie, der Sozialpsychologie und anderen Disziplinen stets vor Augen halten muss. Eine Aktualisierung der fundamentalen Konzepte der Politischen Unterstützung und der Politischen Kultur sowie deren umfängliche theoretische Integration in ein Gesamtmodell könnte ein fruchtbarer Ansatz sein. Auch wenn hierbei der Balanceakt zwischen Sparsamkeit und Erklärungskraft zu beachten ist. Dennoch könnte dadurch deutlicher verstanden werden welche Prozesse und Strukturen es konkret benötigt, um die Entwicklung Demokratie befürwortender Einstellungen langfristig zu begünstigen. Die derzeitigen Entwicklungen zu ela-

borierten Messinstrumenten (Claassen et al., 2024) klingen vielversprechend und werden ebenso zur Weiterentwicklung von Theorien zur Erklärung der Entwicklung politischer Unterstützung beitragen. An einer Grundsätzlichkeit wird aber auch dies vermutlich nichts ändern: Der Forschungsgegenstand Demokratie und die ihr gegenüber entwickelten Einstellungen bleibt komplex und der Forschungsstand hierzu heterogen.

Literaturverzeichnis

- Aarts, K., & Thomassen, J. (2008). Satisfaction with Democracy: Do Institutions matter? *Electoral Studies*, 27(1), 5–18. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2007.11.005>
- Abendschön, S. (2013). Children's Political Socialisation within the Family: Value Transmission and Social Milieu Factors. In S. Abendschön (Hrsg.), *Growing into Politics* (S. 33–71). ECPR Press.
- Alesina, A., & Fuchs-Schündeln, N. (2007). Good-Bye Lenin (or Not?): The Effect of Communism on People's Preferences. *American Economic Review*, 97(4), 1507–1528. <https://doi.org/10.1257/aer.97.4.1507>
- Almond, G. A. (1956). Comparative Political Systems. *Journal of Politics*, 18(3), 391–409. <https://doi.org/10.2307/2127255>
- Almond, G. A. (1980). The Intellectual History of the Civic Culture Concept. In G. A. Almond & S. Verba (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited* (S. 1–36). Sage.
- Almond, G. A., Powell Jr., G. B., Dalton, R. J., & Strom, K. (2008). *Comparative Politics Today. A World View*. Pearson.
- Almond, G. A., & Verba, S. (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton University Press.
- Anderson, C. J., & Guillory, C. A. (1997). Political Institutions and Satisfaction with Democracy: A Cross-National Analysis of Consensus and Majoritarian Systems. *The American Political Science Review*, 91(1), 66–81. <https://doi.org/10.2307/2952259>
- Arbatli, E., & Rosenberg, D. (2021). United We Stand, Divided We Rule: How Political Polarization Erodes Democracy. *Democratization*, 28(2), 285–307. <https://doi.org/10.1080/13510347.2020.1818068>
- Arzheimer, K. (2002). *Politikverdrossenheit: Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*. Westdt. Verl.

- Arzheimer, K., & Klein, M. (2000). Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich. In J. Falter, O. W. Gabriel & H. Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich* (S. 363–402). Leske + Budrich. https://doi.org/10.1007/978-3-663-05704-8_11
- Ashby, W. R. (1956). *Einführung in die Kybernetik*. Suhrkamp. 1974.
- Barber, B. R. (1984). *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. University of California Press.
- Barnes, S. H., Kaase, M., Allerbeck, K. R., Farah, B. G., Heunks, F., Inglehart, R., Jennings, M. K., Klingemann, H.-D., Marsh, A., & Rosenmayr, L. (1979). *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Sage.
- Bauer, P. C., & Fatke, M. (2014). Direct Democracy and Political Trust: Enhancing Trust, Initiating Distrust - or Both. *Swiss Political Science Review*, 20(1), 49–69. <https://doi.org/10.1111/spsr.12071>
- Baviskar, S., & Malone, M. F. T. (2004). What Democracy Means to Citizens - and Why It Matters. *European Journal of Latin American and Caribbean Studies*, 76, 3–23. <https://www.jstor.org/stable/25676069>
- Beensen, F., Pickel, G., & Yendell, L., Alexander : (2023). *Bericht zur Entwicklung der Kriminalität gegen Ausländer und Flüchtlinge in Deutschland 2018–2022. Expertise im Auftrag des Sachverständigenrats für Integration und Migration für das SVR-Jahresgutachten 2024*. Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gGmbH.
- Berggren, H. M., Fugate, G. A., Preuhs, R. R., & Still, D. R. (2004). Satisfied? Institutional Determinants of Citizen Evaluations of Democracy. *Politics & Policy*, 32(1), 72–96. <https://doi.org/10.1111/j.1747-1346.2004.tb00176.x>
- Bernauer, J., & Vatter, A. (2012). Can't get no satisfaction with the Westminster model? Winners, losers and the effects of consensual and direct democratic institutions on satisfaction with democracy. *European Journal of Political Research*, 51(4), 435–468. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2011.02007.x>
- Bertalanffy, L. v. (1950). The Theory of Open Systems in Physics and Biology. *Science*, 111(2872), 23–29. <https://doi.org/10.1126/science.111.2872.23>

- Bertram, H. (Hrsg.). (1995). *Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse - politische Einstellungen*. Leske + Budrich.
- Blais, A., & Gélinau, F. (2007). Winning, Losing and Satisfaction with Democracy. *Political Studies*, 55(2), 425–441. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2007.00659.x>
- Boese, V. A., Amanda B. Edgell, S. F. M., Sebastian Hellmeier, & Lindberg, S. I. (2021). How democracies prevail: democratic resilience as a two-stage process. *Democratization*, 28(5), 885–907. <https://doi.org/10.1080/13510347.2021.1891413>
- Braun, D., & Trüdinger, E.-M. (2023). Communal and Exchange-Based Trust in Germany Thirty Years After Reunification: Convergence or Still an East–West Divide? *German Politics*, 32(1), 43–62. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2054989>
- Bühlmann, M. (2007). Direkte Demokratie und politische Unterstützung. In M. Freitag & U. Wagschal (Hrsg.), *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich* (S. 217–250). Lit.
- Campbell, R. (2012). Values, Trust and Democracy in Germany: Still in Search of 'Inner Unity'? *European Journal of Political Research*, 51(5), 646–670. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2011.02051.x>
- Campbell, R. (2015). Political Culture and the Legacy of Socialism in Unified Germany. *German Politics*, 24(3), 271–291. <https://doi.org/10.1080/09644008.2015.1021793>
- Campbell, R. (2020). How critical are Germans of democracy? The pattern and origins of constitutional support in Germany. *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, 28(2-3), 113–133. <https://doi.org/10.1080/25739638.2020.1833562>
- Campbell, R., & Conradt, D. P. (2015). The Civic Culture at 50: Change, Continuity and Challenges in the Federal Republic of Germany. *German Politics*, 24(3), 217–233. <https://doi.org/10.1080/09644008.2015.1060588>
- Canache, D. (2012). Citizens' Conceptualizations of Democracy: Structural Complexity, Substantive Content, and Political Significance. *Comparative Political Studies*, 45(9), 1132–1158. <https://doi.org/10.1177/0010414011434009>
- Canache, D., Mondak, J. J., & Seligson, M. A. (2001). Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy. *Public Opinion Quarterly*, 65(4), 506–528. <https://doi.org/10.1086/323576>

- Carlin, R. E., & Singer, M. M. (2011). Support for Polyarchy in the Americas. *Comparative Political Studies*, 44(11), 1500–1526. <https://doi.org/10.1177/00104140111407471>
- Cavalli, A. (2004). Generations and Value Orientations. *Social Compass*, 51(2), 155–168. <https://doi.org/10.1177/0037768604043003>
- Cho, Y. (2015). How Well are Global Citizens Informed about Democracy? Ascertaining the Breadth and Distribution of Their Democratic Enlightenment and Its Sources. *Political Studies*, 63(1), 240–258. <https://doi.org/10.1111/1467-9248.12088>
- Citrin, J. (1974). Comment: The Political Relevance of Trust in Government. *American Political Science Review*, 68(3), 973–988. <https://doi.org/10.2307/1959141>
- Citrin, J. (1977). Political Alienation as a Social Indicator: Attitudes and Action. *Social Indicators Research*, 4(4), 381–419. <http://www.jstor.org/stable/27521839>
- Citrin, J. (1996). Who's the Boss? Direct Democracy and Popular Control of Government. In S. C. Craig (Hrsg.), *Broken Contract? Changing Relationships between Americans and their Government* (S. 268–293). Westview Press.
- Claassen, C. (2020a). Does Public Support Help Democracy Survive? *American Journal of Political Science*, 64(1), 118–134. <https://doi.org/10.1111/ajps.12452>
- Claassen, C. (2020b). In the Mood for Democracy? Democratic Support as Thermostatic Opinion. *American Political Science Review*, 114(1), 36–53. <https://doi.org/10.1017/S0003055419000558>
- Claassen, C., Ackermann, K., Bertou, E., Borba, L., Carlin, R. E., Cavari, A., Dahlum, S., Gherghina, S., Hawkins, D., Lelkes, Y., Magalhães, P. C., Mattes, R., Meijers, M. J., Neundorff, A., Oross, D., Öztürk, A., Sarsfield, R., Self, D., Stanley, B., ... Zechmeister, E. J. (2024). Conceptualizing and Measuring Support for Democracy: A New Approach. *Comparative Political Studies*, Early View. <https://doi.org/10.1177/00104140241259458>
- Claassen, C., & Magalhães, P. C. (2023). Public Support for Democracy in the United States Has Declined Generationally. *Public Opinion Quarterly*, 87(3), 719–732. <https://doi.org/10.1093/poq/nfad039>
- Crow, D. (2010). The Party's Over. Citizen Conceptions of Democracy and Political Dissatisfaction in Mexico. *Comparative Politics*, 43(1), 41–61. <https://doi.org/10.5129/001041510X12911363510358>

- Crozier, M., Huntington, S. P., & Watanuki, J. (1975). *The Crisis Of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York University Press.
- Curini, L., Jou, W., & Memoli, V. (2012). Satisfaction with Democracy and the Winner/Loser Debate: The Role of Policy Preferences and Past Experience. *British Journal of Political Science*, 42(2), 241–261. <https://doi.org/10.1017/S0007123411000275>
- Cutler, F., Nuesser, A., & Nyblade, B. (2023). Satisfaction with Democracy: The Impact of Institutions, Contexts and Attitudes. *Canadian Journal of Political Science*, 56(1), 1–25. <https://doi.org/10.1017/S0008423922000853>
- Dalton, R. J., & Welzel, C. (Hrsg.). (2014). *The Civic Culture Transformed: From Allegiant to Assertive Citizens*. Cambridge University Press.
- Dalton, R. J. (1994). Communists and Democrats: Democratic Attitudes in the Two Germanies. *British Journal of Political Science*, 24(4), 469–493. <https://doi.org/10.1017/S0007123400006967>
- Dalton, R. J. (2004). *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford University Press.
- Dalton, R. J., & Shin, D. C. (2014). Growing up Democratic: Generational Change in East Asian Democracies. *Japanese Journal of Political Science*, 15(3), 345–372. <https://doi.org/10.1017/S1468109914000140>
- Daoust, J.-F., & Nadeau, R. (2021). Context matters: Economics, politics and satisfaction with democracy. *Electoral Studies*, 74, 102133. <https://doi.org/https://doi.org/10.1016/j.electstud.2020.102133>
- Daoust, J.-F., Nemčok, M., Broniecki, P., & Loewen, P. J. (2024). Reassessing the winner-loser gap in satisfaction with democracy. *PLOS ONE*, 19(12), 1–12. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0314967>
- de Regt, S. (2012). Arabs Want Democracy, but What Kind? *Advances in Applied Sociology*, 3, 37–46. <https://doi.org/10.4236/aasoci.2013.31005>
- Deutsch, K. W. (1963). *The Nerves of Government*. Free Press.
- Diamond, L. J. (1999). *Developing Democracy. Toward Consolidation*. Johns Hopkins University Press.

- Diamond, L. J. (2021). Democratic regression in comparative perspective: scope, methods, and causes. *Democratization*, 28(1), 22–42. <https://doi.org/10.1080/13510347.2020.1807517>
- Dyck, J. J. (2009). Initiated Distrust. Direct Democracy and Trust in Government. *American Politics Research*, 37(4), 539–568. <https://doi.org/10.1177/1532673X08330635>
- Easton, D. (1953). *The Political System. An Inquiry into the State of Political Science*. Knopf.
- Easton, D. (1956). Limits of the Equilibrium Model in Social Research. *Behavioral Science*, 1(2), 96–104. <https://doi.org/10.1002/bs.3830010203>
- Easton, D. (1957). An Approach to the Analysis of Political Systems. *World Politics*, 9(3), 383–400. <https://doi.org/10.2307/2008920>
- Easton, D. (1965a). *A Framework for Political Analysis*. Prentice-Hall.
- Easton, D. (1965b). *A Systems Analysis of Political Life*. Wiley.
- Easton, D. (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435–457. <https://doi.org/10.1017/S0007123400008309>
- Easton, D. (1976). Theoretical Approaches to Political Support. *Canadian Journal of Political Science*, 9(3), 431–448. <http://www.jstor.org/stable/3230608>
- Easton, D., & Dennis, J. (1969). *Children in the Political System. Origins of Political Legitimacy*. McGraw-Hill Book Company.
- Elff, M., Ackermann, K., & Giebler, H. (Hrsg.). (2022). *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland: Persistenz, Konvergenz oder Divergenz?* Springer Fachmedien.
- European Social Survey. (2013). *Round 6 Module on Europeans' Understandings and Evaluations of Democracy - Final Module in Template*. Centre for Comparative Social Surveys, City University London.
- Faas, T., & Huber, S. (2010). Experimente in der Politikwissenschaft: Vom Mauerblümchen zum Mainstream. *Politische Vierteljahresschrift*, 51(4), 721–749. <https://doi.org/10.1007/s11615-010-0039-3>
- Falter, J. W., Gabriel, O. W., & Rattinger, H. (Hrsg.). (2000). *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Leske + Budrich.
- Falter, J. W., Gabriel, O. W., Rattinger, H., & Schoen, H. (Hrsg.). (2006). *Sind wir ein Volk? Ost und Westdeutschland im Vergleich*. C.H. Beck.

- Fernández Guzmán Grassi, E., Portos, M., & Felicetti, A. (2024). Young People's Attitudes towards Democracy and Political Participation: Evidence from a Cross-European Study. *Government and Opposition*, 59(2), 582–604. <https://doi.org/10.1017/gov.2023.16>
- Finifter, A. W. (1970). Dimensions of Political Alienation. *The American Political Science Review*, 64(2), pp. 389–410. <http://www.jstor.org/stable/1953840>
- Finifter, A. W. (1996). Attitudes toward Individual Responsibility and Political Reform in the Former Soviet Union. *American Political Science Review*, 90(1), 138–152. <https://doi.org/doi.org/10.2307/2082803>
- Finifter, A. W., & Mickiewicz, E. (1992). Redefining the Political System of the USSR: Mass Support for Political Change. *American Political Science Review*, 86(4), 857–874. <https://doi.org/10.2307/1964340>
- Finkel, S. E., Humphries, S., & Opp, K.-D. (2001). Socialist Values and the Development of Democratic Support in the Former East Germany. *International Political Science Review*, 22(4), 339–361. <https://doi.org/10.1177/0192512101022004004>
- Fishbein, M., & Ajzen, I. (2010). *Predicting and Changing Behavior. The Reasoned Action Approach*. Psychology Press.
- Fishkin, J. S. (1995). *The Voice of the People. Public Opinion and Democracy*. Yale University Press.
- Foa, R. S., & Mounk, Y. (2016). The Danger of Deconsolidation: The Democratic Disconnect. *Journal of Democracy*, 27(3), 5–17. <https://doi.org/10.1353/jod.2016.0049>
- Foa, R. S., & Mounk, Y. (2017). The Signs of Deconsolidation. *Journal of Democracy*, 28(1), 5–15. <https://doi.org/10.1353/jod.2017.0000>
- Fuchs, D. (1989). *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, D. (1997a). Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. In O. W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland* (S. 81–113). Leske + Budrich. https://doi.org/10.1007/978-3-322-95869-3_4
- Fuchs, D. (1997b). Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? In G. Göhler (Hrsg.), *Institutionenwandel (Sonderheft 16 des Leviathan)* (S. 253–

- 284). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-93546-5_11
- Fuchs, D. (1999a). *Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland* (J. Gerhards, Hrsg.) [Discussion Paper FS III 99-204, Wissenschaftszentrum Berlin]. https://doi.org/10.1007/978-3-322-90239-9_3
- Fuchs, D. (1999b). The Democratic Culture of Unified Germany. In P. Norris (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government* (S. 123–145). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/0198295685.003.0006>
- Fuchs, D. (2002). Das Konzept der politischen Kultur. Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht. In D. Fuchs, E. Roller & B. Weißels (Hrsg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann* (S. 27–49). Westdeutscher Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-322-89596-7_2
- Fuchs, D. (2007). The Political Culture Paradigm. In R. J. Dalton & H.-D. Klingemann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Behavior* (S. 161–184). Oxford University Press.
- Fuchs, D., & Klingemann, H.-D. (2002). Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe. *West European Politics*, 25(2), 19–54. <https://doi.org/10.1080/713869598>
- Fuchs, D., & Klingemann, H.-D. (2006). Democratic Communities in Europe. A Comparison between East and West. In H.-D. Klingemann, D. Fuchs & J. Zielonka (Hrsg.), *Democracy and Political Culture in Eastern Europe* (S. 25–66). Routledge.
- Fuchs, D., & Roller, E. (2006). Learned Democracy? Support of Democracy in Central and Eastern Europe. *International Journal of Sociology*, 36(3), 70–96. <https://doi.org/10.2753/IJS0020-7659360303>
- Fuchs, D., & Roller, E. (2016). Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat. In Statistisches Bundesamt, Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Struktureinrichtungen und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 407–415). Bundeszentrale für politische Bildung.

- Fuchs, D., Roller, E., & Weßels, B. (1997). Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, *B51/97*, 3–12.
- Fuchs-Schündeln, N., & Schündeln, M. (2015). On the Endogeneity of Political Preferences: Evidence from Individual Experience with Democracy. *Science*, *347*(6226), 1145–1148. <https://doi.org/10.1126/science.aaa0880>
- Fuhse, J. (2005). *Theorien des politischen Systems. David Easton und Niklas Luhmann. Eine Einführung*. Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-80763-2>
- Fukuyama, F. (1989). The End of History? *The National Interest*, *16*, 3–18.
- Gabriel, O. W., Falter, J. W., & Rattinger, H. (Hrsg.). (2005). *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*. Nomos.
- Gabriel, O. W. (1999). Demokratie in der Vereinigungskrise? Struktur, Entwicklung und Bestimmungsfaktoren der Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *9*(3), 827–861.
- Gabriel, O. W. (2000). Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. In J. Falter, O. W. Gabriel & H. Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich* (S. 41–77). Leske + Budrich. https://doi.org/doi.org/10.1007/978-3-663-05704-8_2
- Geddes, B. (1995). A Comparative Perspective on the Leninist Legacy in Eastern Europe. *Comparative Political Studies*, *28*(2), 239–274. <https://doi.org/10.1177/0010414095028002003>
- Geiß, S., Viehmann, C., & Kelly, C. A. (2024). Inflation of crisis coverage? Tracking and explaining the changes in crisis labeling and crisis news wave salience 1785–2020. *Journal of Communication*, Early View. <https://doi.org/10.1093/joc/jqae033>
- Haerpfer, C. W. (2008). Support for Democracy and Autocracy in Russia and the Commonwealth of Independent States, 1992–2002. *International Political Science Review*, *29*(4), 411–431. <https://doi.org/10.1177/0192512108095721>

- Hebenstreit, J., & Reiser, M. (2023). Politische Unterstützung im Dauerstresstest – Einstellungen zur Demokratie in Thüringen seit der Jahrtausendwende. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(4), 737–762. <https://doi.org/10.1007/s41358-023-00361-7>
- Hellmann, K.-U. (2003). Demokratie und Evolution. In K.-U. Hellmann, K. Fischer & H. Bluhm (Hrsg.), *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie* (S. 179–212). Westdeutscher Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80403-7_14
- Hellmann, K.-U. (2005). Spezifik und Autonomie des politischen Systems Analyse und Kritik der politischen Soziologie Niklas Luhmanns. In G. Runkel & G. Burkart (Hrsg.), *Funktionssysteme der Gesellschaft: Beiträge zur Systemtheorie von Niklas Luhmann* (S. 13–51). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80782-3_2
- Henig, D., & Knight, D. M. (2023). Polycrisis: Prompts for an emerging worldview. *Anthropology Today*, 39(2), 3–6. <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/1467-8322.12793>
- Heyne, L. (2019). The Making of Democratic Citizens: How Regime-Specific Socialization Shapes Europeans' Expectations of Democracy. *Swiss Political Science Review*, 25(1), 40–63. <https://doi.org/10.1111/spsr.12338>
- Hofferbert, R. I., & Klingemann, H.-D. (2001). Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany. *International Political Science Review*, 22(4), 363–378. <https://doi.org/10.1177/0192512101022004005>
- Huang, K.-P. (2023). Support for Democracy in the Age of Rising Inequality and Population Aging. *Social Indicators Research*, 166(1), 27–51. <https://doi.org/10.1007/s11205-023-03061-5>
- Hug, S. (2005). The Political Effects of Referendums: An Analysis of Institutional Innovations in Eastern and Central Europe. *Communist and Post-Communist Studies*, 38(4), 475–499. <https://doi.org/10.1016/j.postcomstud.2005.09.006>
- Huntington, S. P. (1991). Democracy's Third Wave. *Journal of Democracy*, 2(2), 12–34. <https://doi.org/10.1353/jod.1991.0016>
- Hurrelmann, K. (2006). *Einführung in die Sozialisationstheorie* (9., unveränderte Aufl.). Beltz.
- Hyman, H. A. (1959). *Political Sozialisation. A Study in the Psychology of Political Behavior*. The Free Press.

- Inglehart, R. (1971). The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *American Political Science Review*, 65(4), 991–1017. <https://doi.org/10.2307/1953494>
- Inglehart, R. (1988). The Renaissance of Political Culture. *The American Political Science Review*, 82(4), 1203–1230. <https://doi.org/10.2307/1961756>
- Inglehart, R. (2016). The Danger of Deconsolidation. How much should we worry? *Journal of Democracy*, 28(1), 18–23. <https://doi.org/10.1353/jod.2016.0053>
- Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*. Cambridge University Press.
- Inglehart, R., & Welzel, C. (2009). How Development Leads to Democracy: What We Know About Modernization. *Foreign Affairs*, 88(2), 33–48.
- Jennings, M. K. (1989). The Crystallization of Orientations. In M. K. Jennings & J. W. van Deth (Hrsg.), *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies* (S. 313–348). Walter de Gruyter.
- Jennings, M. K., & Niemi, R. G. (1981). *Generations and Politics. A Panel Study of Young Adults and Their Parents*. Princeton University Press.
- Kaase, M. (1971). Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In R. Wildenmann (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik* (S. 119–326, Bd. 2). Günter Olzog Verlag.
- Kaase, M., & Barnes, S. H. (1979). In Conclusion. The Future of Political Protest in Western Democracies. In S. H. Barnes, M. Kaase, K. R. Allerbeck, B. G. Farah, F. Heunks, R. Inglehart, M. K. Jennings, H. D. Klingemann, A. Marsh & L. Rosenmayr (Hrsg.), *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies* (S. 523–536). Sage.
- Kaina, V. (2002). Direkte Demokratie als Ausweg? Repräsentativverfassung und Reformforderungen im Meinungsbild von Politikern und Bevölkerung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 12(3), 1045–1071.
- Keil, S. I., & van Deth, J. W. (Hrsg.). (2012). *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008*. Nomos.
- Kessler, T., Mummendey, A., & Klink, A. (1999). Soziale Identität und relative Deprivation. In M. Schmitt & L. Montada (Hrsg.), *Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutsch-*

- land (S. 213–262). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-95080-2_9
- Kielmansegg, P. G. (2006). Über direkte Demokratie - sechs Anmerkungen zu einer unbefriedigenden Debatte. In U. Backes & E. Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* (S. 57–80, Bd. 18). Nomos.
- Kinder, D. R., & Kiewit, D. R. (1981). Sociotropic Politics: The American Case. *British Journal of Political Science*, 11(2), 129–161. <https://doi.org/10.1017/S0007123400002544>
- Klingemann, H.-D. (1999). Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In P. Norris (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government* (S. 31–56). Oxford University Press.
- Kölln, A.-K., & Aarts, K. (2021). What Explains the Dynamics of Citizens' Satisfaction With Democracy? An Integrated Framework for Panel Data. *Electoral Studies*, 69, 102271. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2020.102271>
- König, P. D., Siewert, M. B., & Ackermann, K. (2022). Conceptualizing and Measuring Citizens' Preferences for Democracy: Taking Stock of Three Decades of Research in a Fragmented Field. *Comparative Political Studies*, 55(12), 2015–2049. <https://doi.org/10.1177/00104140211066213>
- Kornberg, A., & Clarke, H. D. (1994). Beliefs About Democracy and Satisfaction with Democratic Government: The Canadian Case. *Political Research Quarterly*, 47(3), 537–563. <https://doi.org/10.1177/106591299404700301>
- Krause, P., & Ostner, I. (Hrsg.). (2010). *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010*. Campus Verlag.
- Kriesi, H. (2020). Is There a Crisis of Democracy in Europe? *Politische Vierteljahresschrift*, 61(2), 237–260. <https://doi.org/10.1007/s11615-020-00231-9>
- Krishnarajan, S., Doucette, J., & Andersen, D. (2023). Early-Adulthood Economic Experiences and the Formation of Democratic Support. *British Journal of Political Science*, 53(2), 387–406. <https://doi.org/10.1017/S0007123422000278>
- Kubiak, D. (2021). Die Nachwendegeneration - zwischen ambivalenter Solidarität mit den Eltern, Abwertungserfahrungen und "Othering"-Prozessen. In I.-S. Kowalczyk, F. Ebert & H. Kulick (Hrsg.), *(Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen &*

- Interviews Teil II - Gegenwart und Zukunft* (S. 81–92). Bundeszentrae für politische Bildung.
- Landwehr, C., & Leininger, A. (2019). Instrumental or procedural democrats? The evolution of procedural preferences after democratization. *Political Research Exchange*, 1(1), 1–19. <https://doi.org/10.1080/2474736X.2019.1654838>
- Lange, S. (2003). *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*. Westdeutscher Verlage.
- LeDuc, L. (2003). *The Politics of Direct Democracy. Referendums in Global Perspective*. University of Toronto Press.
- Leemann, L., & Stadelmann-Steffen, I. (2022). Satisfaction With Democracy: When Government by the People Brings Electoral Losers and Winners Together. *Comparative Political Studies*, 55(1), 93–121. <https://doi.org/10.1177/00104140211024302>
- Levitsky, S., & Way, L. (2015). The Myth of Democratic Recession. *Journal of Democracy*, 26(1), 45–58. <https://doi.org/10.1353/jod.2015.0007>
- Lijphart, A. (1997). Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. *American Political Science Review*, 91(1), 1–14. <http://www.jstor.org/stable/2952255>
- Linde, J., & Ekman, J. (2003). Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics. *European Journal of Political Research*, 42(3), 391–408. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00089>
- Linz, J. J., & Stepan, A. (1996). *Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. JHU Press.
- Lipset, S. M. (1959). Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. *American Political Science Review*, 53(1), 69–105.
- Lühiste, K. (2013). Social Protection and Satisfaction with Democracy: a Multi-level Analysis. *Political Studies*, 62(4), 784–803. <https://doi.org/doi/10.1111/1467-9248.12080>
- Luhmann, N. (1968). Soziologie des politischen Systems. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 20(4), 705–733.
- Luhmann, N. (1970). Soziologie des politischen Systems. In *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme* (S. 154–177). Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1971). Komplexität und Demokratie. In N. Luhmann (Hrsg.), *Politische Planung* (S. 35–45). Westdeutscher Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-663-07662-9_3

- Luhmann, N. (1984). *Soziale Systeme: Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2004). *Einführung in die Systemtheorie* (2. Auflage). Carl-Auer Verlag.
- Lührmann, A. (2021). Disrupting the Autocratization Sequence: Towards Democratic Resilience. *Democratization*, 28(5), 1017–1039. <https://doi.org/10.1080/13510347.2021.1928080>
- Lührmann, A., & Lindberg, S. I. (2019). A Third Wave of Autocratization is Here: What is New About It? *Democratization*, 26(7), 1095–1113. <https://doi.org/10.1080/13510347.2019.1582029>
- Maier, J. (2000). *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen - Determinanten - Konsequenzen*. Springer Fachmedien.
- Mannheim, K. (1928). Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahreshefte zur Soziologie*, 7(2), 157–185.
- Manow, P. (2020). *Die (Ent-)Demokratisierung der Demokratie*. Suhrkamp.
- Marien, S., & Kern, A. (2018). The Winner Takes It All: Revisiting the Effect of Direct Democracy on Citizens' Political Support. *Political Behavior*, 40(4), pp. 857–882. Verfügbar 11. Dezember 2024 unter <https://www.jstor.org/stable/48694152>
- Mattes, R., & Bratton, M. (2007). Learning Democracy in Africa: Awareness, Performance, and Experience. *American Journal of Political Science*, 51(1), 192–217. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2007.00245.x>
- Mau, S. (2024). Ausgebremste Demokratisierung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 74(33-35), 9–14.
- Mau, S., Lux, T., & Heide, J. (2024). Ost- und Westdeutsche für immer? Zu Wahrnehmungen von Unterschieden und Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 76(1), 1–23. <https://doi.org/10.1007/s11577-024-00949-z>
- McCoy, J., Rahman, T., & Somer, M. (2018). Polarization and the Global Crisis of Democracy: Common Patterns, Dynamics, and Pernicious Consequences for Democratic Polities. *American Behavioral Scientist*, 62(1), 16–42.
- Meehl, P. E. (1977). The Selfish Voter Paradox and the Thrown-Away Vote Argument. *American Political Science Review*, 71(1), 11–30. <https://doi.org/10.2307/1956951>

- Merkel, W. (2010). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung* (2., überarbeitete und erweiterte Auflage). VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Merkel, W. (2014). Is There a Crisis of Democracy? *Democratic Theory*, 1(2), 11–25.
- Merkel, W., & Lührmann, A. (2021). Resilience of Democracies: Responses to Illiberal and Authoritarian Challenges. *Democratization*, 28(5), 869–884. <https://doi.org/10.1080/13510347.2021.1928081>
- Mishler, W., & Rose, R. (1996). Trajectories of Fear and Hope: Support for Democracy in Post-Communist Europe. *Comparative Political Studies*, 28(4), 553–581. <https://doi.org/10.1177/0010414096028004003>
- Mishler, W., & Rose, R. (1997). Trust, Distrust and Skepticism: Popular Evaluations of Civil and Political Institutions in Post-Communist Societies. *Journal of Politics*, 59, 418–451. <https://doi.org/10.2307/2998171>
- Mishler, W., & Rose, R. (2001a). Political Support for Incomplete Democracies: Realist vs. Idealist Theories and Measures. *International Political Science Review*, 22(4), 303–320. <https://doi.org/10.1177/0192512101022004002>
- Mishler, W., & Rose, R. (2001b). What Are the Origins of Political Trust? Testing Institutional and Cultural Theories in Post-communist Societies. *Comparative Political Studies*, 34(1), 30–62. <https://doi.org/10.1177/001041400103400100>
- Mishler, W., & Rose, R. (2002). Learning and Re-learning Regime Support: The Dynamics of Post-communist Regimes. *European Journal of Political Research*, 41(1), 5–36. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00002>
- Müller, K. (1996). *Allgemeine Systemtheorie. Geschichte, Methodologie und sozialwissenschaftliche Heuristik eines Wissenschaftsprogramms*. Westdeutscher Verlag.
- Nachmias, D. (1974). Modes and Types of Political Alienation. *The British Journal of Sociology*, 25(4), pp. 478–493. <http://www.jstor.org/stable/590156>
- Neller, K. (2006). Getrennt vereint? Ost-West-Identitäten, Stereotypen und Fremdheitsgefühle nach 15 Jahren deutscher Einheit. In J. W. Falter, O. W. Gabriel, H. Rattinger & H. Schoen (Hrsg.), *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich* (S. 13–36). C.H. Beck.

- Neundorf, A. (2010). Democracy in Transition: A Micro Perspective on System Change in Post-Socialist Societies. *Journal of Politics*, 72(4), 1096–1108. <https://doi.org/10.1017/S0022381610000551>
- Niedermayer, O. (2009). Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 40(2), 383–397. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2009-2-383/>
- Norris, P. (1999a). Conclusions: The Growth of Critical Citizens and its Consequences. In P. Norris (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government* (S. 257–272). Oxford University Press.
- Norris, P. (Hrsg.). (1999b). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford University Press.
- Norris, P. (1999c). Introduction: Growth of Critical Citizens? In P. Norris (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government* (S. 1–27). Oxford Univ. Press.
- Offe, C. (2020). Die deutsche Vereinigung als „natürliches Experiment“ (1991). In *Übergänge: Vom Staatssozialismus zum demokratischen Kapitalismus* (S. 21–29). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22263-5_2
- Olken, B. A. (2010). Direct Democracy and Local Public Goods: Evidence from a Field Experiment in Indonesia. *American Political Science Review*, 104(2), 243–267. <https://doi.org/10.1017/S0003055410000079>
- Osterberg-Kaufmann, N., Stark, T., & Mohamad-Klotzbach, C. (2020). Challenges in conceptualizing and measuring meanings and understandings of democracy. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 14(4), 299–320. <https://doi.org/10.1007/s12286-020-00470-5>
- Papp, Z., Navarro, J., Russo, F., & Nagy, L. E. (2024). Patterns of Democracy and Democratic Satisfaction: Results from a Comparative Conjoint Experiment. *European Journal of Political Research*, 63(4), 1445–1470. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12674>
- Parsons, T. (1951). *The Social System*. Free Press.
- Parsons, T. (1969). *Politics and Social Structure*. Free Press.
- Parsons, T. (1971). *The System of Modern Societies*. Prentice-Hall.
- Pateman, C. (1970). *Participation and Democratic Theory*. Cambridge University Press.

- Pickel, S., & Pickel, G. (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, S., & Pickel, G. (2020). Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen? *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(3), 483–491. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00230-7>
- Pickel, S., & Pickel, G. (2023). The Wall in the Mind - Revisited Stable Differences in the Political Cultures of Western and Eastern Germany. *German Politics*, 32(1), 20–42. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2072488>
- Pollack, D., & Pickel, G. (1998). Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B41-2, 9–23.
- Pop-Eleches, G., & Tucker, J. A. (2014). Communist Socialization and Post-communist Economic and Political Attitudes. *Electoral Studies*, 33(1), 77–89. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2013.06.008>
- Reiser, M., Hebenstreit, J., & Küppers, A. (2023). Regionale politische Kulturen: Demokratische Einstellungen in den deutschen Bundesländern. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(4), 555–581. <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00364-y>
- Reiser, M., & Reiter, R. (2023). A (New) East-West-Divide? Representative Democracy in Germany 30 Years after Unification. *German Politics*, 32(1), 1–19. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2049598>
- Rippl, S. (2024). Lange Linien? Politische Sozialisation und Ost-West-Unterschiede in der Präferenz für die AfD. In O. Hochman, A. Stanciu & A. Hadjar (Hrsg.), *40 Jahre ALLBUS - Die deutsche Gesellschaft im Wandel* (S. 179–200). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-44462-4_6
- Rogowski, R. (1974). *Rational Legitimacy: A Theory of Political Support*. Princeton University Press.
- Rohrschneider, R. (1999). *Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany*. Oxford University Press.

- Roller, E. (1994). Ideological Basis of the Market Economy: Attitudes Toward Distribution Principles and the Role of Government in Western and Eastern Germany. *European Sociological Review*, 10, 105–117.
- Sack, B. C. (2014). *Die Entwicklung demokratischer Wertorientierungen in den mittel- und ost-europäischen EU-Mitgliedsländern. Eine Kohortenanalyse auf Basis des European Social Survey* [Masterthesis]. Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- Sack, B. C. (2017a). Gewinnen, Verlieren und lokale Betroffenheit bei Volksabstimmungen: Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit im zeitlichen und räumlichen Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift*, 58(1), 75–97. <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2017-1-77>
- Sack, B. C. (2017b). Regime Change and the Convergence of Democratic Value Orientations Through Socialization. Evidence from Reunited Germany. *Democratization*, 24(3), 444–462. <https://doi.org/10.1080/13510347.2016.1220940>
- Sack, B. C. (2024). Es wächst zusammen. Die Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland von 1998- 2023: ein Generationenvergleich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, under review.
- Scarrow, S. E. (2003). Making Elections More Direct? Reducing the Role of Parties in Elections. In B. E. Cain, R. J. Dalton & S. E. Scarrow (Hrsg.), *Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies* (S. 44–58). Oxford Univ. Press.
- Schaal, G. S. (2016). Der aktuelle Diskurs über die Krise der Demokratie. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 10, 371–390. <https://doi.org/10.1007/s12286-016-0310-0>
- Schedler, A., & Sarsfield, R. (2007). Democrats with Adjectives: Linking Direct and Indirect Measures of Democratic Support. *European Journal of Political Research*, 46(5), 637–659. <http://dx.doi.org/10.1111/j.1475-6765.2007.00708.x>
- Schumann, S. (2012). *Individuelles Verhalten. Möglichkeiten der Erforschung durch Einstellungen, Werte und Persönlichkeit*. Wochenschau Verlag.
- Sears, D. O., & Funk, C. L. (1999). Evidence of the Long-Term Persistence of Adults' Political Predispositions. *Journal of Politics*, 61(1), 1–28. <https://doi.org/10.2307/2647773>

- Shannon, C., & Weaver, W. (1949). *The Mathematical Theory of Communication*. University of Illinois Press.
- Somer, M., & McCoy, J. (2018). Déjà vu? Polarization and Endangered Democracies in the 21st Century. *American Behavioral Scientist*, 62(1), 3–15. <https://doi.org/10.1177/0002764218760371>
- Spittler, M. (2020). Jugend und Legitimität. In S. Kneip, W. Merkel & B. Weßels (Hrsg.), *Legitimitätsprobleme: Zur Lage der Demokratie in Deutschland* (S. 79–97). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29558-5_4
- Stadelmann-Steffen, I., & Vatter, A. (2012). Does Satisfaction with Democracy Really Increase Happiness? Direct Democracy and Individual Satisfaction in Switzerland. *Political Behavior*, 34(3), 535–559. <https://doi.org/10.1007/s11109-011-9164-y>
- Stallbaum, L. (2025). Socialism's Legacy: The Impact of Political Socialization on Citizens' Conceptions of Democracy. *Democratization*, 32(1), 53–75. <https://doi.org/10.1080/13510347.2024.2392280>
- Stockemer, D., & Sundström, A. (2013). Corruption and citizens' satisfaction with democracy in Europe: what is the empirical linkage? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 7, 137–157. <https://doi.org/10.1007/s12286-013-0168-3>
- Thaa, W. (2013). „Stuttgart 21“ - Krise oder Repolititsierung der repräsentativen Demokratie? *Politische Vierteljahresschrift*, 54(1), 1–20. <https://www.jstor.org/stable/24201171>
- Tooze, A. (2022). Welcome to the World of the Polycrisis. *Financial Times*, Oct 28. Financial Times. <https://www.ft.com/content/498398e7-11b1-494b-9cd3-6d669dc3de33>
- Vetter, A. (2008). Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen. In A. Vetter (Hrsg.), *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung* (1. Aufl., S. 9–27). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vetter, A., & Brettschneider, F. (2023). Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Baden-Württemberg. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(4), 583–607. <https://doi.org/10.1007/s41358-023-00358-2>
- Vogt, T. (2013). *Ein längeres Leben durch gesellschaftlichen Wandel – die deutsche Wiedervereinigung als natürliches Experiment* [Forschungsbericht 2013 - Max-Planck-Institut für demografische Forschung].

- Voicu, M., & Peral, E. B. (2014). Support for Democracy and Early Socialization in a Non-democratic Country: Does the Regime Matter? *Democratization*, 21(3), 554–573. <https://doi.org/10.1080/13510347.2012.751974>
- Völkl, K. (2005). Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland. In O. W. Gabriel, J. W. Falter & H. Rattinger (Hrsg.), *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland* (S. 249–284). Nomos.
- Völkl, K. (2023). Sachsen-Anhalt im Fokus: Die Einstellungen der Bevölkerung Sachsen-Anhalts zur Demokratie und zu politischen Institutionen. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(4), 685–708. <https://doi.org/10.1007/s41358-023-00357-3>
- Wagner, A. F., Schneider, F., & Halla, M. (2009). The quality of institutions and satisfaction with democracy in Western Europe. A panel analysis. *European Journal of Political Economy*, 25(1), 30–41. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2008.08.001>
- Waldner, D., & Lust, E. (2018). Unwelcome Change: Coming to Terms with Democratic Backsliding. *Annual Review of Political Science*, 21, 93–113. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-050517-114628>
- Weatherford, M. S. (1991). Mapping the Ties That Bind: Legitimacy, Representation, and Alienation. *Western Political Quarterly*, 44(2), 251–276. <https://doi.org/10.1177/106591299104400202>
- Wells, J. M., & Krieckhaus, J. (2006). Does National Context Influence Democratic Satisfaction? A Multi-Level Analysis. *Political Research Quarterly*, 59(4), 569–578. <https://doi.org/10.1177/106591290605900406>
- Welsch, H. (2022). What Shapes Satisfaction with Democracy? Interests, Morals, and the German East-West Divide. *Social Indicators Research*, 163(1), 197–217. <https://doi.org/10.1007/s11205-022-02893-x>
- Welzel, C. (2021). Democratic Horizons: What Value Change Reveals About the Future of Democracy. *Democratization*, 28(5), 992–1016. <https://doi.org/10.1080/13510347.2021.1883001>
- Welzel, C., Inglehart, R., & Klingemann, H.-D. (2003). The Theory of Human Development: A Cross-Cultural Analysis. *European Journal of Political Research*, 42(3), 341–379. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00086>

- Westle, B. (1989). *Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. Nomos.
- Westle, B. (2022). 30 Jahre deutsche Einheit: Orientierungen gegenüber der Demokratie in Ost und West – nach wie vor geteiltes Land? In M. Elff, K. Ackermann & H. Giebler (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland: Persistenz, Konvergenz oder Divergenz?* (S. 1–53). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35171-7_1
- Westle, B., & Niedermayer, O. (2009). Orientierungen gegenüber der Demokratie. In S. Kühnel, O. Niedermayer & B. Westle (Hrsg.), *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten* (S. 11–29). VS Verl. für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91661-3_1
- Wiener, N. (1948). *Cybernetics: Or, Control and Communication in the Animal and the Machine*. MIT University Press.
- Willke, H. (2019). *Komplexe Freiheit. Konfigurationsprobleme eines Menschenrechts in der globalisierten Moderne*. transcript.
- Wuttke, A., Gavras, K., & Schoen, H. (2020). Leader of the Free World or Pioneer in Democracy's Decline? Examining the Democratic Deconsolidation Hypothesis on the Mass Level in East and West Germany. *Research & Politics*, 7(1), 1–10. <https://doi.org/10.1177/2053168019900822>
- Wuttke, A., Gavras, K., & Schoen, H. (2022). Have Europeans Grown Tired of Democracy? New Evidence from Eighteen Consolidated Democracies, 1981-2018. *British Journal of Political Science*, 52(1), 416–428. <https://doi.org/10.1017/S0007123420000149>
- Wuttke, A., Schimpf, C., & Schoen, H. (2023). Populist Citizens in four European Countries: Widespread Dissatisfaction goes with Contradictory but Pro-democratic Regime Preferences. *Swiss Political Science Review*, 29(2), 246–257. <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/spsr.12548>
- Zelle, C. (1998). Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B41-42/98, 24–36.
- Zilinsky, J. (2019). Democratic Deconsolidation Revisited: Young Europeans Are Not Dissatisfied With Democracy. *Research & Politics*, 6(1), 1–8. <https://doi.org/10.1177/2053168018814332>

A. Forschungsbeiträge

A.1. Übersicht der eingebrachten Artikel

Tabelle A.1.: Übersicht der Informationen der einzelnen Veröffentlichungen

Titel	Journal	Datum	DOI
Es wächst zusammen. Die Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland von 1998-2023: ein Generationenvergleich	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie ^a	<i>under review</i>	keine DOI vergeben
Regime change and the convergence of democratic value orientations through socialization. Evidence from re-united Germany	Democratization, Vol. 23, No. 3	2017	https://doi.org/10.1080/13510347.2016.1220940
Gewinnen, Verlieren und lokale Betroffenheit bei Volksabstimmungen: Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit im zeitlichen und räumlichen Vergleich	Politische Vierteljahresschrift, Jg. 58, Nr. 1	2017	https://doi.org/10.5771/0032-3470-2017-1-77

^a Zum Zeitpunkt der Einreichung befand sich der Artikel in der KZfSS im Begutachtungsverfahren. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Dissertation befindet sich der Artikel in der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP) *under review*.

A.2. Studie 1: Sack 2024

KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Es wächst zusammen. Die Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland von 1998-2023: ein Generationenvergleich --Manuscript Draft--

Manuscript Number:	
Full Title:	Es wächst zusammen. Die Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland von 1998-2023: ein Generationenvergleich
Article Type:	Abhandlungen
Funding Information:	
Abstract:	<p>Knapp 35 Jahre nach der Wiedervereinigung weist die empirische Forschung konstant Unterschiede in der makrosoziologischen Betrachtung politischer und anderer Einstellungen zwischen ost- und westdeutschen Bevölkerungsanteilen aus. Insbesondere die fortdauernden und zunehmenden Unterschiede in der Wahl von Anti-System Parteien beunruhigt die Gemüter politischer Beobachterinnen und Beobachter. Ausgehend von den Überlegungen der Sozialisationstheorie sollten sich die jüngeren Generationen dabei in zentralen Einstellungen annähern, doch die bisherige Forschung kommt hier zu unterschiedlicher empirischer Evidenz. In Bezug auf die Demokratieunterstützung - eine zentrale Größe für die langfristige Stabilität von Demokratien - ist diese Hypothese erst seit jüngerer Zeit überprüfbar. Erst langsam stehen Daten in ausreichend großem Umfang zur Verfügung, die Analysen über die Zeit und für die relevanten Kohorten in Ost- und Westdeutschland erlauben. Der Beitrag überprüft die Sozialisationstheorie mit Hilfe der Auswertung eines aus mehreren Umfrageprogrammen zusammengestellten Datensatzes (N = 40.000) über den Zeitraum von 1998 bis 2023 für die Demokratieunterstützung und blickt als eine der ersten Analyse auf die Entwicklung dieser Einstellungen nach der COVID-19 Pandemie und auf die jüngste Kohorte der nach 1997 geborenen. Dabei zeigt sich, dass Ost- und Westdeutsche im Mittel, trotz hohem Gesamtniveau, immer noch Unterschiede in der Demokratieunterstützung aufzeigen. Diese nivellieren sich in den jüngsten Generationen, den ersten, die ihre prägende Phase der politischen Sozialisation im wiedervereinigten Deutschland erlebt haben. Jedoch sind nicht alle Ergebnisse konform mit den Annahmen der Sozialisationstheorie.</p>
Corresponding Author:	Benjamin C. Sack, M.A. RPTU: Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau GERMANY
Corresponding Author Secondary Information:	
Corresponding Author's Institution:	RPTU: Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau
Corresponding Author's Secondary Institution:	
First Author:	Benjamin C. Sack, M.A.
First Author Secondary Information:	
Order of Authors:	Benjamin C. Sack, M.A.
Order of Authors Secondary Information:	
Author Comments:	

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

Es wächst zusammen. Die Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland von 1998-2023: ein Generationenvergleich

Knapp 35 Jahre nach der Wiedervereinigung weist die empirische Forschung konstant Unterschiede in der makrosoziologischen Betrachtung politischer und anderer Einstellungen zwischen ost- und westdeutschen Bevölkerungsanteilen aus. Insbesondere die fortdauernden und zunehmenden Unterschiede in der Wahl von Anti-System Parteien beunruhigt die Gemüter politischer Beobachterinnen und Beobachter. Ausgehend von den Überlegungen der Sozialisationstheorie sollten sich die jüngeren Generationen dabei in zentralen Einstellungen annähern, doch die bisherige Forschung kommt hier zu unterschiedlicher empirischer Evidenz. In Bezug auf die Demokratieunterstützung - eine zentrale Größe für die langfristige Stabilität von Demokratien - ist diese Hypothese erst seit jüngerer Zeit überprüfbar. Erst langsam stehen Daten in ausreichend großem Umfang zur Verfügung, die Analysen über die Zeit und für die relevanten Kohorten in Ost- und Westdeutschland erlauben. Der Beitrag überprüft die Sozialisationstheorie mit Hilfe der Auswertung eines aus mehreren Umfrageprogrammen zusammengestellten Datensatzes (N = 40.000) über den Zeitraum von 1998 bis 2023 für die Demokratieunterstützung und blickt als eine der ersten Analyse auf die Entwicklung dieser Einstellungen nach der COVID-19 Pandemie und auf die jüngste Kohorte der nach 1997 geborenen. Dabei zeigt sich, dass Ost- und Westdeutsche im Mittel, trotz hohem Gesamtniveau, immer noch Unterschiede in der Demokratieunterstützung aufzeigen. Diese nivellieren sich in den jüngsten Generationen, den ersten, die ihre prägende Phase der politischen Sozialisation im wiedervereinigten Deutschland erlebt haben. Jedoch sind nicht alle Ergebnisse konform mit den Annahmen der Sozialisationstheorie.

Schlagerworte: Wiedervereinigung; Sozialisation; Kohortenanalyse; Einstellungen; Politische Unterstützung

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

Growing Together: The Development of Democratic Support in East and West Germany from 1998 to 2023 – A Generational Comparison

Nearly 35 years after reunification, empirical research consistently reveals differences in the macro-sociological view of political and other attitudes between East and West Germans. The ongoing and increasing differences in voting for anti-system parties have concerned political observers, in particular. Based on the considerations of socialization theory, younger generations should show convergence in key attitudes; however, existing research presents varying empirical evidence on this matter. With regard to support for democracy—a crucial factor for the long-term stability of democracies—this hypothesis has only recently become testable. Data is slowly becoming available in sufficient volume to allow time-based analyses for relevant cohorts in East and West Germany. This study tests socialization theory by analyzing a dataset compiled from several survey programs (N = 40,000) spanning the period from 1998 to 2023 concerning support for democracy. It is one of the first analyses to examine the development of these attitudes after the COVID-19 pandemic and focuses on the youngest cohort born after 1997. The findings indicate that, despite a high overall level, East and West Germans still show differences in support for democracy on average. These differences are leveling out among the youngest generations, the first to experience their formative years of political socialization in a reunified Germany. However, not all results align with the assumptions of socialization theory.

Keywords: Reunification; Socialization; Cohort analysis; Attitudes; Political support

1 Einleitung

1
2 Am 1. September 2024 ist die Alternative für Deutschland (AfD), eine in Teilen als gesichert
3 rechtsextremistisch eingestufte Partei, mit großen Stimmenanteilen in die Landtage von
4 Sachsen und Thüringen gewählt worden. In letzteren sogar als stärkste Kraft mit nahezu 33%
5 der Stimmen. Viele Beobachterinnen und Beobachter erfüllt diese Entwicklung mit Sorge.
6
7 Nicht zuletzt die Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland haben erneut die Untersuchung von
8 Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen in Bezug auf diese Faktoren in den Fokus
9 gerückt, um diese Erfolge zu erklären (Reiser und Reiter 2023). Neben diesem auffälligen
10 Ost-West-Unterschied hat die empirische Einstellungsforschung seit der Wiedervereinigung
11 widerkehrend gezeigt, dass auch in Bezug auf eine Reihe von politischen Einstellungen
12 eklatante Unterschiede zwischen Ost- und West-Deutschland existierten und fortbestehen
13 (Arzheimer und Klein 2000; Braun und Trüdinger 2023; Campbell 2012; Fuchs 1997, 1999;
14 Fuchs et al. 1997; Gabriel 1999, 2000; Niedermayer 2009; Völkl 2005; Westle 2022; Westle
15 und Niedermayer 2009; Wuttke et al. 2020).

16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27 Insbesondere in Bezug auf Legitimitätsüberzeugungen sollten sich diese Unterschiede
28 ausgehend vom Erklärungsmodell der politischen Sozialisation mit der Zeit durch einen
29 Austausch der Generationen aufheben. Dieses Erklärungsmodell wird aber erst in jüngster
30 Zeit wirklich überprüfbar, da erst jetzt Daten von jenen Kohorten zur Verfügung stehen, deren
31 Sozialisation vollumfänglich im wiedervereinigten Deutschland stattfand. Bezüglich einer
32 solchen Annäherung durch demokratisches Lernen liefern daher Untersuchungen mit neueren
33 Daten, etwa zur Entwicklung des Demokratieverständnisses, erste Hinweise auf
34 Sozialisationseffekte (Sack 2017; Stallbaum 2024). In anderen Einstellungsdimensionen
35 zeigen solche Untersuchungen aber auch Verhärtungstendenzen oder gegenläufige
36 Entwicklungen zwischen den Kohorten (Mau et al. 2024). Auch in Bezug auf verschiedene
37 Einstellungen bezüglich des politischen Systems finden sich einerseits Hinweise auf ein
38 Zutreffen des Sozialisationsmodells (Hebenstreit und Reiser 2023; Rippl 2024; Völkl 2023;
39 Welsch 2022) und andererseits keine nennenswerten Kohortenunterschiede - und damit keine
40 Hinweise auf solche Effekte (Campbell 2020; Westle 2022).

41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54 In Bezug auf die generelle Demokratieunterstützung, eine zentrale Einstellung, wenn es um
55 die Legitimität und die Stabilität von Demokratien aus systemtheoretischer (Easton 1965,
56 1975) und empirischer (Claassen 2020a) Sicht geht, fehlen bislang immer noch langfristige
57 Untersuchungen, die das Sozialisationsmodell einem umfassenderen Test unterziehen. Daten
58
59
60
61
62
63
64
65

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

hierfür stehen nur in landesweiten Umfragen zur Verfügung, die nicht immer mit einer ausreichenden Stichprobengröße durchgeführt werden, um Kohorten im Ost-West Vergleich zu betrachten, da vor allem die Fallzahlen der jüngsten Kohorte im Osten sehr niedrig ausfallen. Dies ändert sich erst langsam durch die nachfolgende Durchführung dieser Umfragen, da durch spätere Befragungszeitpunkte auch die Anzahl der Befragten größer wird, die nach der Wiedervereinigung geboren wurden.

Knapp 35 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung stehen nun erstmals ausreichend Daten zur Verfügung, die einen detaillierteren Vergleich über die Zeit hinweg ermöglichen, um die grundlegenden Annahmen der Sozialisationstheorie in Bezug auf die Demokratieunterstützung im Kontext der deutschen Wiedervereinigung zu testen. Für eine langfristige Betrachtung der Demokratieunterstützung und ihrer Entwicklung in den relevanten Geburtskohorten im Ost-West Vergleich wurde für diese Untersuchung ein Datensatz zusammengestellt, der sich aus 16 Umfragen in den Jahren 1998 bis 2023 aus insgesamt fünf Surveyprogrammen zusammensetzt und dabei drei Indikatoren zur Messung der Demokratieunterstützung miteinander vergleichbar macht. Die Ergebnisse sind dabei in großen Teilen in Einklang mit den Annahmen der Sozialisationstheorie, weisen aber auch Widersprüchlichkeiten auf.

Nachdem im Folgenden zunächst die Demokratieunterstützung als abhängige Variable konzeptualisiert und die theoretischen Modelle, die für die Erklärung ihrer Entwicklung bestehen, zusammengefasst werden, wird im Weiteren der Forschungsstand hierzu und zu den Unterschieden in Bezug auf Einstellungen und Verhalten zwischen Ost- und Westdeutschland kurz zusammengefasst. Auf dieser Basis werden Hypothesen und Erwartungen abgeleitet, die anschließend mit Hilfe der dargestellten Ergebnisse bewertet werden. Abschließend werden die Ergebnisse im Kontext der Ost-West Entwicklung diskutiert.

2 Demokratieunterstützung und ihre Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland

2.1 Demokratieunterstützung und ihre Relevanz für das Überleben von Demokratien

Für die langfristige Stabilität eines politischen Systems müssen dessen institutionalisierte Struktur und die von der Bevölkerung verinnerlichten Werte zu einem erheblichen Anteil deckungsgleich sein (Almond 1980; Almond und Verba 1963). Eine Inkongruenz von politischer Struktur und politischer Kultur hingegen kann zu einem Anpassungsdruck für das

1 System führen, da die Ansprüche, die an das System gestellt werden, durch dieses nicht erfüllt
2 werden. Eine grundlegende Differenzierung zur Stabilität notwendiger Einstellungen wurde
3 von Easton (1965, 1975) in seinem systemtheoretischen Konzept der politischen
4 Unterstützung vorgenommen, in dem zwischen *spezifischer* und *diffuser Unterstützung*
5 unterschieden wird. Spezifische Unterstützung bezieht sich in erster Linie auf die politischen
6 Autoritäten sowie deren Outputs, ist damit stark an die Ergebnisse des politischen Systems
7 gebunden und unterliegt kurzfristigen Schwankungen (Easton 1965, S. 267; 1975, S. 436–
8 437). Diffuse Unterstützung ist in diesem Konzept als langfristig stabile, eher generelle
9 Einstellung gegenüber dem politischen System gedacht, die sich in Form einer
10 Legitimitätsüberzeugung äußert (Easton 1965, S. 273; 1975, S. 437–447).
11
12
13
14
15
16
17
18

19 Weitere theoretische Konzeptualisierungen und empirische Ergebnisse haben diese Unter-
20 scheiden an verschiedenen Stellen erweitert oder modifiziert (Claassen 2020b; Fuchs 1989,
21 2002; Norris 1999; Westle 1989), zentral bleibt jedoch die Annahme, dass eine bestimmte
22 Form und ein bestimmtes Maß an unterstützenden Einstellungen für die Persistenz von
23 Demokratie notwendig ist. Dies wurde von Claassen (2020a) in einem umfassenden
24 Ländervergleich mit einer langfristigen Betrachtung über mehrere Jahrzehnte empirisch
25 bestätigt.
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

36 **2.2 Theoretische Modelle zur Entwicklung der Demokratieunterstützung**

37 Insgesamt haben sich drei Ansätze zur Erklärung der Entwicklung politischer Unterstützung
38 entwickelt (Pickel und Pickel 2020; Rohrschneider 1999). Das Sozialisationsmodell des
39 Generationenaustauschs, das situative Modell, das die ökonomische Performanz in den Fokus
40 stellt und das Modell des lebenslangen Lernens, das die beiden Ansätze vereint.
41
42
43
44
45
46

47 Innerhalb systemtheoretischer Konzeptionen politischer Kultur wird der politischen
48 Sozialisation (Hyman 1959) die Hauptrolle in der Herausbildung von Einstellungen
49 zugeschrieben (Almond und Verba 1963; Easton 1965). Insbesondere mit Blick auf die diffuse
50 Systemunterstützung werden von Easton (1975, S. 444) die Kindheit und die frühe
51 Sozialisation als primäre Quellen genannt. Unterschiedliche Auffassungen existieren jedoch
52 hinsichtlich der Art der erlernten politischen Inhalte sowie in Bezug auf Beginn und Ende
53 politischer Sozialisation im Lebensverlauf und damit auch auf die Länge dieses Prozesses
54 (Rippl 2008). Fundamental ist jedoch, dass Ansätze im Rahmen der Sozialisationstheorie
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

1 davon ausgehen, dass das politische System, in dem ein Individuum aufwächst, die
2 Einstellungen dieses Individuums überwiegend prägt (Rohrschneider 1999). Nur
3 wenn die Möglichkeit besteht, Verhaltensweisen zu üben, die mit bestimmten Werten
4 verbunden sind, können diese Werte auch internalisiert werden und nur ein demokratisches
5 System bietet die Möglichkeit demokratische Werte zu vermitteln (Rohrschneider 1999, S. 2
6 und 18-19).¹ Durch das Sozialisationsmodell gewinnt das Konzept der Generationen
7 (Mannheim 1928) erhöhte Relevanz, denn es impliziert, dass die Veränderung von
8 Einstellungen und damit deren Verteilungsmuster in einer Gesellschaft nur durch einen
9 Austausch der Generationen² stattfinden kann. Innerhalb der Transformationsforschung sind
10 diese Annahmen ebenfalls relevant. Ein zur Demokratie transformiertes System gilt erst dann
11 als konsolidiert, wenn die politische Kultur dieses System stützt. Wenn also das neue
12 politische System in bestimmtem Maße unterstützt wird und sich eine demokratische
13 Zivilgesellschaft entwickelt hat (Diamond 1999) und Demokratie „the only game in town“
14 (Linz und Stepan 1996) ist. Diese Überlegungen sind für die Betrachtung der Entwicklung
15 von Ost- und Westdeutschland für sich genommen analytisch relevant, da hier für einen
16 Landesteil eine Transformation eines autokratischen zu einem demokratischen System
17 stattgefunden hat. Es hieße, dass vor allem Individuen, die nach der Wiedervereinigung
18 geboren wurden, empfänglicher gegenüber den Werten des neuen Systems sind, als die
19 Generationen deren politischen Sichtweisen durch das alte politische System geprägt wurden
20 (Rohrschneider 1999, S. 21). Innerhalb des Generationenkonzepts wird zudem davon
21 ausgegangen, dass es Einstellungen gibt, die, einmal in der primären Sozialisation während
22 eines prägenden Ereignisses erworben, über den Lebenszyklus hinweg relativ stabil sind und
23 sich wenn, dann nur sehr langsam verändern (Cavalli 2004; Inglehart 1971; Sears und Funk
24 1999).

25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45 Im Gegensatz zum Sozialisationsmodell stehen Erklärungsansätze, die die ökonomische
46 Situation und die Performanz eines politischen Systems als Quelle für dessen Unterstützung
47 und den ihm zugrunde liegenden Werten betrachten (Rogowski 1974). Nicht in der
48
49
50
51

52
53
54 ¹ Neben diesem *system-internen Lernen* (Dalton 1994) wird vor allem im Kontext der Entwicklung in Ost-
55 Deutschland auf *system-externes Lernen* verwiesen (Fuchs et al. 1997; Roller 1994).

56 ² Ebenfalls von einem notwendigen Generationenaustausch und der damit verbundenen, wachsenden Stabilität
57 der Demokratie, geht die Modernisierungstheorie aus (Inglehart 1971; Welzel 2021). Allerdings nicht aufgrund
58 des Lernens durch vorhandene Institutionen, sondern durch die Entwicklung von Werten der Selbstentfaltung
59 nach der erfolgreichen Sättigung von materiellen und sicherheitsrelevanten Bedürfnissen und der damit
60 steigenden Nachfrage nach Freiheit und Demokratie.

1 Sozialisation erlernte und eingeübte Werte tragen dazu bei, dass ein politisches System
2 unterstützt wird, sondern dessen (ökonomische) Leistung. Halten etwa schlechte situative
3 Zustände über einen längeren Zeitraum an, so zeigen sich zunehmend vermittelte Effekte auf
4 die diffuse Unterstützung. Ähnliche Überlegungen finden sich im Konzept von Easton (1975,
5 S. 445): Durch eine anhaltend abnehmende spezifische Unterstützung kann also die diffuse
6 Unterstützung zurückgehen. Dabei ist unklar wie viel Zeit hierfür vergehen muss. Einerseits
7 wird angenommen, dass eine Änderung von Einstellungen durch situative Faktoren einen
8 großen Zeitraum in Anspruch nimmt (Fuchs 2002). Andererseits ist auch ein direkter Effekt
9 der Lebenssituation und der Lebenszufriedenheit auf die Entwicklung liberaler oder sozialer
10 Werte denkbar (Zelle 1998). So könnte eine anhaltende schlechte individuelle ökonomische
11 Situation zu einer Forderung nach grundlegend anderen Outputs führen, die auch mit einer
12 anderen institutionellen Ausrichtung des Systems verbunden werden, etwa wenn für die
13 Aufrechterhaltung der sozialen Gleichheit nicht mehr der Staat, sondern das System an sich
14 verantwortlich gemacht wird (Sack 2017). Im Rahmen von Transformationsprozessen gehen
15 diese situativen Ansätze davon aus, dass eine schlechte ökonomische Situation dazu führt,
16 dass das neue System als Ganzes abgelehnt wird, etwa wenn Wünsche und Hoffnungen an das
17 neue System nicht schnell genug erfüllt werden können und dadurch eine negative
18 Identifikation mit den neuen demokratischen Regeln und Institutionen entwickelt wird (Finkel
19 et al. 2001; Mishler und Rose 1996; Weatherford 1991; Zelle 1998). Dies stellt eine Hürde für
20 fortschreitende Transformationsprozesse dar und kann gleichzeitig als Parallele zur Re-
21 Autokratisierung gesehen werden.³

22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40 Insbesondere die Annahme des Sozialisationsansatzes, dass die vermittelten und
41 internalisierten Einstellungen über den Lebenszyklus eine hohe Stabilität aufweisen, wurde
42 durch die Ergebnisse von Jennings und Niemi (1981) in Frage gestellt, die zeigten, dass viele
43 Einstellungen hohen Schwankungen unterliegen, auch nach Abschluss der Sozialisation. In
44 der Folge fand die Vereinigung beider Erklärungen vor allem mit dem Hinweis statt, dass sich
45 beide Ansätze nicht gegenseitig ausschließen, sondern ergänzen. Innerhalb des Modells des
46 lebenslangen Lernens (Mishler und Rose 2002, 2007) wird davon ausgegangen, dass
47 grundlegende Einstellungen in der frühen Phase der Sozialisation erworben werden, dass
48
49
50
51
52
53
54

55
56
57 ³ Auch hier finden sich ähnliche Argumentationen im Rahmen der Modernisierungstheorie, die davon ausgeht,
58 dass eine zunehmende Absicherung ökonomischer Bedürfnisse und von Sicherheitsbedürfnissen zu einer
59 Entwicklung von Werten der Selbstentfaltung führt und damit automatisch den Bedarf an demokratischen
60 Strukturen entstehen lässt (Inglehart 1971; Inglehart und Welzel 2005; Welzel et al. 2003). Im Rahmen dieser
61 Überlegungen kann es zu einer Re-Autokratisierung (Lührmann 2021) kommen, wenn demokratische
62 Institutionen „zu früh“ etabliert und eingerichtet wurden (Welzel 2021).
63
64
65

1 diese Einstellungen aber nicht unveränderlich über den weiteren Lebenszyklus sind, sondern
2 kontinuierlich angepasst und erneuert werden. Die Leistungen des aktuellen politischen
3 Systems werden also an dem gemessen, was in den primären Sozialisationsphasen an
4 Einstellungen internalisiert wurde und diese Einstellungen daran unter Umständen neu
5 orientiert. Dieser Aspekt ist insbesondere im Rahmen von Systemtransformationen relevant.
6
7 Denn das neue politische System wird an den Werten gemessen, die im alten System
8 internalisiert wurden, was dazu beitragen kann die schlechteren Zustimmungswerte der
9 Demokratieunterstützung in Transformationsstaaten zu erklären (Rohrschneider 1999). Im
10 Rahmen dieser Annahmen sollten sich die grundlegenden Einstellungen also erst durch
11 positive Outputs des neuen Systems verändern.
12
13
14
15
16
17
18

19 **2.3 Forschungsstand zur Entwicklung der Demokratieunterstützung nach** 20 **Systemtransformationen und im wiedervereinigten Deutschland**

21 Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in bestimmten Einstellungen oder
22 Verhaltensweisen sind in umfassender Weise beforscht und belegt. Seit der
23 Wiedervereinigung ließen sich beispielsweise Unterschiede in der kollektiven Identität und
24 der Verbundenheit mit Deutschland oder der generellen ideologischen Ausrichtung
25 (Roßteutscher und Scherer 2013) erkennen. Hier war zunächst eine Rückwendung der
26 Ostdeutschen zur Verbundenheit mit der DDR zu beobachten (Neller 2006), was dann wieder
27 in eine Annäherung umschlug (Westle 2013). Auch bei Staatszielvorstellungen sowie sozial-
28 und wirtschaftspolitischen Einstellungen zeigten sich Unterschiede zwischen Ost und West
29 (Arzheimer 2005, 2013; Roller 1994, 2012, 2016). Gleiches gilt für das
30 Partizipationsverhalten (Arzheimer und Rudi 2007; Campbell 2011; Rohrschneider et al.
31 2013), was sich nicht zuletzt natürlich auch in den Unterschieden der Wahlergebnisse
32 zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern immer wieder erkennen lässt. Wo zunächst
33 die PDS und später die Partei „Die Linke“ höhere Wahlergebnisse im Osten als im Westen
34 erhielt, ist dies heute (zusätzlich) für die AfD der Fall. Klare Unterschiede zeigen sich auch in
35 der Zustimmung zur Verfassung (Campbell 2020) und in Bezug auf die selbstwahrgenommenen
36 Unterschiede und Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen (Mau et al., 2024). Einzig bei
37 generellen Orientierungen, die mit dem Schwartz Value Inventory gemessen werden, zeigten
38 sich hingegen keinerlei Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen (Arzheimer 2012;
39 Davidov und Siegers 2010).
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

1
2 Untersuchungen, die konkret die politische Unterstützung im vereinten Deutschland
3 betrachten, weisen über mehrere Zeitpunkte hinweg zusammengefasst zwei deutliche Befunde
4 aus: 1) es lässt sich zwar eine generell hohe Zustimmung zur Demokratie als Ordnungsmodell
5 (diffuse Unterstützung) feststellen, diese fällt im Osten aber durchweg niedriger aus als im
6 Westen, dafür ist im Osten durchweg die Zustimmung zum Sozialismus als Ordnungsmodell
7 höher, auch wenn sich hier in den jüngsten Kohorten eine Annäherung in Richtung des
8 Westens zu zeigen scheint; 2) erhebliche Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen
9 Befragten lassen sich bezüglich der spezifischen Unterstützung feststellen: sowohl in der
10 Unterstützung der Ausgestaltung des politischen Systems und der Zufriedenheit mit seinem
11 Funktionieren als auch im politischen Vertrauen (Arzheimer und Klein 2000; Braun und
12 Trüdinger 2023; Campbell 2012; Fuchs 1997, 1999; Fuchs et al. 1997; Gabriel 1999, 2000;
13 Niedermayer 2009; Pickel und Pickel 2023; Völkl 2005; Welsch 2022; Westle 2022; Westle
14 und Niedermayer 2009; Wuttke et al. 2020). Auch in Untersuchungen innerhalb der
15 Bundesländer zeigen sich diese Befunde, insbesondere die Demokratieunterstützung ist
16 konstant auf hohem Niveau und deutet auf eine hohe Legitimitätsüberzeugung hin (Reiser et
17 al. 2023).

18
19 Erklärt wurden diese Unterschiede in der diffusen Unterstützung in der Literatur einerseits
20 durch die Sozialisation in unterschiedlichen politischen Systemen und durch gegenseitige
21 oder eigenständige Identitätszuschreibungen. Insbesondere bei der spezifischen
22 Unterstützung und weiteren Performanzindikatoren wurde jedoch die schlechtere
23 ökonomische Performanz in Ost-Deutschland oder deren individuellen Wahrnehmung und in
24 der Folge daraus entstehenden Gefühlen relativer Deprivation als Erklärung herangezogen
25 (Pickel und Pickel 2023; Reiser und Reiter 2023; Westle 2022).

26
27 In Bezug auf die Sozialisationsthese finden sich vor allem in der jüngeren Vergangenheit
28 Beiträge, die auf ihr Zutreffen hindeuten (Campbell 2015; Hebenstreit und Reiser 2023; Rippl
29 2024; Sack 2017; Stallbaum 2024; Völkl 2023; Welsch 2022). Andere Untersuchungen
30 hingegen finden keine Hinweise auf Sozialisationseffekte (Campbell 2020; Westle 2022).
31 Forschung zu Systemtransformationen im Allgemeinen zeigt, dass das Niveau politischer
32 Unterstützung in neuen Demokratien zu Beginn des Transformationsprozesses weit niedriger
33 ausfällt als in etablierten Demokratien (Fuchs und Roller 2006; Neundorf 2010) und der
34 Entwicklungsprozess kompatibler Einstellungen durch Übung und Lernen langwierig und erst
35 nach einem Generationenaustausch vollständig abgeschlossen ist (Fuchs-Schündeln und
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

1 Schündeln 2015). Hier gibt es erkennbare Evidenz für einen Einstellungswandel durch den
2 Austausch von Generationen (Claassen 2020b; Inglehart und Welzel 2009; Pop-Eleches und
3 Tucker 2014).
4
5

6 7 **2.4 Hypothesen**

8
9 Was ergibt sich aus den theoretischen Überlegungen und dem Forschungsstand zur
10 Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland, was kann erwartet
11 werden? Eigentlich sollte knapp 35 Jahre nach der Wiedervereinigung ein erster
12 Generationenaustausch stattgefunden haben, wenn man der Sozialisationstheorie folgt. So
13 sollten sich zumindest in den nachwachsenden Kohorten keine Unterschiede mehr finden
14 lassen. Jedoch stellt die Wiedervereinigung mit ihrer nachfolgenden Entwicklung ein
15 Spezifikum dar, das auch andere Überlegungen zulässt. Zum einen könnten innerfamiliäre
16 Sozialisationsprozesse diese übergeordneten Sozialisationsprozesse auch torpedieren und
17 durch die Weitergabe von Erfahrungen und Bewertungen innerhalb der Familie zu einer
18 Verhärtung von Unterschieden führen (Nichelmann 2021; Van Ditmars 2023), ähnlich wie
19 dies für die Wahrnehmung von Unterschieden und Konflikten zwischen Ost- und
20 Westdeutschen durch neueste Untersuchungen gezeigt wurde (Mau et al., 2024). Ebenso
21 könnte auch ein Prozess des „Otherings“ stattfinden, der zur Abgrenzung Ostdeutscher führt,
22 um der Dominanz, mit der Westdeutschland als Norm wahrgenommen wird, etwas
23 entgegenzusetzen (Kubiak 2021). Damit verbunden wäre die Hypothese der Bildung einer
24 eigenen Ost-Identität (Pickel und Pickel 2020), die stärker zur Ablehnung der Demokratie
25 führt. Die Frage ist aber, wie stark dies die nachwachsenden Kohorten betrifft, deren Situation
26 sich in der primären Sozialisation fundamental von jener der Eltern und Großeltern
27 unterscheidet, etwa durch andere Mediensysteme, andere Lehrpläne (insbesondere in
28 historischen und politischen Schulfächern), andere Wahlsysteme und andere,
29 wahrgenommene und erlebte, Entscheidungsprozesse.
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

49 Lassen sich Erwartungen bezüglich der Situationsthese ableiten? Auch wenn sich innerhalb
50 der bisherigen Forschung Einflüsse der wahrgenommenen ökonomischen Situation auf die
51 Unterschiede zwischen Ost und West finden lassen, so beziehen sich diese vor allem auf
52 Unterschiede in Performanzindikatoren, die der spezifischen Unterstützung zuzurechnen sind,
53 nicht aber auf Indikatoren, die stark ideell geprägte und langfristig stabile Einstellungen
54 darstellen. Demokratieunterstützung als diffuse Unterstützung ist nicht, wie etwa die
55 Zufriedenheit mit der Demokratie, als Performanzindikator zu verstehen, der sich schnell
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

1 ändert oder großen Schwankungen unterliegt (Fuchs 2002; Linde und Ekman 2003). Auch
2 wenn nicht ausgeschlossen ist, dass sich auch die Zustimmung zur Demokratie als
3 Ordnungsmodell im Laufe des Lebens im Niveau verändert und Einflüsse relativer
4 Deprivation insbesondere im Kontext der Wiedervereinigung bezüglich der
5 Performanzindikatoren eine wesentliche Rolle spielen (Pickel und Pickel 2020), so ist in
6 diesem Kontext nicht davon auszugehen, dass die Unterschiede in der
7 Demokratieunterstützung auf die wahrgenommene Performanz zurückzuführen sind.
8
9

10
11 Könnte im Kontext der deutschen Wiedervereinigung in der Untersuchung der
12 Demokratieunterstützung lebenslanges Lernen zum Tragen kommen? Dies kann durchaus
13 verneint werden, vor allem mit Blick auf den spezifischen Verlauf der deutschen
14 Wiedervereinigung. Dieser hat bei vielen Ostdeutschen zu einer großen Enttäuschung geführt.
15 Selbst und vor allem bei jenen, die sich stark für eine demokratische Ordnung eingesetzt
16 hatten. Der Wunsch nach Emanzipation und demokratischer Entwicklung wurde vom Westen
17 abgetan, da man dort die Entwicklung von neuen demokratischen Sonderstrukturen
18 verhindern wollte (Mau 2024a). So entstand im Osten der Eindruck „überrollt und
19 übernommen zu werden und an Handlungsmacht einzubüßen“ (Mau 2024a, S. 10). Dieser, in
20 kürzester Zeit vollzogene, Wandel von erzwungener Selbstermächtigung, die zum Fall der
21 Mauer führte, hin zu kollektiv wahrgenommener Selbstentmachtung, hatte vor allem Folgen
22 für das Selbstwertgefühl und die Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeit. So wurden etwa
23 Vorschläge aus dem Verfassungsentwurf, der in stark partizipativer Weise entstand und
24 stärkere direktdemokratische Elemente enthielt als die BRD zur Verfügung stellte, gar nicht
25 erst zur Kenntnis genommen (Mau, 2024a, S. 13). Ebenso fehlten die zivilgesellschaftlichen
26 Strukturen zum Aufbau sozialen Kapitals in größerem Maße. In Anbetracht dieser
27 Entwicklungen ist davon auszugehen, dass in den älteren, in der DDR sozialisierten,
28 Generationen die Zustimmung zur Demokratie als Ordnungsmodell nicht das Niveau erreicht
29 werden kann, das im Westen vorliegt. Gegen das Modell des lebenslangen Lernens sprechen
30 auch die schon erwähnten „Othering-“ und Identitätsthesen sowie die Persistenz-
31 Verhärtungsthese (Mau et al. 2024), die insbesondere bei den älteren Generationen eher zu
32 einer Gegenbewegung führen sollten.
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

54
55 Aus theoretischer Sicht spricht daher alles für die Sozialisationstheorie. Die Überlegungen,
56 die ihr zu widersprechen scheinen, müssen mit Blick auf die nachwachsenden Generationen
57 abgeschwächt werden. Die Effekte der innerfamiliären Sozialisation und des „Otherings“
58
59
60
61
62
63
64
65

1 sollten sich bei den jüngsten, im wiedervereinigten Deutschland sozialisierten Kohorten, sehr
2 viel weniger stark auswirken als bei jenen, die die deutsche Teilung und die DDR aus eigener
3 Erfahrung heraus erlebt haben.
4
5
6

7 Im Einklang mit den Annahmen des Sozialisationsmodells, in Bezug auf die theoretischen
8 Überlegungen innerhalb des Konzepts der politischen Unterstützung, in dem vor allem die
9 Entwicklung der diffusen Unterstützung in der primären Sozialisation angenommen wird, und
10 mit Blick auf das Spezifikum der deutschen Wiedervereinigung, gehe ich daher davon aus,
11 dass es nach wie vor Unterschiede in der generellen Demokratieunterstützung zwischen Ost-
12 und Westdeutschen gibt (H1) und dass diese Unterschiede mit der Zeit kleiner werden, da sich
13 die jüngeren Generationen annähern und in der jüngsten Generation keine Unterschiede mehr
14 zu finden sind (H2). Die Situationsthese würde sich bestätigen, wenn die Unterschiede weiter
15 bestünden, das Modell des lebenslangen Lernens würde sich dagegen bestätigen, wenn auch
16 in den älteren Kohorten keine Unterschiede mehr auffindbar wären. Von beidem ist jedoch
17 nicht auszugehen.
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28

29 **3 Datenbasis und Analysestrategie**

30 Zur Überprüfung dieser Hypothesen wurde ein Datensatz aus mehreren Befragungen und
31 Umfrageprogrammen zusammengestellt, der sich über den Zeitraum von 1998 bis 2023
32 erstreckt. Genutzt wurden Daten der DFG-Wahlstudie „Politische Einstellungen, politische
33 Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ (1998, 2002), der
34 Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) (2008, 2018, 2023),
35 der German Longitudinal Election Study (GLES) (2009, 2010, 2011, 2013, 2015, 2017), des
36 European Social Survey (2012, 2021) und des World Values Survey (2006, 2013, 2017). Die
37 zentrale abhängige Variable „Demokratieunterstützung“ wird in diesen Umfragen teilweise
38 unterschiedlich erhoben. Entweder wird nach der Bewertung der Idee der Demokratie gefragt,
39 teilweise in Abgrenzung zu anderen Staatsideen oder nach der individuellen Relevanz in
40 einem demokratisch regierten Land zu leben. Wir nehmen an, dass alle verwendeten
41 Indikatoren die Demokratieunterstützung messen. Die Verwendung unterschiedlicher
42 Indikatoren zu unterschiedlichen Zeitpunkten hat den Vorteil, gleichzeitig auch eine
43 Betrachtung der Validität dieser Indikatoren, ihrer Vergleichbarkeit und Auswertungen
44 bezüglich der Stabilität der untersuchten Größe durchzuführen. Tabelle 1 enthält die Wortlaute
45 der Items, die Antwortkategorien und die verwendeten Befragungen sowie ihre Zeitpunkte.
46 Die Skalen wurden auf einen Wertebereich von 0 bis 100 standardisiert und die
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

nachfolgenden Analysen teilweise getrennt nach Befragungszeitpunkten und teilweise kumuliert für alle Beobachtungen durchgeführt, um der unterschiedlichen Messung Rechnung zu tragen. Die Ost-West Zugehörigkeit wird mangels einer durchgehend verfügbaren und besseren Alternative durch den aktuellen Wohnort während der Befragung operationalisiert.

[Tabelle 1 etwa hier]

Die politische Sozialisation wird durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Geburtskohorte gemessen. Dies erfordert aus mehreren Gründen ein elaboriertes Vorgehen sowohl in der Kohorteneinteilung, als auch in der Analysestrategie. Die Kohorteneinteilung orientiert sich theoretisch am Konzept der (politischen) Generationen, das davon ausgeht, dass bestimmte politische oder gesellschaftliche Ereignisse die Orientierungen einer ganzen Geburtskohorte prägen und diese Orientierungen über den Lebensverlauf stabil bleiben (Mannheim 1928). In der Regel zeigen diese Ereignisse ihre Wirkung in der Zeit zwischen dem zehnten und dem 15. Lebensjahr (Jennings 1989; Krawietz 2012). Empirische Untersuchungen deuten jedoch darauf hin, dass die Entwicklung politischer Einstellungen möglicherweise früher beginnen könnte (Healy und Malhotra 2013; van Deth et al. 2011). Es bleibt daher eine offene Frage, wann die politische Sozialisation im Lebenszyklus beginnt.

Im Rahmen der folgenden Analyse konzentriere ich mich auf die ersten Generationen, die im vereinten Deutschland nach 40 Jahren Teilung sozialisiert wurden. Für diesen Zweck ist es nicht zwingend notwendig, prägende Ereignisse für die älteren Generationen zu identifizieren. Mit Konzentration auf die erste Nachwendegeneration definiere ich die erste bundesdeutsche Generation als diejenigen Befragten, die zwischen 1985 und 1997 geboren wurden. Die ältesten Mitglieder dieser Kohorte waren zu Beginn der Wiedervereinigung fünf Jahre alt, so dass die politische Sozialisation im Grundschulalter oder später im wiedervereinigten Deutschland startete. Die Daten aus 2021 und 2023 lassen es zudem erstmals zu, auch eine Kohorte von Befragten zu bilden, die nach 1997 geboren wurden.

Die Rückwärtsklassifizierung der älteren Kohorten erfolgt aus pragmatischen Gründen. Ein relevantes Kriterium hierfür ist eine vergleichbare Fallzahl zwischen den Kohorten. Ein zweites wichtiges Kriterium ist ein annähernd gleicher Zeitraum zwischen Anfangs- und Endpunkt einer Kohorte, der bei ca. 15 Jahren liegt. Eine Ausnahme bildet die älteste Kohorte, da sich die Anfangszeitpunkte, durch die bis zu 25 Jahre auseinanderliegenden

1 Befragungszeitpunkte, stark unterscheiden. Diese Überlegungen führen zu sechs separaten
2 Geburtskohorten: (1) 1906–1939; (2) 1940–1954; (3) 1955–1969; (4) 1970–1984; (5) 1985–
3 1997; (6) 1998–2006.
4

5
6
7 Diese Einteilung ist vergleichbar mit der gängigen Einteilung in der Generationenforschung,
8 bei der die einzelnen Kohorten bestimmte Namen erhalten: „Nachkriegsgeneration“,
9 „Babyboomer“, „Wendegeneration/Generation X“, „Nachwendegeneration/Millennials“ und
10 „Generation Z“ (Mau et al. 2024). Allerdings gibt es eine Debatte darüber, ob es so etwas wie
11 „Generationen“ überhaupt gibt (Albert et al. 2019; Schröder 2018, 2019). In dieser Debatte
12 richtet sich die Kritik auf der theoretischen Ebene vor allem an die Auswahl prägender
13 Ereignisse und die leichtfertige Verwendung des Generationenbegriffs (Schröder 2018). Wir
14 gehen davon aus, dass das Aufwachsen in unterschiedlichen politischen Systemen und die
15 Wiedervereinigung definitiv als ein solcher Einschnitt im Sinne des Konzepts von Mannheim
16 (1928) betrachtet werden können.
17

18
19 Dies ist insbesondere in Bezug auf den hier interessierenden Mechanismus der politischen
20 Sozialisation von Relevanz, da die Generationen, die nach der Wiedervereinigung
21 aufwuchsen, durch das politische System und seine Strukturen nicht mehr in gleichem Maße
22 wie deren Eltern oder Großeltern sozialisiert werden konnten. Denn das Schulsystem und
23 insbesondere die dort vermittelten Inhalte zu Geschichte und politischem System sowie die
24 Medienlandschaft sind von jenen in der DDR vollkommen verschieden und ein Zugriff auf
25 die alten Kontexte schlicht nicht mehr möglich ist.
26

27
28 Im Folgenden werden zunächst Ost-West-Unterschiede zu bestimmten Zeitpunkten, zwischen
29 den Kohorten und über die Zeit hinweg für bestimmte Altersgruppen im Rahmen einer
30 deskriptiven Analyse verglichen. Für die weitere Analysestrategie ist das
31 Identifikationsproblem in der Untersuchung von Kohorteneffekten zu beachten (Glenn 1976;
32 Mason et al. 1973). Um für Alters- und Periodeneffekte zu kontrollieren und so festzustellen,
33 ob es sich bei den Unterschieden wirklich um Kohorteneffekte handelt, muss beachtet
34 werden, dass diese drei Größen in einer linearen Beziehung zueinander stehen, die eine
35 Identifikation der einzelnen Effekte unmöglich macht. Allerdings können
36 Kohortenunterschiede problemlos durch Alter oder Messzeitpunkt kontrolliert werden,
37 „solange man denselben linearen und gegebenenfalls quadratischen Einfluss des Lebensalters
38 und Messzeitpunktes auf die Einstellungen aller Kohorten unterstellt“ (Schröder 2018, S. 477-
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

478), daher wurde auf die Schätzung von HAPK- und GAM-Modellen verzichtet und auf lineare Regressionsmodelle zurückgegriffen, die das Erhebungsjahr, das Alter und das quadrierte Alter als Kontrollvariablen beinhalten.

Generell sollte die Demokratieunterstützung als Legitimitätsüberzeugung situationsunabhängig sein, insbesondere, wenn sie punktuell betrachtet wird. Allerdings kann über die Zeit durch schlechte Performanz und abnehmende spezifische Unterstützung die diffuse Unterstützung leiden (Easton 1975). Empirische Befunde zeigen diese Situationsunabhängigkeit der Demokratieunterstützung in Teilen, aber auch dass die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und die Ressourcenausstattung ebenfalls Effekte aufweist (Reiser et al. 2023). Daher kommen in der multivariaten Analyse mehrere Kontrollvariablen zum Einsatz. Dies sind: die Demokratiezufriedenheit, die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen bzw. finanziellen Lage, das politische Interesse, das Geschlecht und das Bildungsniveau.

4 Empirische Befunde

In einem ersten Schritt wird sich in einer deskriptiven Analyse den Unterschieden zwischen Ost und West genähert. Tabelle 2 weist hierfür die Mittelwerte der einzelnen Indikatoren der Demokratieunterstützung zu den jeweiligen Erhebungszeitpunkten aus, sowie zusätzlich die jeweiligen Fallzahlen und die Mittelwertdifferenz zu den einzelnen Erhebungszeitpunkten. Abbildung 1 weist im Zeitverlauf die zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle der Mittelwerte (ohne die Daten der GLES, s.u.) aus.

[Tabelle 2 etwa hier]

Es lassen sich mehrere Befunde ableiten. Zum einen bestehen zu allen Befragungszeitpunkten signifikante Unterschiede in der Demokratieunterstützung zwischen Ost- und Westdeutschen. Das absolute Niveau der Unterstützung ist spätestens seit 2008 für beide Landesteile außerordentlich hoch, mit durchgängigen Werten auf der standardisierten Skala von über 90 für Westdeutschland und von über 85 für Ostdeutschland für die DFG-Wahlstudie, den WVS, den ESS und den ALLBUS. Die Werte der GLES-Umfragen weichen hiervon etwas ab, hier erreichen die Befragten im Westen erst ab 2013 Werte über 80, für die Befragten im Osten ist dies erst 2017 der Fall. Es ist jedoch deutlich, dass die Fallzahlen der Datensätze aus der GLES für die Befragten in Ostdeutschland im Vergleich zu den anderen Befragungen gering

ausfallen, daher wird in der weiteren deskriptiven Analyse auf die Verwendung dieser Erhebungen verzichtet.

Bemerkenswert ist außerdem, dass die Differenzen über die Zeit hinweg kleiner werden und dies eindeutig auf eine Erhöhung der Werte bei den Befragten in Ostdeutschland zurückzuführen ist. Hier zeigt sich nur die Erhebung im Rahmen des WVS 2006 als Ausreißer, bei der schon sehr früh eine Differenz von nur 3 Punkten auf der Skala von 0 bis 100 zu beobachten ist. Darüber hinaus ist mit Blick auf die Entwicklung nach der COVID-19 Pandemie erkennbar, dass die Demokratieunterstützung zwar einen leichten Rückgang erfahren hat, der auch statistisch signifikant ist, insgesamt aber stabil auf jenem hohen Niveau bleibt, auf dem sie seit 2006 mehrheitlich liegt.

[Abbildung 1 etwa hier]

In einem nächsten Schritt werden zwei spezifische Altersgruppen und deren jeweiligen Mittelwerte zu den einzelnen Befragungszeitpunkten miteinander verglichen, um zu untersuchen, ob die Annäherung zwischen Ost und West tatsächlich auf eine Veränderung der Demokratieunterstützung aus Sicht Heranwachsender zurückzuführen ist (vgl. für dieses Vorgehen etwa Albert et al. (2019)). Wir vergleichen hierfür die Gruppe der 15 bis 30-jährigen mit der Gruppe der über 30-jährigen über jeden einzelnen Zeitpunkt zwischen den Befragten aus Ost und West (Abbildung 2). Für die Gruppe der über 30-jährigen zeigen sich hier für jede Befragung signifikante Unterschiede zwischen den Landesteilen. Bei den 15 bis 30-jährigen, die jeweils zu den jüngsten Befragten innerhalb einer Erhebung gehören, und bei denen daher der Einfluss des politischen Systems auf ihre Demokratieunterstützung entsprechend als politische Sozialisation abgelesen werden kann, ist dies anders. Hier zeigen sich bis 2013 signifikante Unterschiede, die sich jedoch ab 2017 aufheben. Dies ist ein erster Hinweis auf Sozialisationseffekte.

[Abbildung 2 etwa hier]

Im nächsten Schritt soll die deskriptive Analyse auf die Betrachtung der Unterschiede zwischen den Geburtskohorten ausgeweitet werden. Die Ergebnisse hierzu finden sich in Abbildung 3. Auffällig ist, dass sich hier über die Befragungszeitpunkte hinweg ein wiederkehrendes Muster zeigt. Durchgängig sind signifikante Kohortenunterschiede in der

1 Demokratieunterstützung erkennbar und durchgängig heben sich diese Kohortenunterschiede
2 in den Nachwendegenerationen auf - einzige Ausnahme ist die Erhebung des World Values
3 Survey 2006, bei der das Muster umgekehrt zu verlaufen scheint. Bemerkenswert ist
4 außerdem, dass mit immer späteren Befragungszeitpunkten auch die älteren Kohorten keine
5 signifikanten Unterschiede mehr aufweisen. Die Kohorte der Befragten, die im Zeitraum von
6 1955 bis 1969 geboren wurden, stellt dabei jene Gruppe dar, bei der sich durchgängig, für alle
7 Befragungszeitpunkte und für alle Umfrageprogramme, signifikante Unterschiede erkennen
8 lassen. Dies ist ein starker Hinweis auf die Gültigkeit der Sozialisationsthese, ebenso wie das
9 Zusammenwachsen der jüngeren Generationen. Allerdings lässt sich dies mit einem Blick auf
10 Kohortenunterschiede innerhalb der beiden Landesteile nur eingeschränkt bestätigen, denn die
11 „Bewegungen“ gehen in allen Fällen von den jüngsten Kohorten im Westen aus. Innerhalb der
12 Befragten in Ostdeutschland finden sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den
13 Kohorten. Wohl aber im Westen, in dem die älteren Kohorten (insbesondere die Befragten, die
14 im Zeitraum 1940-1954 und 1955-1969 geboren wurden) durchweg die höchsten Werte
15 aufweisen und von denen sich die jüngeren Kohorten mit niedrigen Werten signifikant
16 unterscheiden.
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28

29
30
31 [Abbildung 3 etwa hier]
32
33

34 Dieses Muster bestätigt ein letzter deskriptiver Blick auf die kumulierten Werte in den
35 jeweiligen Umfrageprogrammen. In Abbildung 4 sind hierfür die Mittelwerte und die
36 zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle für die untersuchten Kohorten in kumulierter Form für
37 die jeweiligen Umfrageprogramme abgebildet. Auch hier zeigt sich ein wiederkehrendes
38 Muster, das mehrere Schlüsse zulässt. Zum einen lassen sich die Kohortenunterschiede auch
39 im Zusammenschluss mehrerer Perioden belegen. Zum anderen ähneln sich die Befragungen
40 aus der DFG-Wahlstudie (1998, 2002) dem World Values Survey (2006, 2013, und 2017),
41 dem ALLBUS (2008, 2018 und 2023) und dem European Social Survey (2012 und 2021) in
42 der Form, dass sie den formulierten Hypothesen entsprechen. Insbesondere die Ergebnisse auf
43 Basis der Daten des ALLBUS und der des ESS sind hier bemerkenswert. Beide lassen durch
44 die Befragungen in den Jahren 2021 bzw. 2023 auch Schlüsse auf jene Kohorten zu, die nach
45 1997 geboren wurden. Hier wird erstmals ein echtes Zusammenwachsen erkennbar. Die Daten
46 des World Values Survey für diese Kohorte basieren auf einer kleinen Fallzahl (erkennbar an
47 den sehr breiten Konfidenzintervallen), auf deren Basis keine valide Aussage über die
48 Befragten, die nach 1997 geboren wurden, möglich ist.
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

1 [Abbildung 4 etwa hier]
2
3
4

5 Einschränkend muss erwähnt werden, dass sich auch hier das Muster wiederholt, nachdem
6 das Zusammenwachsen der beiden Nachwendegenerationen auf Bewegungen der Kohorten
7 im Westen zurückzuführen ist. Auch wenn der Mittelwert in der jüngsten Kohorte der
8 Befragten aus dem Osten höher ist, ist dieser Unterschied nicht signifikant zu den anderen
9 Kohorten aus dem Osten. Es gibt zwischen den einzelnen Kohorten der Befragten in
10 Ostdeutschland keine signifikanten Unterschiede. Dieser Umstand liegt anders bei den
11 westdeutschen Befragten. Insbesondere die erste Nachwendegeneration der Personen, die von
12 1985 bis 1997 geboren wurden, unterscheidet sich signifikant von den älteren Kohorten,
13 insbesondere von den Befragten, die in der Zeit 1955-1969 geboren wurden. Wir finden also
14 strenggenommen keine Sozialisationswirkungen im Osten, sondern Abwendungseffekte im
15 Westen, auch wenn wir durchgehend ein hohes Niveau der Demokratieunterstützung
16 attestieren können. Mit Blick auf den Verlauf der Mittelwerte im WVS finden wir auch hier
17 ein ähnliches Muster. Die Kohorte der Befragten, die 1985-1997 geboren wurden, unter-
18 scheidet sich signifikant sowohl von Befragten, die 1940-1954, als auch von jenen, die 1955-
19 1969 geboren wurden. Dagegen ähneln sich die Verlaufsmuster von ESS und ALLBUS in
20 nahezu identischer Weise. Das ist bemerkenswert, wenn man mit einbezieht, dass die
21 Demokratieunterstützung hier mit unterschiedlichen Indikatoren gemessen wurde.
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

38 Um zu analysieren, ob diese Unterschiede und die Bewegungen des Zusammenwachsens sich
39 auch unter Kontrolle anderer Erklärungsansätze zeigen und zur Separierung von Alters- und
40 Periodeneffekten, lassen sich die Ergebnisse der Regressionsanalyse aus Tabelle 3
41 heranziehen. Hier sind die Ergebnisse mehrerer Regressionsmodelle abgetragen, die jeweils
42 für die Befragten aus Ost- und Westdeutschland getrennt gerechnet wurden. In den Modellen
43 3 bis 8 wurden neben dem Alter, dem quadrierten Alter und dem Jahr der Befragung die
44 weiteren Kontrollvariablen hinzugefügt. Die abhängige Variable der Modelle 1 bis 4 ist die
45 Zusammenführung aller Indikatoren, die zur Messung der Demokratieunterstützung zur
46 Verfügung stehen, die Modelle 5 und 6 beschränken sich auf den 6-stufigen Indikator zur
47 Messung der Demokratieunterstützung aus der DFG-Wahlstudie, dem ALLBUS und der
48 GLES. Die Modelle 7 und 8 nutzen den 10- beziehungsweise 11-stufigen Indikator aus ESS
49 und WVS zur Messung der Demokratieunterstützung als abhängige Variable. Die
50 Referenzkohorte bilden die Befragten, die zwischen 1940 und 1954 geboren wurden, da diese
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

1
2 in den deskriptiven Befunden oft die höchsten Werte für die Demokratieunterstützung
3 aufweist.

4
5
6
7 [Tabelle 3 etwa hier]
8
9

10 Die Ergebnisse der Regressionsanalyse replizieren im Großen und Ganzen die deskriptiven
11 Befunde, jedoch zeigen sich für die jüngste Kohorte der nach 1997 geborenen Befragten
12 durchweg positive Effekte. Allerdings ist dieser für den Osten nur in Modell 7 signifikant. Die
13 jüngsten Kohorten im Westen weisen dagegen häufiger signifikante Effekte aus. Auch dies
14 sind Hinweise für Sozialisationseffekte. Alter und Befragungsjahr weisen teilweise
15 signifikante Effekte aus, allerdings nicht durchgehend. Von den Kontrollvariablen scheinen
16 vor allem Demokratiezufriedenheit, politisches Interesse und das Bildungsniveau von
17 besonderer Bedeutung zu sein, hier lassen sich über alle Modelle signifikante Effekte ablesen.
18 Dies ist nicht überraschend und durchaus mit Einklang theoretischer Überlegungen und
19 bisheriger empirischer Ergebnisse.
20
21
22
23
24
25
26
27
28

29
30 [Abbildung 5 etwa hier]
31
32
33

34 Es lässt sich auf Basis dieser Ergebnisse letztlich nicht endgültig über Annahme oder
35 Ablehnung der Sozialisationsthese entscheiden. Insbesondere die Ergebnisse der Analyse der
36 Daten von ESS und WVS sprechen jedoch dafür. Zur besseren Interpretation werden hierfür
37 die marginalen, vorhergesagten Werte auf Basis der Regressionsmodelle 7 und 8 für die
38 einzelnen Kohorten in Ost- und Westdeutschland zur Verfügung gestellt (Abbildung 5). Hier
39 lassen sich auch unter Kontrolle anderer Variablen die erwarteten Sozialisationseffekte
40 feststellen. Die jüngste Kohorte im Osten unterscheidet sich signifikant von ihren Eltern und
41 Großeltern in positiver Richtung, während im Westen keine Unterschiede zwischen den
42 Kohorten erkennbar sind. Auf Basis der anderen Modelle sind ähnliche Bewegungen der
43 vorhergesagten Werte über die Kohorten erkennbar, allerdings nie in signifikanter Art. Die
44 Gesamtmenge an Befunden spricht jedoch eher für, als gegen die Annahmen des
45 Sozialisationsmodells.
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

5 Diskussion

1
2 Wachsen Ost- und Westdeutsche knapp 35 Jahre nach der Wiedervereinigung endlich durch
3 die Sozialisation in einem gemeinsamen Land zusammen? In Bezug auf die
4 Demokratieunterstützung kann die Antwort nach Sichtung der Ergebnisse dieses Beitrags nur
5 lauten: teilweise. Ziel dieser Untersuchung war ein Test des Sozialisationsmodells mit Hilfe
6 eines umfassenden Datensatzes, der es durch neueste Daten aus den Jahren 2021 und 2023
7 auch erlaubt die jüngste Generation, die nach der Wiedervereinigung heranwächst, zu
8 betrachten. Hierfür wurden zuerst in deskriptiven Analysen die Mittelwerte zwischen den
9 Befragten in Ost- und Westdeutschland im Aggregat, in Bezug auf verschiedene
10 Altersgruppen und im Kohortenvergleich betrachtet. Hierbei wurde deutlich, dass nach wie
11 vor Unterschiede in der generellen Demokratieunterstützung zwischen Ost- und
12 Westdeutschen bestehen (H1). Zusätzlich wurde erkennbar, dass diese Unterschiede mit der
13 Zeit kleiner werden, da sich die jüngeren Generationen annähern und in der jüngsten
14 Generation keine Unterschiede mehr zu finden sind (H2). Damit sind die formulierten
15 theoretischen Erwartungen erfüllt.
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28

29 Allerdings zeigte sich in der deskriptiven Analyse auch, dass dieses Zusammenwachsen
30 mehrheitlich auf Bewegungen der Kohorten im Westen zurückzuführen ist und sich die
31 Kohorten im Osten nicht signifikant voneinander unterscheiden. Nachfolgende
32 regressionsanalytische Betrachtungen haben diese deskriptiven Ergebnisse zum Teil bestätigt,
33 zum Teil aber auch Hinweise für eine Richtung des Sozialisationseffekts geliefert, wie er
34 erwartet werden würde. Auch situationsbedingte Faktoren zeigten in der multivariaten
35 Analyse durchaus Erklärungskraft. Die Performanzbewertung scheint also vor allem über die
36 Zeit einen Einfluss auf die Demokratieunterstützung auszuüben. Erwartungen, wie sie aus
37 dem Modell des lebenslangen Lernens hätten spezifiziert werden können, lassen sich durch
38 die Ergebnisse dieses Beitrags dagegen nicht bestätigen. Weitere Untersuchungen in der
39 Zukunft müssen zeigen, ob dieses Zusammenwachsen sich fortsetzt oder Abkehr- und
40 Trennungsbewegungen erkennbar werden.
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

52 Wie lassen sich diese Ergebnisse einordnen und muss man sich Sorgen um die Demokratie
53 machen? Auf Basis dieser Analysen nicht. Die Unterstützungswerte sind durchgehend hoch,
54 auch im Osten und auch nach der COVID-19 Pandemie, und das auch bei den jüngsten
55 Generationen. Auch mit Blick auf die Debatte um die „Dekonsolidierung“ der Demokratie
56 durch den Rückgang demokratischer Überzeugungen in den jüngsten Generationen, die durch
57
58
59
60
61
62
63
64
65

1 die Ergebnisse von Foa und Mounk (2016, 2017) angestoßen wurde, reiht sich dieser Beitrag
2 eher in die Veröffentlichungen ein, die für solche Entwicklungen nur teilweise empirische
3 Evidenz finden (Fernández Guzmán Grassi et al. 2024; Kriesi 2020) oder diese ganz negieren
4 (Spittler 2020; Wuttke et al. 2020, 2022, 2023). Warum die jüngsten Wählerinnen und Wähler
5 bei den vergangenen Landtagswahlen erstmals in großen Teilen AfD gewählt haben, lässt sich
6 ohne ökologische Fehlschlüsse nicht in Gänze beantworten, hierfür müssen andere
7 Erhebungen genutzt werden. Auch die Verhärtungsthese, nach der Ost und West aufgrund
8 unüberbrückbarer Differenzen nie vollends zusammenwachsen könnten (Mau, 2024b), wird
9 durch die Ergebnisse des Beitrags nicht gestützt.

10
11
12
13
14
15
16
17
18 Mit Blick auf den Westen ist bemerkenswert, dass die Geburtsjahrgänge 1940-1954 und
19 1955-1969 so eklatant herausstechen in ihrer positiven Demokratieunterstützung. Mit Blick
20 auf das Sozialisationsargument sind die prägenden Epochen hier die Nachkriegszeit, sowie
21 die Ära von Adenauer, Erhardt und Kiesinger, in der eine klare Abgrenzung zum Osten und
22 dem zur Demokratie konkurrierenden Ordnungsmodell des Sozialismus stattgefunden hat.
23 Dass für die nachfolgenden Generationen kein so klares Feindbild mehr Einzug in die
24 Wahrnehmung und Sozialisation gefunden hat, mag die Abnahme der
25 Demokratieunterstützung in diesen jüngeren Kohorten im Westen gegebenenfalls erklären
26 (Sack 2017), aber auch dies ist ohne vollständige Daten nicht abschließend überprüfbar.

27
28
29
30
31
32
33
34
35
36 Auch diese Analyse unterliegt spezifischen Limitationen. Zum einen sind die Instrumente für
37 die Messung der diffusen politischen Unterstützung nicht ideal, auch wenn die Ergebnisse
38 darauf hinweisen, dass die unterschiedlichen Indikatoren, die mehrheitlich in Befragungen
39 verwendet werden, die gleichen Konstrukte zu messen scheinen. Politische Unterstützung ist
40 für sich genommen ein komplexes Konstrukt, sowohl spezifisch wie diffus. Gleiches gilt für
41 den Begriff der Demokratie, der vielfältige Interpretationen zulässt und je nach Auslegung
42 unterschiedliche Elemente in unterschiedlicher Stärke enthalten kann. Für eine tiefergehende
43 Betrachtung benötigt es daher vermutlich Instrumente, die die Demokratie und ihre generelle
44 Unterstützung auf einer breiteren Basis messen (Westle 2022, S. 35). Des Weiteren betrachtet
45 die vorliegende Analyse die Befragten in Ost- und Westdeutschland im Aggregat. Es lässt sich
46 vermuten, dass diese Betrachtung der gegebenen Komplexität nicht gerecht wird. Auch
47 innerhalb von Ostdeutschland gibt es Varianz durch verschiedene Lebensrealitäten und
48 Sozialisationserfahrungen auf kleineren Ebenen. Diese gilt es zukünftig stärker in den Blick
49 zu nehmen (Kötzing 2024), erste Ansätze lassen sich hier durch Analysen auf Ebene der
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

1 Bundesländer bereits finden (Reiser et al. 2023). Eine letzte Limitation, die der Beitrag mit
2 anderen Analysen teilt, die Ost- und Westdeutsche vergleichen, ist die Messung der
3 Zugehörigkeit durch den aktuellen Wohnort während der Befragung. Diese Messung blendet
4 die innerdeutsche Mobilität sowie mögliche Zuwanderungserfahrungen weitestgehend aus.
5 Gerade mit Blick auf die Untersuchung von Sozialisationserfahrungen sollte auch vermehrt
6 nach der Herkunft der Eltern, der primären Örtlichkeit des Auf- und Heranwachsens und
7 ähnlichen Größen gefragt werden, wenn Ost- und Westdeutsche in ihren Einstellungen
8 miteinander verglichen werden.
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26

27 **Literatur**

- 29 Albert, Mathias, Klaus Hurrelmann, Ingo Leven, Gudrun Quenzel, und Ulrich Schneekloth.
30 2019. Der Nutzen des Begriffs Generation in Soziologie und Jugendforschung. *Kölner*
31 *Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 71:457–469.
32 <https://doi.org/10.1007/s11577-019-00635-5>
33
34
35 Almond, Gabriel A. 1980. The Intellectual History of the Civic Culture Concept. In *The Civic*
36 *Culture Revisited*, Hrsg. Gabriel A. Almond und Sidney Verba, 1-36. Newbury Park:
37 Sage.
38
39 Almond, Gabriel A. und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and*
40 *Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
41
42 Arzheimer, Kai. 2005. Freiheit oder Sozialismus? Gesellschaftliche Wertorientierungen,
43 Staatszielvorstellungen und Ideologien im Ost-West-Vergleich. In *Wächst zusammen, was*
44 *zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten*
45 *Deutschland*. Hrsg. Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Hans Rattinger, 285-313.
46 Baden-Baden: Nomos.
47
48 Arzheimer, Kai. 2012. Europa als Wertegemeinschaft? Ost und West im Spiegel des
49 'Schwartz Value Inventory'. In *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European*
50 *Social Survey 2002 bis 2008*, Hrsg. Silke I. Keil und Jan W. van Deth, 73-98. Baden-
51 Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845238012-73>
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

- 1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
- Arzheimer, Kai. 2013. Twenty Years After: Sozial- und wirtschaftspolitische Einstellungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. In *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie: Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung. Festschrift für Oscar Gabriel*. Hrsg. Silke I. Keil und S. Isabell Thaidigsmann, 299-336. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-00875-8_16
- Arzheimer, Kai, und Markus Klein. 2000. Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich. In *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Hrsg. Jürgen Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger, 363-403. Opladen: Leske + Budrich. https://doi.org/DOI:10.1007/978-3-663-05704-8_11
- Arzheimer, Kai, und Tatjana Rudi. 2007. Wertorientierungen und ideologische Einstellungen. In: *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Hrsg. Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter, 167-187. Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/DOI:10.5771/9783845200873-166>
- Braun, Daniela, und Eva-Maria Trüdinger. 2023. Communal and Exchange-Based Trust in Germany Thirty Years After Reunification: Convergence or Still an East–West Divide? *German Politics* 32:43–62. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2054989>
- Campbell, Ross. 2011. Socialist Values and Political Participation in Germany: A Barrier to 'Inner Unity'? *West European Politics* 34:362–383. <https://doi.org/10.1080/01402382.2011.546580>
- Campbell, Ross. 2012. Values, Trust and Democracy in Germany: Still in Search of 'Inner Unity'? *European Journal of Political Research* 51:646–670. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2011.02051.x>
- Campbell, Ross. 2015. Political Culture and the Legacy of Socialism in Unified Germany. *German Politics* 24:271–291. <https://doi.org/10.1080/09644008.2015.1021793>
- Campbell, Ross. 2020. How critical are Germans of democracy? The pattern and origins of constitutional support in Germany. *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 28:113–133. <https://doi.org/10.1080/25739638.2020.1833562>
- Cavalli, Alessandro. 2004. Generations and Value Orientations. *Social Compass* 51:155–168. <https://doi.org/10.1177/0037768604043003>
- Claassen, Christopher. 2020a. Does Public Support Help Democracy Survive? *American Journal of Political Science* 64:118–134. <https://doi.org/10.1111/ajps.12452>

- 1
2 Claassen, Christopher. 2020b. In the Mood for Democracy? Democratic Support as
3 Thermostatic Opinion. *American Political Science Review* 114:36–53.
4 <https://doi.org/10.1017/S0003055419000558>
- 5 Dalton, Russell J. 1994. Communists and Democrats: Democratic Attitudes in the Two
6 Germanies. *British Journal of Political Science* 24:469–493. [https://doi.org/10.1017/
7 S0007123400006967](https://doi.org/10.1017/S0007123400006967)
- 8 Davidov, Eldad, und Pascal Siegers. 2010. Comparing Basic Human Values in East and West
9 Germany. In: *Komparative empirische Sozialforschung*, Hrsg. Tilo Beckers u. a., 43-64.
10 Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/
11 978-3-531-92472-4_2](https://doi.org/10.1007/978-3-531-92472-4_2)
- 12 Diamond, Larry. 1999. *Developing Democracy. Toward Consolidation*. Baltimore: JHU Press.
- 13 Diamond, Larry. 2021. Democratic regression in comparative perspective: scope, methods,
14 and causes. *Democratization*, 28:22–42. <https://doi.org/10.1080/13510347.2020.1807517>
- 15 Easton, David. 1965. *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- 16 Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of*
17 *Political Science* 5:435–457. <https://doi.org/10.1017/S0007123400008309>
- 18 Fernández Guzmán Grassi, Eva, Martín Portos, und Andrea Felicetti. 2024. Young People’s
19 Attitudes towards Democracy and Political Participation: Evidence from a Cross-
20 European Study. *Government and Opposition* 59:582–604.
21 <https://doi.org/10.1017/gov.2023.16>
- 22 Finkel, Steven E., Stan Humphries, und Karl-Dieter Opp. 2001. Socialist Values and the
23 Development of Democratic Support in the Former East Germany. *International Political*
24 *Science Review* 22:339–361. <https://doi.org/10.1177/0192512101022004004>
- 25 Foa, Roberto Stefan, und Yascha Mounk. 2016. The Danger of Deconsolidation: The
26 Democratic Disconnect. *Journal of Democracy* 27:5–17.
27 <https://doi.org/10.1353/jod.2016.0049>
- 28 Foa, Roberto Stefan, und Yascha Mounk. 2017. The Signs of Deconsolidation. *Journal of*
29 *Democracy* 28:5–15. <https://doi.org/10.1353/jod.2017.0000>
- 30 Fuchs, Dieter. 1989. *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik*
31 *Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- 32 Fuchs, Dieter. 1997. Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur
33 Demokratie im vereinigten Deutschland In *Politische Orientierungen und*
34 *Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Hrsg. Oscar W. Gabriel, 81-113. Opladen:
35 Leske + Budrich. https://doi.org/10.1007/978-3-322-95869-3_4

- 1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
- Fuchs, Dieter. 1999. The Democratic Culture of Unified Germany. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Hrsg. Pippa Norris, 123-145. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/0198295685.003.0006>
- Fuchs, Dieter. 2002. Das Konzept der politischen Kultur. Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht. In *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann*, Hrsg. Dieter Fuchs, Edeltraud Roller und Bernhard Weßels, 27-49. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-322-89596-7_2
- Fuchs, Dieter, und Edeltraud Roller. 2006. Learned Democracy? Support of Democracy in Central and Eastern Europe. *International Journal of Sociology* 36:70–96. <https://doi.org/10.2753/IJS0020-7659360303>
- Fuchs, Dieter, Edeltraud Roller, und Bernhard Weßels. 1997. Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B51/97:3–12.
- Fuchs-Schündeln, Nicola, und Matthias Schündeln. 2015. On the endogeneity of political preferences: Evidence from individual experience with democracy. *Science* 347:1145–1148. <https://doi.org/10.1126/science.aaa0880>
- Gabriel, Oscar W. 1999. Demokratie in der Vereinigungskrise? Struktur, Entwicklung und Bestimmungsfaktoren der Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 9:827–861.
- Gabriel, Oscar. W. 2000. Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. In *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Hrsg. Jürgen Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger, 41-77. Opladen: Leske + Budrich. https://doi.org/doi.org/10.1007/978-3-663-05704-8_2
- Glenn, Norval D. 1976. Cohort Analysts' Futile Quest: Statistical Attempts to Separate Age, Period and Cohort Effects. *American Sociological Review* 41:900–904. <https://doi.org/10.2307/2094738>.
- Healy, Andrew, und Neil Malhotra. 2013. Childhood Socialization and Political Attitudes: Evidence from a Natural Experiment. *Journal of Politics* 75:1023–1037. <https://doi.org/10.1017/S0022381613000996>
- Hebenstreit, Jörg, und Marion Reiser. 2023. Politische Unterstützung im Dauerstresstest – Einstellungen zur Demokratie in Thüringen seit der Jahrtausendwende. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33:737–762. <https://doi.org/10.1007/s41358-023-00361-7>

- 1
2 Hyman, Herbert A. 1959. *Political Sozialisation. A Study in the Psychology of Political*
3 *Behavior*. Glencoe: The Free Press.
- 4 Inglehart, Ronald. 1971. The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-
5 Industrial Societies. *American Political Science Review* 65:991–1017.
6 <https://doi.org/10.2307/1953494>
- 7
8
9 Inglehart, Ronald, und Christian Welzel. 2005. *Modernization, Cultural Change, and*
10 *Democracy. The Human Development Sequence*. Cambridge: Cambridge University
11 Press.
- 12
13
14 Inglehart, Ronald, und Christian Welzel. 2009. How Development Leads to Democracy: What
15 We Know About Modernization. *Foreign Affairs* 88:33–48.
- 16
17
18 Jennings, M. Kent. 1989. The Crystallization of Orientations. In *Continuities in Political*
19 *Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*,
20 Hrsg. M. Kent Jennings und Jan W. van Deth, 313–348. New York: Walter de Gruyter.
- 21
22
23 Jennings, M. Kent und Richard G. Niemi. 1981. *Generations and Politics. A Panel Study of*
24 *Young Adults and Their Parents*. Princeton: Princeton University Press.
- 25
26
27 Kötzing, Andreas. 2024. Vom “Wir“ zum “Ich“. Plädoyer für ein Ende pauschaler
28 Ostdeutschland-Debatten. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 74/33-35:4–8.
- 29
30
31 Krawietz, Marian. 2012. *Generation Transformation. Einstellungen zu Freiheit und*
32 *Gleichheit in Polen, Tschechien und Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für
33 Sozialwissenschaften.
- 34
35
36 Kriesi, Hanspeter. 2020. Is There a Crisis of Democracy in Europe? *Politische*
37 *Vierteljahresschrift* 61:237–260. <https://doi.org/10.1007/s11615-020-00231-9>
- 38
39
40 Kubiak, Daniel. 2021. Die Nachwendegeneration - zwischen ambivalenter Solidarität mit den
41 Eltern, Abwertungserfahrungen und „Othering“-Prozessen. In *(Ost)Deutschlands Weg. 35*
42 *weitere Studien, Prognosen & Interviews Teil II - Gegenwart und Zukunft*, Hrsg. Ilko-
43 Sascha Kowalczyk, Frank Ebert und Holger Kulick, 81-92. Bonn: Bundeszentrale für
44 politische Bildung
- 45
46
47
48
49 Linde, Jonas, und Joakim Ekman. 2003. Satisfaction with democracy: A note on a frequently
50 used indicator in comparative politics. *European Journal of Political Research* 42:391–
51 408. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00089>
- 52
53
54
55 Linz, Juan J., und Alfred Stepan. 1996. *Problems of democratic transition and consolidation:*
56 *Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. Baltimore: JHU Press.
- 57
58
59
60
61
62
63
64
65

- 1
2 Lührmann, Anna. 2021. Disrupting The Autocratization Sequence: Towards Democratic
3 Resilience. *Democratization* 28:1017–1039.
4 <https://doi.org/10.1080/13510347.2021.1928080>
5
6 Mannheim, Karl. 1928. Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahreshefte zur*
7 *Soziologie* 7:157–185.
8
9 Mason, Karen Oppenheim, William M. Mason, H. H. Winsborough, und W. Kenneth Poole.
10 1973. Some Methodological Issues in Cohort Analysis of Archival Data. *American*
11 *Sociological Review* 38:242–258. <https://doi.org/10.2307/2094398>
12
13 Mau, Steffen. 2024a. Ausgebremste Demokratisierung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 74/33-
14 35:9–14.
15
16 Mau, Steffen. 2024b. *Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.
17
18 Mau, Steffen, Thomas Lux, und Julian Heide. 2024. Ost- und Westdeutsche für immer? Zu
19 Wahrnehmungen von Unterschieden und Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen.
20 *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 76:1–23.
21 <https://doi.org/10.1007/s11577-024-00949-z>
22
23 Mishler, William, und Richard Rose. 1996. Trajectories of Fear and Hope: Support for
24 Democracy in Post- Communist Europe. *Comparative Political Studies* 28:553–581.
25 <https://doi.org/10.1177/0010414096028004003>
26
27 Mishler, William, und Richard Rose. 2002. Learning and Re-learning Regime Support: The
28 Dynamics of Post-communist Regimes. *European Journal of Political Research* 41:5–36.
29 <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00002>
30
31 Mishler, William, und Richard Rose. 2007. Generation, Age, and Time: The Dynamics of
32 Political Learning during Russia’s Transformation. *American Journal of Political Science*
33 51:822–834. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2007.00283.x>
34
35 Neller, Katja. 2006. Getrennt vereint? Ost-West-Identitäten, Stereotypen und
36 Fremdheitsgefühle nach 15 Jahren deutscher Einheit. In *Sind wir ein Volk? Ost- und*
37 *Westdeutschland im Vergleich*, Hrsg. Jürgen W. Falter u. a., 13-36. München: C.H. Beck.
38
39 Neundorf, Anja. 2010. Democracy in Transition: A Micro Perspective on System Change in
40 Post- Socialist Societies. *Journal of Politics* 72:1096–1108. [https://doi.org/10.1017/](https://doi.org/10.1017/S0022381610000551)
41 [S0022381610000551](https://doi.org/10.1017/S0022381610000551)
42
43 Nichelmann, Johannes. 2021. Die Mauer nie gesehen und trotzdem Ossi - Nachwendekinder
44 und der schwierige Weg zur Einheit. In *(Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien,*
45 *Prognosen & Interviews Teil II - Gegenwart und Zukunft*. Hrsg. Ilko-Sascha Kowalczyk,
46 Frank Ebert und Holger Kulick, 27-39. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

- 1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
- Niedermayer, Oskar. 2009. Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40:383–397.
<https://doi.org/10.5771/0340-1758-2009-2-383/>
- Norris, Pippa. 1999. Introduction: Growth of Critical Citizens? In: *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*, Hrsg. Pippa Norris, 1-27. Oxford: Oxford University Press.
- Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2020. Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen? *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30:483–49.
<https://doi.org/10.1007/s41358-020-00230-7>
- Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2023. The Wall in the Mind - Revisited Stable Differences in the Political Cultures of Western and Eastern Germany. *German Politics* 32:20–42.
<https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2072488>
- Pop-Eleches, Grigore, und Joshua A. Tucker. 2014. Communist Socialization and Post-communist Economic and Political Attitudes. *Electoral Studies* 33:77–89.
<https://doi.org/http://dx.doi.org/10.1016/j.electstud.2013.06.008>
- Reiser, Marion, Jörg Hebenstreit, und Anne Küppers. 2023. Regionale politische Kulturen: Demokratische Einstellungen in den deutschen Bundesländern. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33:555–581. <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00364-y>
- Reiser, Marion, und Renate Reiter. 2023. A (New) East-West-Divide? Representative Democracy in Germany 30 Years after Unification. *German Politics* 32:1–19.
<https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2049598>
- Rippl, Susanne. 2008. Politische Sozialisation. In *Handbuch Sozialisationsforschung*, Hrsg. Klaus Hurrelmann, Matthias Gundmann und Sabine Walper, 443-457. Weinheim: Beltz.
- Rippl, S. 2024. Lange Linien? Politische Sozialisation und Ost-West-Unterschiede in der Präferenz für die AfD. In *40 Jahre ALLBUS - Die deutsche Gesellschaft im Wandel*, Hrsg. Oshrat Hochman, Adrian Stanciu und Andreas Hadjar, 179-200. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-44462-4_6
- Rogowski, Ronald. 1974. *Rational Legitimacy: A Theory of Political Support*. Princeton: Princeton University Press.
- Rohrschneider, Robert. 1999. *Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany*. Oxford: Oxford University Press.
- Rohrschneider, Robert, Rüdiger Schmitt-Beck, und Franziska Jung. 2013. Vereint, doch immer noch verschieden: ost- und westdeutsche Wähler bei der Bundestagswahl 2009 im

- 1 Vergleich. In *Wahlen und Wähler*, Hrsg. Bernhard Weßels, Harald Schoen und Oscar W.
2 Gabriel, 360-379. Wiesbaden: Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-01328-](https://doi.org/10.1007/978-3-658-01328-8_16)
3 [8_16](https://doi.org/10.1007/978-3-658-01328-8_16)
4
- 5 Roller, Edeltraud. 1994. Ideological Basis of the Market Economy: Attitudes Toward
6 Distribution Principles and the Role of Government in Western and Eastern Germany.
7 *European Sociological Review* 10:105–117.
8
- 9 Roller, Edeltraud. 2012. Wohlfahrtsstaatskulturen in Deutschland und Europa. In
10 *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008*,
11 Hrsg. Silke I. Keil und Jan W. van Deth, 329-361. Baden-Baden: Nomos.
12
- 13 Roller, Edeltraud. 2016. Sozialstaatsvorstellungen im Wandel? Stabilität, Anpassungsprozesse
14 und Anspruchszunahme zwischen 1976 und 2010. In *Bürger und Wähler im Wandel der*
15 *Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland*, Hrsg. Sigrid
16 Roßteutscher, Thorsten Faas und Ulrich Rosar, 209–248. Wiesbaden: Springer VS.
17
- 18 Roßteutscher, Sigrid, und Philipp Scherer. 2013. Links und rechts im politischen Raum: Eine
19 vergleichende Analyse der ideologischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. In
20 *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Bernhard
21 Weßels, Harald Schoen und Oscar W. Gabriel, 380–406. Wiesbaden: Springer VS.
22
- 23 Sack, Benjamin C. 2017. Regime Change and the Convergence of Democratic Value
24 Orientations Through Socialization. Evidence from Reunited Germany. *Democratization*
25 23:444– 462. <https://doi.org/https://doi.org/10.1080/13510347.2016.1220940>
26
- 27 Schröder, Martin. 2018. Der Generationenmythos. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und*
28 *Sozialpsychologie* 70:469–494. <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0570-6>
29
- 30 Schröder, Martin. 2019. Generationen gibt es, sie sind nur unsichtbar. *Kölner Zeitschrift für*
31 *Soziologie und Sozialpsychologie* 71:471–480. [https://doi.org/10.1007/s11577-019-](https://doi.org/10.1007/s11577-019-00634-6)
32 [00634-6](https://doi.org/10.1007/s11577-019-00634-6)
33
- 34 Sears, David O., und Carolyn L. Funk. 1999. Evidence of the Long-Term Persistence of
35 Adults' Political Predispositions. *Journal of Politics* 61:1–28.
36 <https://doi.org/10.2307/2647773>
37
- 38 Spittler, Marcus. 2020. Jugend und Legitimität. In *Legitimitätsprobleme: Zur Lage der*
39 *Demokratie in Deutschland*, Hrsg. Sascha Kneip, Wolfgang Merkel und Bernhard
40 Weßels, 79-97. Wiesbaden: Springer Fachmedien. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-](https://doi.org/10.1007/978-3-658-29558-5_4)
41 [29558-5_4](https://doi.org/10.1007/978-3-658-29558-5_4)
42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65

- 1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
- Stallbaum, Lea. 2024. Socialism's legacy: the impact of political socialization on citizens' conceptions of democracy. *Democratization* EV:1–23.
<https://doi.org/10.1080/13510347.2024.2392280>
- Van Ditmars, Mathilde M. 2023. Political socialization, political gender gaps and the intergenerational transmission of left-right ideology. *European Journal of Political Research* 62:3–24. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12517>
- van Deth, Jan W., Simone Abendschön, und Meike Vollmar. 2011. Children and Politics: An Empirical Reassessment of Early Political Socialization. *Political Psychology* 32:147–173.
<https://doi.org/10.1111/j.1467-9221.2010.00798.x>
- Völkl, Kerstin. (2005). Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland. In *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Hans Rattinger, 249-284. Baden-Baden: Nomos.
- Völkl, Kerstin. (2023). Sachsen-Anhalt im Fokus: Die Einstellungen der Bevölkerung Sachsen-Anhalts zur Demokratie und zu politischen Institutionen. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33:685–708. <https://doi.org/10.1007/s41358-023-00357-3>
- Weatherford, M. Stephen. 1991. Mapping the Ties That Bind: Legitimacy, Representation, and Alienation. *Western Political Quarterly* 44:251–276.
<https://doi.org/10.1177/106591299104400202>
- Welsch, Heinz. 2022. What Shapes Satisfaction with Democracy? Interests, Morals, and the German East-West Divide. *Social Indicators Research* 163:197–217.
<https://doi.org/10.1007/s11205-022-02893-x>
- Welzel, Christian. 2021. Democratic Horizons: what value change reveals about the future of democracy. *Democratization* 28:992–1016.
<https://doi.org/10.1080/13510347.2021.1883001>
- Welzel, Christian, Ronald Inglehart, und Hans-Dieter Klingemann. 2003. The Theory of Human Development: A Cross-Cultural Analysis. *European Journal of Political Research*, 42:341–379. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00086>
- Westle, Bettina. 1989. *Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. Baden-Baden: Nomos.
- Westle, Bettina. 2013. Kollektive Identität in Deutschland - Entwicklungen und Zwischenbilanz. In *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie*, Hrsg. Silke I. Keil und S. Isabell Thaidigsmann, 273-298. Wiesbaden: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-00875-8_15

- 1
2 Westle, Bettina. 2022. 30 Jahre deutsche Einheit: Orientierungen gegenüber der Demokratie
3 in Ost und West - nach wie vor geteiltes Land. In *Wahlen und politische Einstellungen in*
4 *Ost- und Westdeutschland: Persistenz, Konvergenz oder Divergenz?*, Hrsg. Martin Elff,
5 Kathrin Ackermann und Heiko Giebler, 1-53. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
6 https://doi.org/10.1007/978-3-658-35171-7_1
7
8
9 Westle, Bettina, und Oskar Niedermayer. 2009. Orientierungen gegenüber der Demokratie. In
10 *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*,
11 Hrsg. Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettine Westle, 11-29. Wiesbaden: VS
12 Verl. für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91661-3_1
13
14
15 Wuttke, Alexander, Konstantin Gavras, und Harald Schoen. 2020. Leader of the free world or
16 pioneer in democracy's decline? Examining the democratic deconsolidation hypothesis
17 on the mass level in East and West Germany. *Research & Politics* 7:1–10.
18 <https://doi.org/10.1177/2053168019900822>
19
20
21
22 Wuttke, Alexander, Konstantin Gavras, und Harald Schoen. 2022. Have Europeans Grown
23 Tired of Democracy? New Evidence from Eighteen Consolidated Democracies, 1981-
24 2018. *British Journal of Political Science* 52:416–428.
25 <https://doi.org/10.1017/S0007123420000149>
26
27
28
29
30 Wuttke, Alexander, Christian Schimpf und Harald Schoen. 2023. Populist Citizens in four
31 European Countries: Widespread Dissatisfaction goes with Contradictory but Pro-
32 democratic Regime Preferences. *Swiss Political Science Review* 29:246–257.
33 <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/spsr.12548>
34
35
36
37 Zelle, Carsten. 1998. Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen
38 Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. *Aus Politik und*
39 *Zeitgeschichte*, B41-42/98:24–36.
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

Titel und Bildunterschriften der Abbildungen

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

Abbildung 1: Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland 1998-2023

Ausgewiesen sind die gerundeten Mittelwerte der Demokratiezufriedenheit auf der standardisierten Skala von 0-100 für Befragte in Ost- und Westdeutschland und die zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle. Datenbasis: DFG-Wahlstudie 1998, 2002; ALLBUS 2008, 2018, 2023; European Social Survey 2012, 2021; World Values Survey 2006, 2013, 2017. Eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland 1998-2023 für spezifische Altersgruppen

Ausgewiesen sind die gerundeten Mittelwerte der Demokratiezufriedenheit auf der standardisierten Skala von 0-100 für Befragte in Ost- und Westdeutschland und die zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle für spezifische Altersgruppen. Datenbasis: DFG-Wahlstudie 1998, 2002; ALLBUS 2008, 2018, 2023; European Social Survey 2012, 2021; World Values Survey 2006, 2013, 2017. Eigene Berechnungen.

Abbildung 3: Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland 1998-2023, Kohortenvergleich der Mittelwerte für 10 Befragungszeitpunkte

Ausgewiesen sind die gerundeten Mittelwerte der Demokratiezufriedenheit auf der standardisierten Skala von 0-100 für Befragte in Ost- und Westdeutschland und die zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle für spezifische Kohorten. Datenbasis: DFG-Wahlstudie 1998, 2002; ALLBUS 2008, 2018, 2023; European Social Survey 2012, 2021; World Values Survey 2006, 2013, 2017. Eigene Berechnungen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65

Abbildung 4: Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland 1998-2023,
Kohortenvergleich der Mittelwerte kumuliert für Survey-Programme

Ausgewiesen sind die gerundeten Mittelwerte der Demokratiezufriedenheit auf der standardisierten Skala von 0-100 für Befragte in Ost- und Westdeutschland und die zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle für spezifische Kohorten. Datenbasis: DFG-Wahlstudie 1998, 2002; ALLBUS 2008, 2018, 2023; European Social Survey 2012, 2021; World Values Survey 2006, 2013, 2017. Eigene Berechnungen.

Abbildung 5: Vorhergesagte Werte der Demokratieunterstützung auf Basis der Regressionsmodelle

Ausgewiesen sind die vorhergesagten, marginalen Werte sowie deren 95%-Konfidenzintervalle für die Demokratieunterstützung auf Basis der Modelle 7 und 8 aus Tabelle 3. Datenbasis: European Social Survey 2012, 2021; World Values Survey 2006, 2013, 2017. Eigene Berechnungen.

Tabelle 1: Zusammenfassung der Itemformulierungen zur Demokratieunterstützung, Antwortskalen und Survey-Daten mit Jahren

Itemformulierung	Antwortskala	Befragung, Jahr
Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?	11-stufige Skala von 0 „überhaupt nicht wichtig“ bis 10 („äußerst wichtig“); zusätzlich „weiß nicht“	European Social Survey, 2012, 2021
	10-stufige Skala von 1 („überhaupt nicht wichtig“) bis 10 („absolut wichtig“); zusätzlich „weiß nicht“	World Values Survey, 2006, 2013, 2017
Wie sehr sind Sie grundsätzlich für oder gegen die Idee der Demokratie?	6-stufige Skala mit den Antwortmöglichkeiten „Sehr für die Idee der Demokratie“, „Ziemlich für die Idee der Demokratie“, „Etwas für die Idee der Demokratie“, „Ziemlich gegen die Idee der Demokratie“ und „Sehr gegen die Idee der Demokratie“; zusätzlich „Kann ich nicht sagen“ und „keine Angabe“	ALLBUS, 2008 (ZA4602), 2018 (ZA5273), 2023 (ZA8831)
Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen?	6-stufige Skala von 1 („beste vorstellbare Staatsidee“) bis 6 („schlechteste vorstellbare Staatsidee“); zusätzlich „weiß nicht“ und „Antwort verweigert“	Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland, 1998 (ZA3066), 2002 (ZA3861)
	6-stufige Skala von 1 („schlechteste vorstellbare Staatsidee“) bis 6 („beste vorstellbare Staatsidee“); zusätzlich „keine Angabe“	GLS Langfrist- Online-Tracking, 2009 (ZA5336), 2010 (ZA5342), 2011 (ZA5346), 2013 (ZA5753), 2015 (ZA5729), 2017 (ZA6817)

Tabelle 2: Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland 1998-2023, Mittelwerte und Differenzen für 16 Befragungen

Jahr	West: Mittelwert (Fallzahl)	Ost: Mittelwert (Fallzahl)	Differenz	Survey
1998	87 (2133)	76 (1050)	11	DFG
2002	85 (2131)	71 (1013)	14	DFG
2006	91 (979)	88 (1067)	3	WVS
2008	91 (2325)	83 (1038)	7	ALLBUS
2009	74 (1005)	66 (102)	8	GLES
2010	77 (924)	66 (182)	10	GLES
2011	76 (999)	68 (119)	8	GLES
2012	92 (1943)	85 (1007)	7	ESS
2013	91 (1024)	85 (1006)	6	WVS
2013	81 (2133)	74 (264)	7	GLES
2015	82 (818)	76 (197)	6	GLES
2017	95 (1270)	91 (250)	4	WVS
2017	87 (866)	80 (196)	7	GLES
2018	92 (2354)	88 (1078)	4	ALLBUS
2021	93 (7240)	88 (1383)	5	ESS
2023	91 (2421)	88 (1159)	3	ALLBUS

Ausgewiesen sind die gerundeten Mittelwerte der Demokratiezufriedenheit auf der standardisierten Skala von 0-100 für Befragte in Ost- und Westdeutschland, sowie die jeweilige Differenz innerhalb des Befragungsjahres. Datenbasis: DFG-Wahlstudie 1998, 2002; ALLBUS 2008, 2018, 2023; GLES 2009, 2010, 2011, 2013, 2015, 2017; European Social Survey 2012, 2021; World Values Survey 2006, 2013, 2017. Eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland 1998-2023,
Regressionsergebnisse

	Demokratieunterstützung							
	Alle Indikatoren				6-stufig		11-stufig	
	1: Ost	2: West	3: Ost	4: West	5: Ost	6: West	7: Ost	8: West
Vor 1939	-1.15	-1.20**	-0.34	-0.53	-1.12	-0.93	0.23	-1.81**
1955-1969	-0.61	0.54	-0.26	1.05**	0.21	1.29**	-0.46	0.85
1970-1984	-0.83	-0.54	-0.65	0.16	0.12	-0.25	-0.43	0.06
1985-1997	-0.76	1.93*	-0.72	2.26**	-0.05	1.77	0.24	-0.47
Nach 1997	2.53	5.22***	3.58	5.86***	2.13	5.00**	8.87**	0.43
Befragungsjahr	0.51***	0.29***	0.40***	0.19***	0.39***	0.03	0.02	0.22***
Alter	0.14	0.30***	0.16*	0.30***	0.06	0.26***	0.39**	0.07
Alter (quadriert)	-0.00	-0.00***	-0.00	-0.00***	0.00	-0.00	-0.00**	-0.00
Demokratiezufriedenheit			0.20***	0.21***	0.19***	0.22***	0.18***	0.17***
Zufriedenheit mit wirtschaftl. Sit.			0.03***	0.04***	0.07***	0.08***	0.01	0.01
Politisches Interesse			0.11***	0.09***	0.12***	0.09***	0.10***	0.08***
Geschlecht			-0.34	1.06***	-1.01**	0.56*	0.27	1.57***
Schulabschluss			1.96***	2.24***	2.06***	2.23***	1.97***	1.67***
Konstante	-957.7***	-506.3***	-751.9***	-326.5***	-732.1***	-17.00	4.82	-382.1***
Observations	11033	28916	10500	27040	6049	15638	4451	11402
R ²	0.05	0.04	0.16	0.19	0.18	0.19	0.11	0.15
Korr. R ²	0.05	0.04	0.16	0.19	0.18	0.19	0.11	0.15

OLS-Regressionen, unstandardisierte Koeffizienten, robuste Standardfehler (nicht ausgewiesen),
Signifikanzniveaus: * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001 Datenbasis: DFG-Wahlstudie 1998, 2002; ALLBUS
2008, 2018, 2023; GLES 2009, 2010, 2011, 2013, 2015, 2017; European Social Survey 2012, 2021; World
Values Survey 2006, 2013, 2017. Eigene Berechnungen.

Abbildung 1

[Click here to access/download;Figure;Abb1.eps](#)

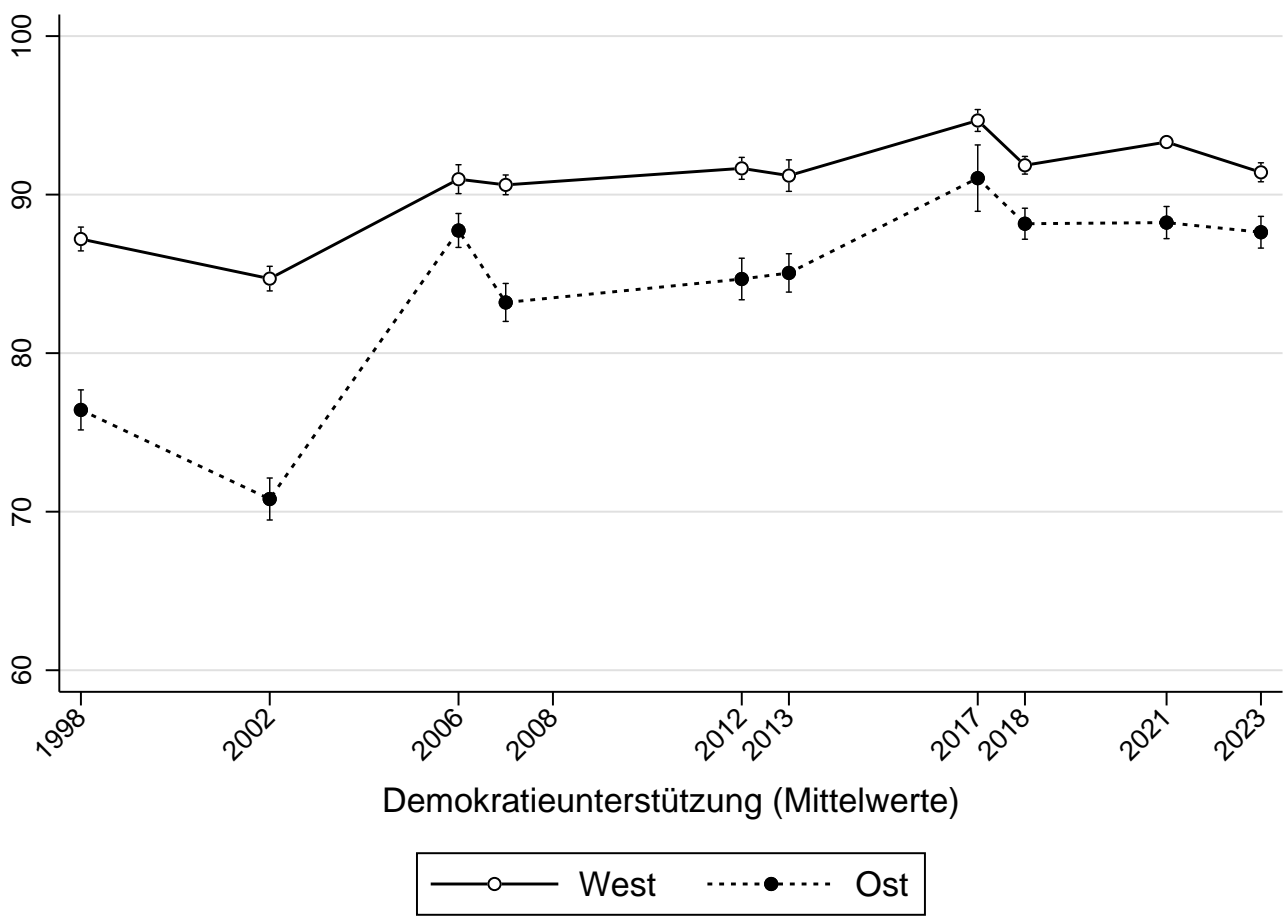


Abbildung 2

[Click here to access/download;Figure;Abb2.eps](#)

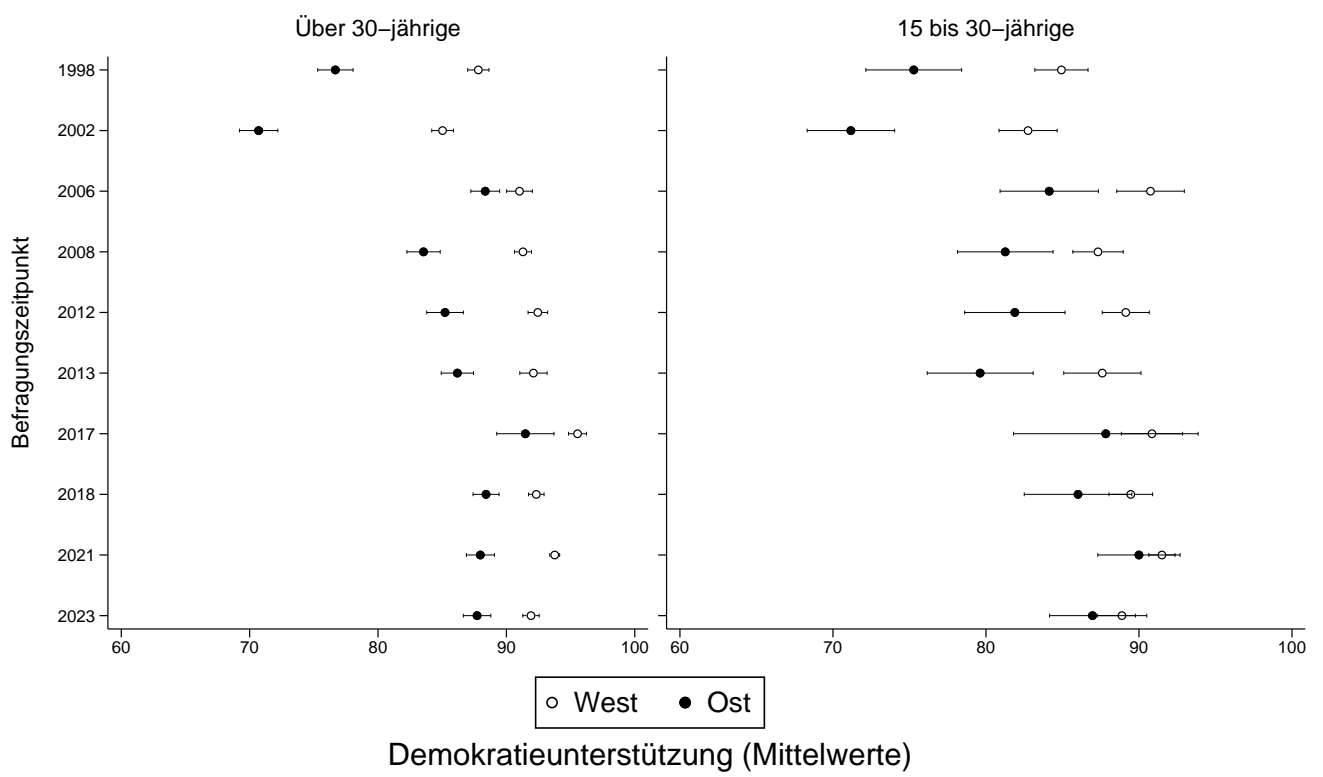


Abbildung 3

[Click here to access/download;Figure;Abb3.eps](#)

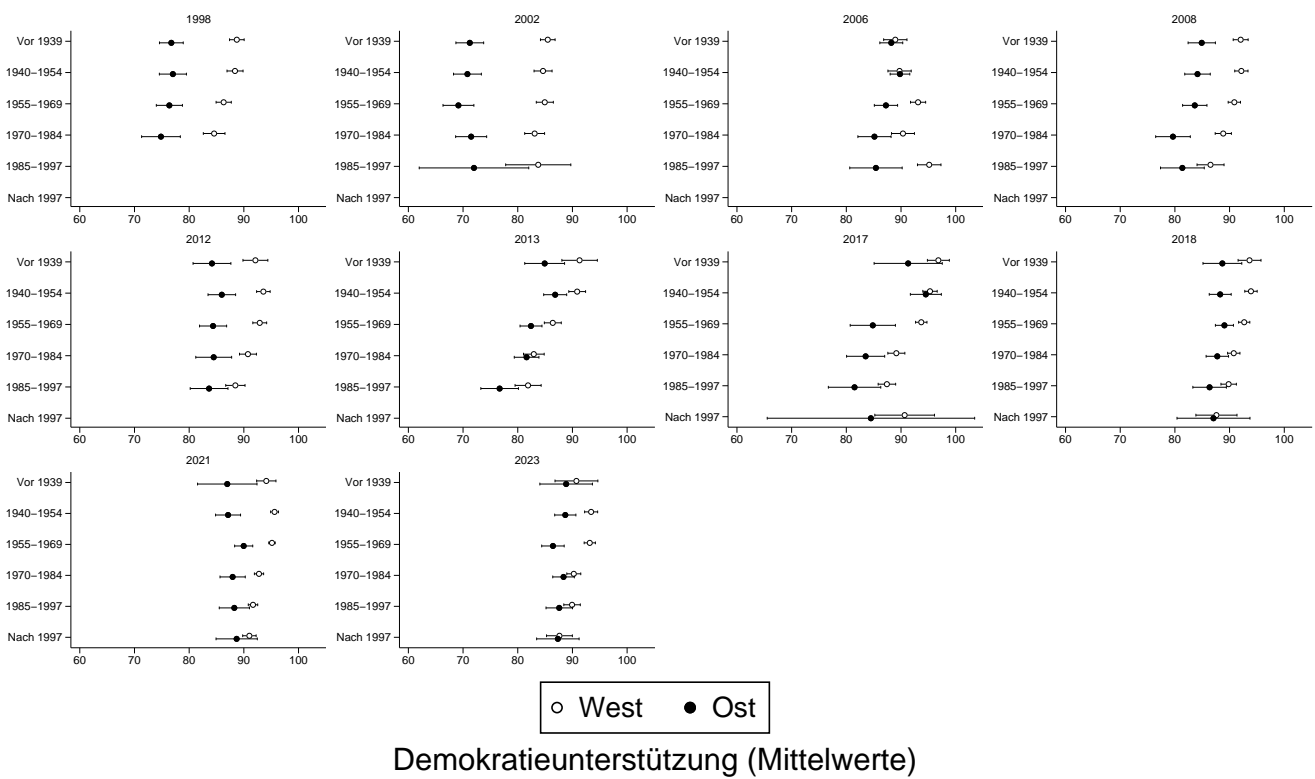


Abbildung 4

[Click here to access/download;Figure;Abb4.eps](#)

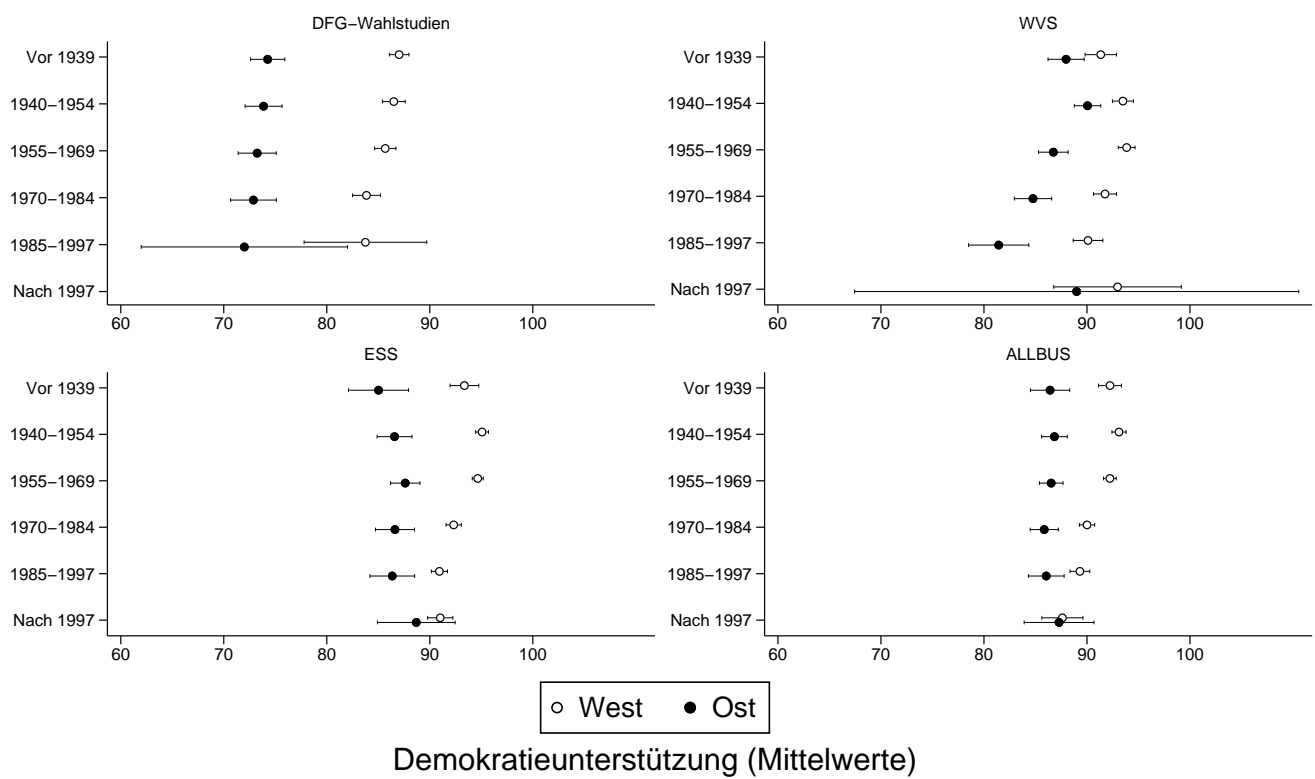
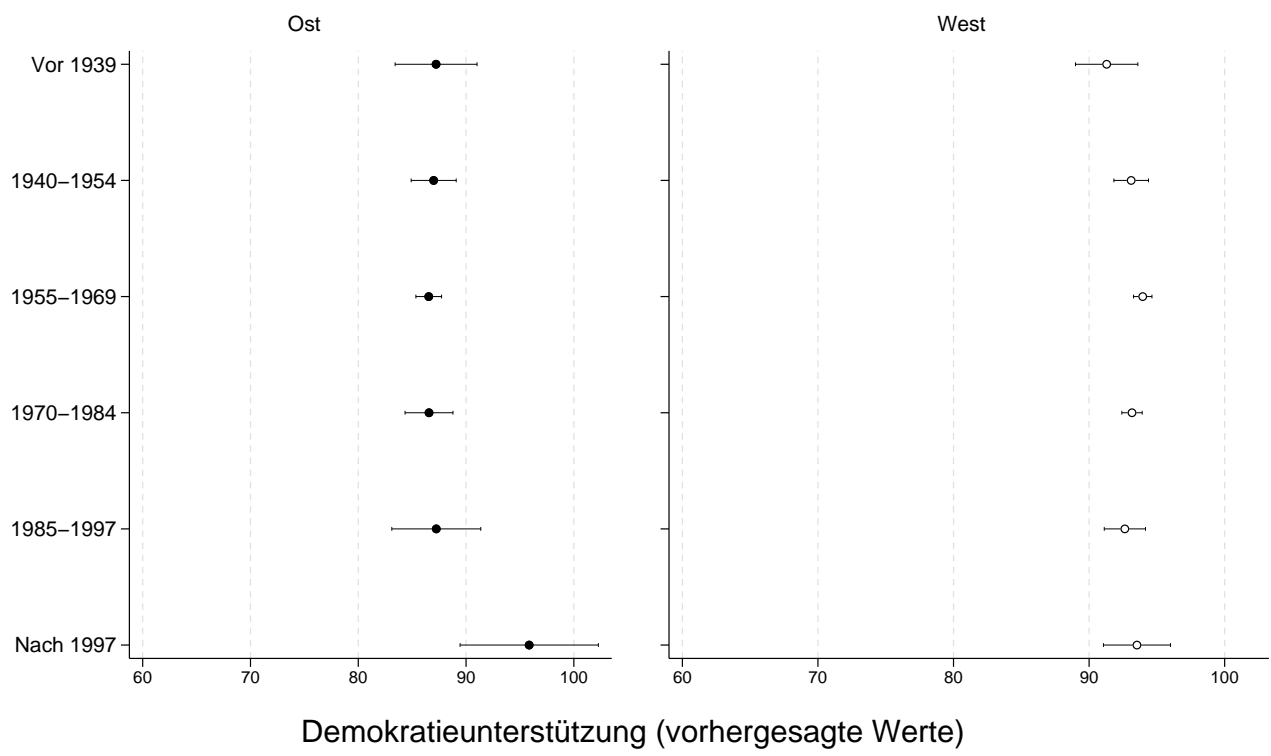


Abbildung 5

[Click here to access/download;Figure;Abb5.eps](#)



Es wächst zusammen. Die Entwicklung der Demokratieunterstützung in Ost- und Westdeutschland von 1998-2023.

Benjamin C. Sack, M.A.

ORCID: 0009-0007-8854-6233 - <https://orcid.org/0009-0007-8854-6233>

RPTU Kaiserslautern-Landau
Fachbereich Erziehungswissenschaften
Institut für Betriebspädagogik
Leitung: Prof. Dr. Jendrik Petersen
Bürgerstr. 23, 76829 Landau in der Pfalz
Tel.: +49 6341 280 32436
E-Mail: benjamin.sack@rptu.de

Dokument-Statistik:

Abstract Deutsch: 224 Wörter - 1733 Zeichen inkl. Leerzeichen

Abstract Englisch: 218 Wörter - 1503 Zeichen inkl. Leerzeichen

Haupttext inkl. Fußnoten, Tabellen, Abbildungen (ohne Literaturverzeichnis):
7641 Wörter – 57698 Zeichen inkl. Leerzeichen

A.3. Studie 2: Sack 2017b

Aus rechtlichen Gründen ist es nicht möglich, den Artikel von Studie 2 in dieser Dissertation abzudrucken. Sie können bei Interesse den Artikel hier finden:

Sack, B. C. (2017). Regime Change and the Convergence of Democratic Value Orientations Through Socialization. Evidence from Reunited Germany. *Democratization*, 24(3), 444–462. <https://doi.org/https://doi.org/10.1080/13510347.2016.1220940>

A.4. Studie 3: Sack 2017a

Gewinnen, Verlieren und lokale Betroffenheit bei Volksabstimmungen: Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit im zeitlichen und räumlichen Vergleich

Benjamin C. Sack

Abstract: Previous studies show that direct democracy would enhance satisfaction with democracy. Deeper investigations of this relationship are rare, though. Especially questions regarding the individual participation, or the winning and losing of a referendum, as well as the local concern of its result and questions with respect to long-term stability of these effects remain unanswered. In this paper, I close this research gap. Doing so, I analyze pooled cross sectional data from 2011 to 2014 which was gathered in the context of a referendum in the German city Stuttgart. The results show a positive impact on satisfaction with democracy of both, the attendance and the winning of the referendum. These effects are reinforced by a rising local concern. None of the effects show long-term stability.

Keywords: Direct democracy, satisfaction with democracy, winners and losers, local concern, Stuttgart 21

Schlagworte: Direkte Demokratie, Demokratiezufriedenheit, Gewinnen und Verlieren, lokale Betroffenheit, Stuttgart 21

1. Einleitung¹

Seit Jahrzehnten prägen abnehmende Wahlbeteiligung, politische Entfremdung, steigendes Misstrauen gegenüber Politikern und Parteien sowie eine sinkende Zufriedenheit mit der Demokratie den politischen Prozess auf der Input-Seite (Finifter 1970; Nachmias 1974; Norris 1999, 2011). Daneben, und teilweise in diesen negativen Entwicklungen begründet, steigt die Nutzungsrate unkonventioneller, non-elektoraler politischer Partizipation (Barnes et al. 1979; Dalton 2004; Kaase 2011). Zu dieser Steigerung gehören auch die Forderung nach direktdemokratischen Entscheidungsverfahren und deren Etablierung (Scarrow 2003). Dabei wird sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der politischen Theorie sowie der empirischen Einstellungs- und Partizipationsforschung angenommen, dass mehr direkte Demokratie zu einer höheren politischen Unterstützung führt. Argumentiert wird hierbei, dass durch mehr Mitsprache und Integration der Entfrem-

1 Für die vielen konstruktiven Hinweise und hilfreichen Anmerkungen danke ich vor allem den beiden anonymen GutachterInnen der PVS sowie Simon R. Bauer, Thorsten Faas, Corinna Kröber, Nils D. Steiner, Sven Vollnhals und den TeilnehmerInnen der Jahrestagung des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ der DVPW am 11. und 12. Juni 2015 in Düsseldorf. Die Daten, die im Rahmen des Aufsatzes ausgewertet wurden, stammen aus einem Projekt, das durch das Staatsministerium Baden-Württemberg finanziert und unter Leitung von Prof. Dr. Thorsten Faas und Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) durchgeführt wurde.

dungsprozess gestoppt und umgekehrt werden könne, womit letztlich die Unterstützung des politischen Systems und seiner Akteure gestärkt werde.

Die Auswirkungen der Teilnahme an direktdemokratischen Entscheidungsprozessen auf einzelne Dimensionen politischer Unterstützung sind deshalb seit jüngster Zeit ein relevanter Forschungsgegenstand. So wurde untersucht, ob die Möglichkeit direkter Beteiligung und deren Nutzung dazu führen, dass politische Unzufriedenheit abgebaut wird (Bernauer u. Vatter 2012; Bühlmann 2007; Olken 2010; Stadelmann-Steffen u. Vatter 2012), dass politisches Vertrauen erhöht wird (Bauer u. Fatke 2014; Citrin 1996; Dyck 2009) oder ob beides geschieht (Hug 2005). Aufgrund der jungen Tradition fällt der Forschungsstand heterogen aus: Es finden sich teils eindeutige, aber auch widersprüchliche Ergebnisse sowie Nullbefunde. Zwar weist die Mehrzahl der Ergebnisse in die von den Befürwortern direkter Demokratie postulierte Richtung. Jedoch fehlen Untersuchungen, die differenziert nach den einzelnen Faktoren fragen, welche dem positiven Einfluss direkter Demokratie auf politische Unterstützung zugrunde liegen. Welche Rolle spielen etwa der Gewinn oder der Verlust einer Abstimmung sowie die lokale Betroffenheit durch deren Ergebnis? Auch ob der Einfluss direkter Demokratie auf einzelne Aspekte politischer Unterstützung zeitlich stabil ist, ist ungeklärt. Handelt es sich um dauerhafte Effekte, die die politische Unterstützung nachhaltig erhöhen, oder sinkt die Unterstützung nach der Beteiligung an einem direktdemokratischen Verfahren zurück auf das Ursprungsniveau? Über diese Fragen hinaus wurde in bisherigen Untersuchungen nicht die direkte, individuelle Teilnahme an einem Referendum als erklärende Variable herangezogen, was naheliegend wäre, sondern ausschließlich auf den Grad an rechtlichen Möglichkeiten oder die Nutzungsrate auf der Makroebene zurückgegriffen. Des Weiteren werden in den meisten Fällen Länder untersucht, die bereits umfassende direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten besitzen (vor allem die Schweiz und der US-Bundesstaat Kalifornien). Für Länder, in denen solche Mechanismen als Reaktion auf die steigende politische Unzufriedenheit kürzlich eingeführt wurden oder vermehrt genutzt werden, fehlen Untersuchungen dieser Art. Vor dem Hintergrund abnehmender politischer Unterstützung in allen westlichen Demokratien und den damit geforderten Reformen hin zu mehr direkter Demokratie sollten jedoch vor allem die Auswirkungen direkter Beteiligung in Gesellschaften ohne direktdemokratische Tradition in den Fokus gerückt und untersucht werden.

Durch die Untersuchung der Einflüsse von Gewinn und Verlust einer Abstimmung einerseits und der lokalen Betroffenheit sowie der zeitlichen Stabilität dieser Effekte andererseits, sollen die genannten Forschungslücken durch diesen Betrag geschlossen werden. Als zentraler Aspekt politischer Unterstützung wird dabei die Demokratiezufriedenheit als abhängige Variable betrachtet. In Einklang mit bisherigen Untersuchungen argumentiere ich zunächst, dass direkte Beteiligung einen positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit ausübt. Des Weiteren sollte sich der Gewinn einer Abstimmung positiv auf die Demokratiezufriedenheit auswirken. Dieser Einfluss wiederum sollte durch die lokale Betroffenheit durch das Ergebnis der Abstimmung zusätzlich verstärkt werden, da hierdurch der Gewinn der eigenen Position an Bedeutung gewinnt und die Kosten einer Niederlage steigen. Im Hinblick auf Erwartungen zur zeitlichen Stabilität dieser Effekte kann in

beide Richtungen argumentiert und einerseits eine langfristige Beständigkeit, andererseits eine Abschwächung angenommen werden.

Durch die Auswertung von Daten, die im Rahmen des Projekts „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“ erhoben wurden, werden diese Hypothesen empirisch überprüft. Charakteristisch für die Debatte um den Umbau des Stuttgarter Bahnhofs und des damit verbundenen Infrastrukturprojekts ‚Stuttgart 21‘ ist das gleichzeitige Auftreten von politischer Unzufriedenheit und der Forderung nach mehr direkter Beteiligung (Thaa 2013, S. 5-7). Die endgültige Entscheidung über den Umbau des Bahnhofs wurde nach teils sehr heftigen und lang andauernden Protesten zunächst innerhalb eines Schlichtungsverfahrens und abschließend in einer Volksabstimmung getroffen, die am 27.11.2011 stattfand (Gabriel et al. 2014). Zur Beantwortung der oben aufgeworfenen Forschungsfragen werden gepoolte Querschnittsdaten aus insgesamt fünf Befragungswellen – eine vor und vier nach der Volksabstimmung – deskriptiv und unter Kontrolle von Drittvariablen regressionsanalytisch untersucht. Zusätzlich werden mit Stichproben der Stuttgarter Bevölkerung einerseits und Stichproben der Bevölkerung Baden-Württembergs andererseits Gruppen verglichen, die sich in der lokalen Betroffenheit der Baumaßnahme unterscheiden.

Die Analyse zeigt, dass sowohl die Teilnahme als auch der Gewinn einer Abstimmung einen positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit aufweisen, allerdings in Abhängigkeit von der lokalen Betroffenheit. Dabei wird vor allem der Effekt des Gewinns durch die lokale Betroffenheit verstärkt. Als zeitlich stabil erweist sich weder der positive Einfluss der Teilnahme noch der des Gewinns. Vielmehr nähern sich Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer sowie Gewinner und Verlierer der Volksabstimmung im Zeitverlauf hinsichtlich des Niveaus der Demokratiezufriedenheit wieder einander an. Die Ergebnisse lassen somit vermuten, dass einmalig durchgeführte direkte Abstimmungen keinen langfristigen positiven Einfluss auf die politische Unterstützung ausüben.

2. Direkte Demokratie und Demokratiezufriedenheit: Theoretisches Konzept, Forschungsstand und Hypothesen

In den vergangenen Jahrzehnten wurden mehrfach Befunde vorgelegt, die eine Abnahme politischer Unterstützung in den westlichen Demokratien bescheinigen (Dalton 2004; Norris 1999). Einer der am häufigsten genannten Vorschläge zur Revitalisierung dieser gesunkenen politischen Unterstützung ist die stärkere Einbeziehung der Bevölkerung in politische Entscheidungen, etwa durch mehr Mitsprachemöglichkeiten oder den Ausbau direktdemokratischer Beteiligungsverfahren (Barber 1984; Fishkin 1995; Pateman 1970). Politische Unterstützung wird hierbei als mehrdimensionales Konzept verstanden, innerhalb dessen traditionell nach Easton (1965, 1975) zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung unterschieden werden kann. In dieser klassischen Terminologie ist die diffuse Unterstützung für die Stabilität eines politischen Systems die relevantere, da sich diese nur langsam verändert und eine generalisierte Form von Unterstützung des Regimes darstellt. Entsprechend ist die spezifische Unterstützung abhängig von den Outputs

des Systems, bezieht sich vor allem auf die Autoritäten und ist somit kurzfristiger Natur, da sich Outputs ebenso schnell verändern können (Easton 1965, S. 273).

Einer der am häufigsten verwendeten Indikatoren zur Messung politischer Unterstützung stellt die Demokratiezufriedenheit dar. Gleichwohl ist nicht eindeutig geklärt auf welcher Ebene politischer Unterstützung dieser Indikator einzuordnen ist (Canache et al. 2001; Linde u. Ekman 2003). Zum einen wird häufig postuliert, dass hierdurch die Unterstützung des Regimes und insbesondere dessen Struktur ausgedrückt werden, zum anderen wird argumentiert, dass darunter die Bewertung der Performanz und der Outputs zu verstehen sind. In Anlehnung an Norris (1999, S. 11) kann der Indikator als Zufriedenheit mit der Performanz des Regimes, seinen Outputs und damit den Ergebnissen des politischen Prozesses in der Mitte des Kontinuums zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung eingeordnet werden.

In bisherigen Untersuchungen wird häufig ein positiver Einfluss direktdemokratischer Beteiligungsverfahren, sowohl ihrer Existenz als auch der Frequenz ihrer Nutzung, auf die Demokratiezufriedenheit unterstellt. Maßgeblich hierfür sind zwei theoretische Argumente. So wird betont, dass direkte Beteiligungsmöglichkeiten als zusätzliches Kontrollinstrument wirken können und die Dialogmöglichkeiten zwischen Bevölkerung und Regierenden erweitert werden (Bühlmann 2007; Stadelmann-Steffen u. Vatter 2012). Zusätzlich wird davon ausgegangen, dass eine größere Fairness durch einen breiteren Zugang zum Entscheidungsraum erreicht wird, wodurch sich die Inklusion erhöht. Zudem steigert ein pluralistischer Interessenausgleich die Wahrnehmung, dass eigene Ziele bei verschiedenen Initiativen unterstützt werden können – selbst bei grundsätzlich verschiedener Interessenlage (Bühlmann 2007, S. 224-226).

In Zusammenhang mit diesem Kontrollargument wird zusätzlich über die Interessenlage des Medianwählers argumentiert: Da Politikerinnen und Politiker durch die stärkere Kontrolle gezwungen sind Maßnahmen umzusetzen, die sich stärker an den Interessen des Medianwählers orientieren, nähern sich durch direkte Partizipationsmöglichkeiten *policy outcomes* im Durchschnitt an dessen Wünsche und Bedürfnisse an (Hug 2004; Hug 2005, S. 478; Stadelmann-Steffen u. Vatter 2012, S. 538; Bernauer u. Vatter 2012, S. 441-443). Dieser positive Einfluss direktdemokratischer Beteiligung auf die Demokratiezufriedenheit zeigt sich zum Teil in Ergebnissen bisheriger Untersuchungen. Sowohl vergleichende Arbeiten (Bernauer u. Vatter 2012) wie auch Fallstudien (Hug 2005; Stadelmann-Steffen u. Vatter 2012; Olken 2010) berichten positive Auswirkungen der rechtlichen Verankerung direkter Demokratie und ihrer Nutzungsrate auf die Demokratiezufriedenheit. Daneben gibt es Untersuchungen, die diesen Einfluss nicht bestätigen können (Bühlmann 2007).² Aus den theoretischen Überlegungen und dem bisherigen Forschungsstand lässt sich somit eine erste Hypothese ableiten:

2 Auch verwandte Indikatoren zur Messung politischer Unterstützung waren Gegenstand vergangener Untersuchungen. So wurde wiederholt gezeigt, dass sich direkte Demokratie beispielsweise positiv auf die wahrgenommene Responsivität des politischen Systems (*external efficacy*) auswirkt (Bowler u. Donovan 2002; Smith u. Tolbert 2004). Effekte auf das politische Vertrauen konnten dagegen entweder nicht nachgewiesen werden (Citrin 1996) oder es wurde gezeigt, dass die Beziehung zwischen beiden Variablen davon abhängig ist ob Beteiligungsmöglichkeiten oder die Nutzungsrate als erklärende Faktoren herangezogen werden (Bauer u. Fatke 2014).

Hypothese 1: Die Teilnahme an einem direktdemokratischen Beteiligungsverfahren führt zu einer höheren Zufriedenheit mit der Demokratie.

Ob der „Gewinn“ oder der „Verlust“ eines Referendums, also die Zugehörigkeit zur Mehrheit oder zur Minderheit der Abstimmenden, einen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hat, und wenn ja welchen, ist bisher ungeklärt. Aus Untersuchungen zum Einfluss des Gewinns oder Verlusts von Wahlen auf die Zufriedenheit mit der Demokratie lassen sich jedoch theoretische Annahmen ableiten, die für Überlegungen zum Effekt des Gewinns direkter Abstimmungsverfahren herangezogen werden können. So wurde argumentiert und empirisch bestätigt, dass Gewinner von Wahlen zufriedener mit der Demokratie sind, da diese stärker davon ausgehen können, dass die gewählten Repräsentanten und die Regierung in ihrem Interesse handeln. Die Interessen der Verlierer dagegen sind nicht in der Regierung vertreten und diese misstrauen daher den machthabenden Repräsentanten mehr (Anderson u. Guillory 1997; Blais u. Gélinau 2007). Die theoretische Argumentation lässt sich unmittelbar auf den Fall direkter Beteiligung übertragen: Da bei einem Gewinn die Alternative durchgesetzt wird, die man selbst bevorzugt – bei einer Niederlage dagegen das eigene Interesse nicht mehr berücksichtigt wird – sollte die Demokratiezufriedenheit bei Gewinn der Abstimmung steigen. Daraus lässt sich die zweite Hypothese ableiten:

Hypothese 2: Der Gewinn einer direkten Abstimmung führt zu einer höheren Zufriedenheit mit der Demokratie.

Ein Einflussfaktor, der die zuvor postulierten Effekte verstärken sollte – den der Teilnahme und den des Gewinns auf die Demokratiezufriedenheit – ist die lokale Betroffenheit durch eine Maßnahme, über die im Rahmen eines direktdemokratischen Verfahrens entschieden wird. Es ist anzunehmen, dass die räumliche Entfernung von dem Ort, an dem ein Infrastrukturprojekt umgesetzt werden soll und über das im Rahmen eines Referendums entschieden wird, die persönliche Betroffenheit der Umsetzung dieser politischen Entscheidung beeinflusst. Bei größerer Entfernung sinken die Kosten der Niederlage einer direkten Abstimmung über die Baumaßnahme (Vatter u. Heidelberger 2012, S. 321) und der Gewinn des Referendums ist damit ebenfalls von geringerer Bedeutung. Zusätzlich ist die emotionale Bindung an eine politische Entscheidung größer, wenn man direkt von deren Konsequenzen betroffen und lokal eingebunden ist. Auch Veränderungen, die sich durch Entscheidungen ergeben, sind für direkt Betroffene sichtbarer als für Bevölkerungsteile, die räumlich distanziert sind.

Empirische Untersuchungen zum Abstimmungsverhalten bei der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘ zeigen, dass die geographische Nähe und die damit verbundene Abwägung von Vor- und Nachteilen, also von Nutzen und Kosten, einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen das Bauprojekt hatten (Vatter u. Heidelberger 2013; Schäfer et al. 2012). So war die Ablehnung vor allem in den besonders betroffenen Stadtbezirken hoch. Die geographische Nähe spielte also im Abstimmungsverhalten eine wesentliche Rolle. Damit ist es auch plausibel anzunehmen, dass die lokale Betroffenheit einen Einfluss auf den Effekt der Teilnahme und auf das Interesse des Ausgangs einer direkten Abstimmung

ausübt. Zusammengenommen sollte also das Interesse am Ausgang einer Abstimmung mit einer zunehmenden lokalen Betroffenheit steigen. Mit einer abnehmenden lokalen Betroffenheit sollten das Interesse und somit die Relevanz zu den Gewinnern oder Verlieren zu gehören dagegen sinken. Somit ergeben sich zwei weitere Hypothesen:

Hypothese 3a: Wenn die lokale Betroffenheit niedrig ist, steigt der Einfluss der Teilnahme an einer direkten Abstimmung auf die Zufriedenheit mit der Demokratie.

Hypothese 3b: Wenn die lokale Betroffenheit hoch ist, steigt der Einfluss des Gewinns einer direkten Abstimmung auf die Zufriedenheit mit der Demokratie.

Wie der Einfluss von Gewinn und Niederlage sowie der lokalen Betroffenheit, wurde die Frage zur zeitlichen Perspektive dieser postulierten Effekte und somit zu deren Stabilität, bisher nicht untersucht. Aus diesem Grund kann weder auf vorhandene theoretische Überlegungen noch auf empirische Ergebnisse zur Hypothesengenerierung zurückgegriffen werden. Da bei allen bisher postulierten Hypothesen von einem positiven Einfluss ausgegangen wird, sollte auch für alle bisher betrachteten Effekte der jeweils gleiche zeitliche Effekt angenommen werden. Dabei kann bezüglich der langfristigen Stabilität grundsätzlich in zwei Richtungen argumentiert werden.

Es gibt einerseits theoretische Argumente, die dafür sprechen, dass die positiven Auswirkungen direkter Beteiligung auf die Demokratiezufriedenheit zeitlich stabil sein sollten. So bleibt das *policy outcome*, also die endgültige Entscheidung, unverändert, sofern nicht erneut darüber abgestimmt wird. Dies ist jedoch nicht anzunehmen, da eine direkte Abstimmung meist als letztes Instrument zur Entscheidungsfindung verwendet wird. Somit sollte das Gefühl zu den Gewinnern der Abstimmung zu gehören erhalten bleiben. Dies sollte vor allem dann der Fall sein, wenn die *policy*-Maßnahme umgesetzt wird, da die Umsetzung zeitlich nach der Abstimmung geschieht. Auch die neu erworbenen Dialogmöglichkeiten, die Wahrnehmung größerer Fairness und des zusätzlichen Kontrollinstruments sollten dazu führen, dass der Effekt auf die Demokratiezufriedenheit dauerhaft stabil bleibt. Dies ist das zugrundeliegende und zentrale Argument der Befürworter direkter Demokratie: Dass zusätzliche Dialogmöglichkeiten und der Einbezug der Bevölkerung zu einer steigenden politischen Unterstützung führen (Dalton et al. 2003). Aus diesen Überlegungen ergibt sich die folgende Hypothese:

Hypothese 4a: Der Einfluss der Teilnahme und des Gewinns einer direkten Abstimmung auf die Zufriedenheit mit der Demokratie sind zeitlich stabil.

Andererseits kann auch entgegengesetzt argumentiert werden. Denn ebenso plausibel ist die Annahme, dass mit dem Verschwinden der Aktualität der Maßnahme, über die abgestimmt wurde, auch die Wahrnehmung und die kognitive Verfügbarkeit dieses *issues* verschwindet. Dies sollte somit in der Bewertung der Demokratie an Gewicht verlieren. Es kann also von einem nachlassenden *priming*-Effekt ausgegangen werden (Zaller 1992). Dies sollte insbesondere der Fall sein, wenn nur eine einzelne direkte Abstimmung stattfindet und mehr direkte Demokratie

nicht die Folge einer grundlegenden institutionellen Veränderung des politischen Systems darstellt. Dies würde somit für einen „Strohfeuer-Effekt“ sprechen, der dazu führt, dass die Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit mit der Zeit wieder auf ihr Ursprungsniveau zurückgehen – sowohl zwischen Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern als auch zwischen Gewinnern und Verlierern. Somit lässt sich die letzte zu überprüfende Hypothese ableiten:

Hypothese 4b: Der Einfluss der Teilnahme und des Gewinns einer direkten Abstimmung auf die Zufriedenheit mit der Demokratie ist zeitlich nicht stabil.

3. Datenbasis, Operationalisierung und Forschungsdesign

Grundlage der empirischen Analyse sind Daten, die im Rahmen des Projekts „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“ gewonnen wurden, das anschließend an die „Wahlstudie Baden-Württemberg“ durchgeführt wurde. ‚Stuttgart 21‘ bezeichnet das Infrastrukturprojekt der Deutschen Bahn, das unter anderem den Umbau des Stuttgarter Bahnhofs zum Ziel hat. Gegen dieses Projekt regte sich von Beginn an Protest innerhalb der Stuttgarter Bevölkerung, der mit dem Baubeginn im Jahr 2010 stärkere Ausmaße annahm und im November 2010 in gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei mündete. Der Wahlkampf der darauffolgenden Landtagswahl vom März 2011 wurde durch diese Ereignisse, und vor allem durch das von SPD und Grünen unterstützte und geplante Referendum zur Abstimmung über den Umbau des Bahnhofs, stark beeinflusst und begleitet. Nach dem Gewinn der Landtagswahl durch Grüne und SPD und der anschließenden Regierungsbildung fand die geplante Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘ am 27. November 2011 statt und beendete den politischen Konflikt mit der Entscheidung den Bahnhof wie geplant umzubauen.³

Innerhalb der „Studie zur Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Legitimität politischer Entscheidungen anlässlich der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘“ wurden in mehreren Wellen Telefonbefragungen durchgeführt, bei denen in regelmäßigen Abständen vor und nach der Volksabstimmung zufallsbasierte Stichproben der wahlberechtigten Bevölkerung Baden-Württembergs und Stuttgarts in Form von Querschnitten befragt wurden. Die erste Befragung, auf die zurückgegriffen wird, fand kurz vor der Volksabstimmung statt (4.11.2011 bis 18.11.2011). Im anschließenden Zeitraum wurden weitere Befragungen durchgeführt, die Gegenstand der folgenden Analyse sind. Zum einen direkt im Anschluss an die Volksabstimmung (November/Dezember 2011) und jeweils circa ein Jahr (August/September 2012), zwei Jahre (Juli/August 2013) sowie drei Jahre (August/September 2014) danach.⁴

3 Für eine inhaltliche Zusammenfassung und kritische Betrachtung der Ereignisse rund um ‚Stuttgart 21‘ sei an dieser Stelle auf den Beitrag von Thaa (2013) verwiesen.

4 Bezüglich der Verteilung der soziodemographischen Merkmale Alter und Bildung gibt es einige Verzerrungen, die jedoch nicht über das bei Telefonumfragen übliche Ausmaß hinausgehen, wodurch bei den Befragungen von keiner problematischen selektiven Beteiligung auszugehen ist.

Demokratiezufriedenheit, die abhängige Variable der Untersuchung, kann über fast alle Befragungszeitpunkte konsistent operationalisiert werden. Bis einschließlich 2013 wurden die Befragten nach ihrer Zustimmung zur Aussage „Mit dem Funktionieren der Demokratie in Baden-Württemberg bin ich sehr unzufrieden.“ gefragt und konnten auf einer fünf-stufigen Skala von „Stimme voll und ganz zu“ bis „Stimme überhaupt nicht zu“ antworten. In der Befragung 2014 wurde stattdessen folgendes Item zur Messung der Demokratiezufriedenheit verwendet: „Und sind Sie mit dem Funktionieren der Demokratie hier in Baden-Württemberg sehr zufrieden, eher zufrieden, teils zufrieden/teils unzufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

Die Befragten wurden in den Wellen nach der Volksabstimmung gebeten anzugeben, ob sie sich an der Abstimmung beteiligt haben. Diese Angabe dient als erste zentrale erklärende Variable. Hierdurch kann zwischen Befragten unterscheiden werden, die an einem direktdemokratischen Entscheidungsverfahren partizipiert haben, und solchen, die dies nicht taten.⁵ Da zusätzlich Daten der Befragungen vor der Volksabstimmung verwendet werden, kann hier nicht auf diese Frage zurückgegriffen werden, da zum Zeitpunkt der Befragung diese Abstimmung noch bevorstand. Als bestmögliche Annäherung an die Messung der Teilnahme in der Befragung vor der Volksabstimmung verwende ich die Frage nach der Teilnahmeabsicht. Hier wurde gefragt: „Werden Sie an der Volksabstimmung zum S 21-Kündigungsgesetz bestimmt teilnehmen, wahrscheinlich teilnehmen, vielleicht teilnehmen, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht teilnehmen?“ Befragten, die angaben, dass sie „bestimmt teilnehmen“, wird eine starke Teilnahmeabsicht zugeschrieben. Diese können somit als potenzielle und sehr wahrscheinliche Teilnehmer identifiziert werden. Befragte, die angaben, „wahrscheinlich“, „vielleicht“, „wahrscheinlich nicht“ oder „bestimmt nicht“ an der Abstimmung teilzunehmen, gelten als Nicht-Teilnehmer.⁶ Somit kann auf eine Vorher- und eine Nachher-Messung zurückgegriffen werden. Dies ermöglicht es ein quasi-experimentelles Design zu realisieren, bei dem die Teilnahme an der Volksabstimmung als Stimulus betrachtet wird und mit den Teilnehmern eine Experimentalgruppe und mit den Nicht-Teilnehmern eine Kontrollgruppe vorliegt.

Die Messung der Zugehörigkeit zu den Gewinnern und den Verlierern des Referendums geschieht durch die Entscheidung der Befragten zum „S 21-Kündigungsgesetz“ in der Abstimmung. Auch hier unterscheidet sich naturgemäß die Messung

5 Die Variable wurde als Dummy codiert mit Teilnehmern (1) und Nicht-Teilnehmern (0). Bei diesen Angaben ist ein grundsätzliches *overreporting* zu beobachten. Kurz nach der Volksabstimmung gaben im Sample von Baden-Württemberg 78,3 Prozent an, am Referendum teilgenommen zu haben. Dieser Anteil reduziert sich über die Zeit (2012: 62,1 Prozent; 2013: 51,7 Prozent; 2014: 48,2 Prozent) und erreicht das Niveau des tatsächlich an der Volksabstimmung teilgenommenen Anteils von 48,3 Prozent. Ähnliches gilt für das Sample aus Stuttgart (2011: 90,3 Prozent; 2012: 81,6 Prozent; 2013: 81,9 Prozent; 2014: 74,9 Prozent. Tatsächliche Teilnahmequote: 67,8 Prozent). Dieses *overreporting* ist aus Studien zur politischen Partizipation bekannt und wird vermutlich durch ein hohes Maß an sozialer Erwünschtheit verursacht (Ansolabehere u. Hersh 2012).

6 Die Codierung erfolgt auch hier als Dummy-Variable: alle Befragten, die angaben, „bestimmt“ teilzunehmen wurden mit 1 codiert, die restlichen Befragten mit 0. Als zusätzliche Antwortmöglichkeit wurde „Befragter hat bereits teilgenommen (per Briefwahl)“ gegeben, auch diese Fälle wurden mit 1 codiert.

vor und nach der Volksabstimmung, da erst danach auch tatsächlich ein Gewinn oder eine Niederlage des Referendums wahrnehmbar ist. Nach der Volksabstimmung wurde durch folgendes Item die faktische Abstimmungsentscheidung gemessen: „Haben Sie bei der Volksabstimmung der Vorlage des S 21-Kündigungsgesetzes zugestimmt?“ Die Befragten hatten die Auswahl zwischen „Ja (für die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte auszuüben)“ und „Nein (gegen die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte auszuüben)“. Die hypothetische Abstimmungsentscheidung wurde in der Befragung vor der Volksabstimmung durch folgendes Item gemessen: „Werden Sie bei der Volksabstimmung der Vorlage des S 21-Kündigungsgesetzes zustimmen?“ Auch hier wählten die Befragten zwischen „Ja (für die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte auszuüben)“ und „Nein (gegen die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte auszuüben)“.⁷ Entsprechend der Mehrheit, die in der Abstimmung erzielt wurde, werden somit all jene als Gewinner betrachtet, die gegen das Kündigungsgesetz stimmten oder dies beabsichtigten. Äquivalent sind diejenigen Verlierer, die für das Kündigungsgesetz stimmten oder vor hatten dafür zu stimmen.⁸

Die lokale Betroffenheit kann durch den Vergleich des Wohnortes der Befragten gemessen werden. In allen Umfragewellen wurden getrennte Stichproben aus Stuttgart und aus Baden-Württemberg gezogen und befragt. Da das „S 21-Kündigungsgesetz“ und der Bau des Bahnhofs die Stadt Stuttgart besonders betreffen, nehme ich bei Befragten aus Stuttgart eine höhere lokale Betroffenheit an. Die Bevölkerung der restlichen Teile Baden-Württembergs ist dagegen vom Umbau des Stuttgarter Bahnhofs in weitaus geringerem Maße betroffen.

7 Die Komplexität der Frageformulierung innerhalb der Volksabstimmung stand in der Kritik der öffentlichen Meinung. So war man für den Ausbau des Bahnhofs, wenn man in der Abstimmung mit „Nein“ gestimmt hatte. Stimmt man stattdessen mit „Ja“ hatte man ausgedrückt gegen den Ausbau zu sein. Um dieser Komplexität Rechnung zu tragen wurde in der Befragung auf Einleitungstexte zurückgegriffen, die den Sachverhalt erklärten. Daneben wurde keinerlei Hilfestellung bei der Beantwortung gegeben. Der Einleitungstext für die tatsächliche Abstimmung lautete: „Bei der Volksabstimmung ging es um die Vorlage des S 21-Kündigungsgesetzes, also die Frage, ob die Landesregierung verpflichtet werden soll, Kündigungsrechte zur Auflösung der vertraglichen Vereinbarungen mit Finanzierungspflichten des Landes bezüglich des Bahnprojekts Stuttgart 21 auszuüben. Mit „Ja“ hat man also für die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte auszuüben, gestimmt; mit „Nein“ hat man gegen die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte auszuüben, gestimmt.“ Der Einleitungstext für die hypothetische Stimmgabe lautete: „Wenn das S 21-Kündigungsgesetz in Kraft tritt, muss die Landesregierung die Verträge mit Finanzierungspflichten des Landes zum Projekt Stuttgart 21 kündigen. Mit „Ja“ stimmen die Bürger also für die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte auszuüben; mit „Nein“ stimmen die Bürger gegen die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte auszuüben.“

8 Die Variable wurde erneut als Dummy (1 = Gewinner, 0 = Verlierer) codiert. Ähnlich wie bei der Teilnahme am Referendum unterscheiden sich auch hier die Verteilungen zwischen Erhebung und realem Anteil. In Baden-Württemberg stimmten faktisch bei der Volksabstimmung insgesamt 58,9 Prozent der Teilnehmer gegen das Kündigungsgesetz und damit für den Umbau. Kurz nach der Volksabstimmung liegt der Anteil derer, die angaben, für den Umbau gestimmt zu haben, im Sample für Baden-Württemberg bei 52,7 Prozent und auch danach auf ähnlichem Niveau (2012: 51,2 Prozent; 2013: 47,1 Prozent; 2014: 48,1 Prozent). Eine ähnliche Entwicklung ist erneut im Sample für Stuttgart zu beobachten: Hier stimmten faktisch 52,9 Prozent gegen das Kündigungsgesetz (Angaben im Sample 2011: 47,9 Prozent; 2012: 45 Prozent; 2013: 45,9 Prozent; 2014: 45,3 Prozent). Von einem *bandwaggon*-Effekt kann somit nicht ausgegangen werden, allerdings sind die Gewinner etwas unterrepräsentiert. Dies gilt es, ebenso wie das berichtete *overreporting*, bei der Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse zu beachten.

Als Kontrollvariablen kommen bei der Untersuchung der Demokratiezufriedenheit neben den soziodemografischen Merkmalen Alter, Geschlecht und Bildung vor allem Ideologie- und Performanzmaße zum Tragen, da aus vergangenen Untersuchungen bekannt ist, dass sowohl institutionelle als auch kulturalistische Ansätze zur Erklärung der Demokratiezufriedenheit beitragen können (Fuchs u. Rohrschneider 2001). Da kein geeignetes Ideologiemmaß, wie die Links-Rechts-Selbsteinstufung oder politische Wertorientierungen, durchgehend in den Befragungen angewendet wurde, wird hier auf die Parteiidentifikation als Proxyvariable zurückgegriffen. Zur Performanzeinschätzung wird zum einen auf die Regierungszufriedenheit (politische Performanz) zurückgegriffen, zum anderen auf die aktuelle Beschäftigungssituation (ökonomische Performanz). Daneben wurde zusätzlich für Variablen der politischen Involvierung kontrolliert, dies sind das politische Interesse sowie die subjektive Kompetenzeinschätzung (*internal efficacy*), da auch hier aus vergangenen Studien bekannt ist, dass die politische Involvierung einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Unterstützung ausübt (Dalton 2004).⁹

Zur Überprüfung der aufgestellten Hypothesen werden im Folgenden zunächst Mittelwertunterschiede im Zeitverlauf untersucht, also vor und nach der Volksabstimmung. Dies geschieht einerseits im Vergleich der Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer, andererseits im Vergleich zwischen Gewinnern und Verlierern. Da die Abstimmung als experimenteller Stimulus betrachtet werden kann, kann hier von einer quasi-experimentellen Untersuchungslogik ausgegangen werden, da eine Vorher- und Nachher-Messung vorliegt, eine Randomisierung jedoch nicht stattfand. Nach den Mittelwertvergleichen folgen multiple Regressionsanalysen um für entsprechende Drittvariablen zu kontrollieren.¹⁰ Insbesondere durch die Kontrolle soziodemographischer Variablen wird prinzipiell versucht sich analog zu *matching*-Verfahren der Erfassung kausaler Effekte anzunähern.¹¹ Beide Analysestrategien werden jeweils für eine Gruppe durchgeführt, bei der von einer hohen

9 Bei den jeweiligen Kontrollvariablen stehen aufsteigende Werte für eine zunehmende Regierungszufriedenheit, eine Parteiidentifikation zugunsten konservativer Parteien, eine bessere Beschäftigungssituation, ein steigendes politisches Interesse sowie eine steigende subjektive Kompetenzeinschätzung.

10 Auch wenn „vermutlich [...] eine als intervallskaliert verstandene Einstellungsvariable mit fünf Ausprägungen zu weit von dem Ideal einer metrischen und kontinuierlichen Y-Variablen entfernt“ (Ohr 2010, S. 646) ist, werden im Folgenden die Ergebnisse von OLS-Regressionen präsentiert. Dies geschieht aufgrund der leichteren und intuitiven Interpretation von linearen gegenüber logistischen Regressionsschätzungen. Die präsentierten Ergebnisse weichen zudem nur in sehr geringem und nicht relevantem Maß von Schätzungen ordinal-logistischer Regressionen ab (Online-Appendix, Tabelle 1A und Tabelle 2A).

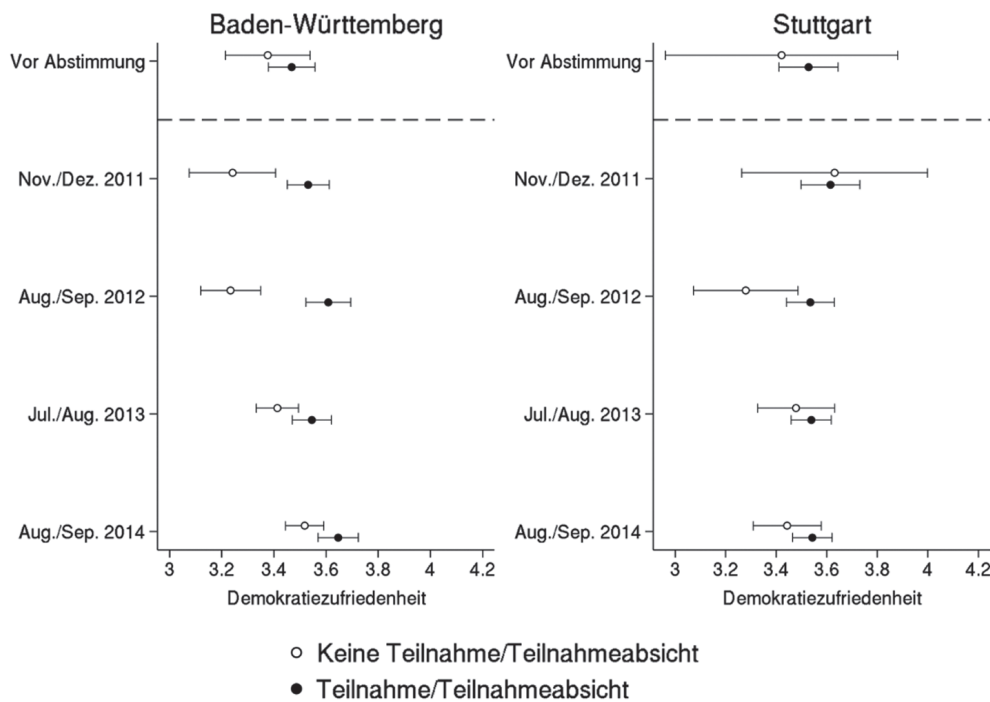
11 Durch das quasi-experimentelle Design wird außerdem ein mögliches Problem wechselseitiger Kausalität bezüglich Hypothese 1 aufgegriffen. Im Fall der Untersuchung des Einflusses der Teilnahme an einer direkten Abstimmung auf die Demokratiezufriedenheit kann aus theoretischer Sicht auch der gegenteilige Einfluss angenommen werden, also ein Effekt der Zufriedenheit mit der Demokratie auf die Entscheidung zur Teilnahme an einem Referendum. So wurde etwa in der Vergangenheit gezeigt, dass politisch enttäuschte und entfremdete Personen Befürworter direkter Demokratie sind (Bürklin et al. 2001; Craig et al. 2001; Donovan u. Karp 2006). Da im Folgenden jedoch ein quasi-experimentelles Design vorliegt, das sich einem *matching*-Verfahren annähert, wird diesem Endogenitätsproblem entgegengewirkt (hierzu etwa auch die Debatte zwischen Freyburg [2011, 2012] und Bräuninger [2012]). Als zusätzlicher Robustheitstest wurden ergänzend Instrumentvariablen-schätzungen durchgeführt, die die folgenden Ergebnisse mehrheitlich bestätigten (Online-Appendix, Tabelle 3A).

lokalen Betroffenheit einerseits (Stichproben aus Stuttgart) und von einer niedrigen lokalen Betroffenheit andererseits (Stichproben aus dem Rest Baden-Württembergs) ausgegangen werden kann.

4. Auswirkungen von Gewinn, Verlust und lokaler Betroffenheit der Volksabstimmung auf die Demokratiezufriedenheit

Abbildung 1 zeigt die Mittelwerte der Demokratiezufriedenheit und die zugehörigen 95 Prozent-Konfidenzintervalle im Zeitverlauf (2011-2014) für die Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer an der Volksabstimmung im lokalen Vergleich, also für Befragte aus Baden-Württemberg einerseits und Befragte aus Stuttgart andererseits.

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg und Stuttgart in Abhängigkeit von der Teilnahme an der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘ (2011-2014)



Quelle: „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“, eigene Berechnungen. Dargestellt sind die Mittelwerte und die zugehörigen 95 Prozent-Konfidenzintervalle.

Mit Blick auf diese Mittelwerte und die zugehörigen 95 Prozent-Konfidenzintervalle zeigen sich Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit in Abhängigkeit von der Teilnahme an der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘ und in Abhängigkeit von der lokalen Betroffenheit. Es wird zunächst deutlich, dass sich die Demokratiezufriedenheit in Abhängigkeit von der Teilnahme an der Volksabstimmung

unterschiedlich entwickelt. Während in Baden-Württemberg vor der Abstimmung kein statistisch signifikanter Unterschied (Differenz von 0,09 Skalenpunkten; $t = 0,96$; $p > 0,05$) zwischen den beiden Gruppen in der Demokratiezufriedenheit bestand und sich die Konfidenzintervalle überschneiden, wird schon kurz nach der Volksabstimmung ein statistisch signifikanter Unterschied (Differenz = 0,3; $t = 3,16$; $p < 0,01$) messbar. Dieser hält sich auch noch ein Jahr und vergrößert sich sogar (Differenz = 0,38; $t = 5,19$; $p < 0,01$), ist jedoch in der Befragung in 2013 wieder kleiner (Differenz = 0,13; $t = 2,35$; $p < 0,05$) und die Konfidenzintervalle der beiden Gruppen überschneiden sich erneut. Dies gilt auch für die Befragung in 2014. In Stuttgart überschneiden sich die Konfidenzintervalle zwischen Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern dagegen zu jedem Befragungszeitpunkt.

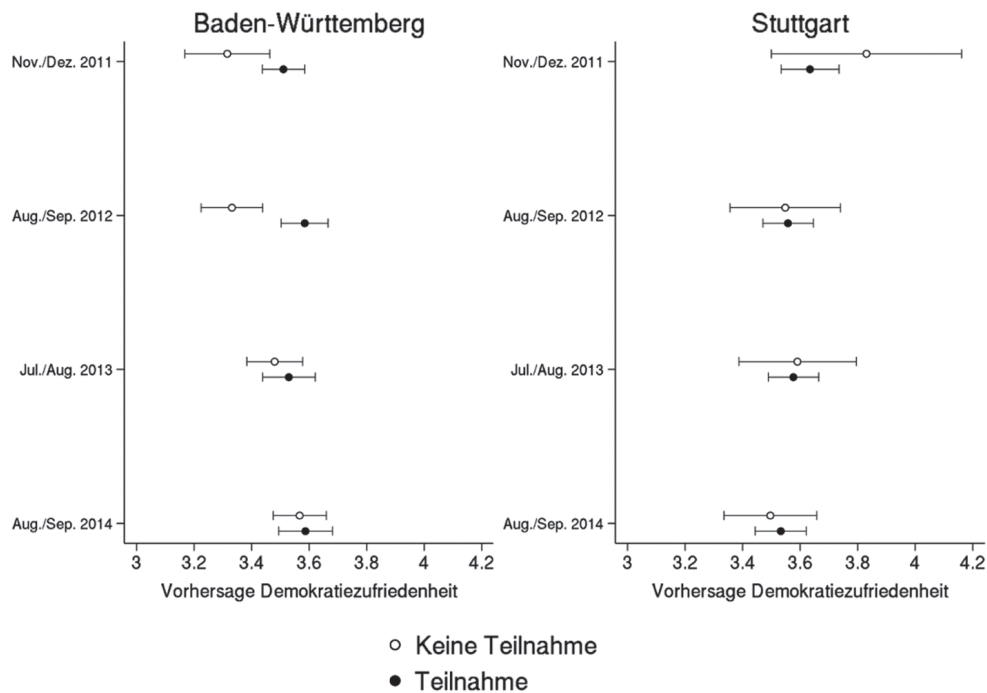
Dies spricht dafür, dass die Teilnahme an der Volksabstimmung außerhalb Stuttgarts einen positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hatte. Dieser Effekt ist jedoch zeitlich nicht stabil. Für die Stuttgarter Bevölkerung lassen sich keine Veränderungen feststellen. Zusätzlich muss angemerkt werden, dass die statistisch signifikanten Mittelwertunterschiede die Größe eines halben Skalenpunkts (der fünf-stufigen Skala) nicht erreichen und somit relativ klein ausfallen. Dennoch lässt sich aus diesem Befund schließen, dass die Beteiligung an der Volksabstimmung einen positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit zu haben scheint, auch wenn sich dieser mit der Zeit abschwächt.

Abbildung 2 weist die Mittelwerte und zugehörigen 95 Prozent-Konfidenzintervalle der Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg und Stuttgart für die Gruppen der Gewinner und Verlierer aus. Diese weisen ein ähnliches, jedoch bezüglich des Befragungsortes umgekehrtes Bild auf. Es lässt sich feststellen, dass die Zugehörigkeit zur Gruppe der Gewinner beziehungsweise zur Gruppe der Verlierer für die Befragten in Baden-Württemberg keinen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hat. Alle Konfidenzintervalle überschneiden sich. Anders verhält es sich mit den Ergebnissen für die Befragungen in Stuttgart. Hier lassen sich signifikante Mittelwertunterschiede vor (Differenz = 0,39; $t = 3,11$; $p < 0,01$) und nach der Befragung (Differenz = 0,61; $t = 5,03$; $p < 0,01$) beobachten. Direkt nach der Befragung wird der höchste Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen Gewinnern und Verlierern gemessen. Zwei Jahre nach der Volksabstimmung überschneiden sich die Konfidenzintervalle jedoch wieder und der Mittelwertunterschied ist nicht mehr statistisch signifikant (Differenz = 0,09; $t = 0,99$; $p > 0,05$). Dies ist auch in der Befragung von 2014 der Fall. Der Gewinn der Volksabstimmung hatte in Stuttgart also eine positive Wirkung auf die Demokratiezufriedenheit. Jedoch ist auch dieser Effekt zeitlich nicht stabil.

Die Ergebnisse zeigen somit Einflüsse der lokalen Betroffenheit. Während die bloße Teilnahme keinen Effekt in Stuttgart hat, hat die Zugehörigkeit zu den Gewinnern und Verlierern in diesem Befragungssample einen deutlichen Einfluss. Umgekehrt wirkt die Teilnahme im Sample für Baden-Württemberg positiv auf die Demokratiezufriedenheit. Ob man zu den Gewinnern und Verlierern gehört ist jedoch unerheblich. Dies spricht dafür, dass die lokale Betroffenheit als Moderatorvariable wirkt. Erst wenn man durch eine Entscheidung wirklich selbst betroffen ist, hat die Tatsache ob die Abstimmung gewonnen oder verloren wird einen Effekt. Die reine Teilnahme ist dann nebensächlich. Umgekehrt verhält es sich als

nicht direkt Betroffener. Dort ist die Relevanz des Gewinns untergeordnet. Für einen Anstieg der Demokratiezufriedenheit ist die reine Teilnahme an der Abstimmung relevant.

Abbildung 2: Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg und Stuttgart in Abhängigkeit von des Gewinns der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘ (2011-2014)



Quelle: „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘/ Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“, eigene Berechnungen. Dargestellt sind die Mittelwerte und die zugehörigen 95 Prozent-Konfidenzintervalle.

Zur Kontrolle möglicher Drittvariablen wurden multiple Regressionsmodelle geschätzt. Tabelle 1 zeigt jeweils drei Modelle für Baden-Württemberg und Stuttgart. Diese unterscheiden sich in dem stufenweisen Einbezug von Zeit-Dummys und Interaktionstermen dieser Zeit-Dummys mit der Teilnahme an der Volksabstimmung. Alle Modelle basieren auf den gepoolten Querschnittsdaten der Befragungen von 2011-2014, mit Beginn der Welle, die nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde.

Tabelle 1: Lineare Regression: Demokratiezufriedenheit in Abhängigkeit von der Teilnahme an der Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ (2011-2014)

	Baden-Württemberg			Stuttgart		
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Teilnahme an Volksabstimmung	0.09** (0.04)	0.12** (0.04)	0.20* (0.08)	0.01 (0.06)	-0.01 (0.06)	-0.20 (0.18)
Regierungszufriedenheit	0.08*** (0.01)	0.08*** (0.01)	0.08*** (0.01)	0.11*** (0.01)	0.11*** (0.01)	0.11*** (0.01)
Parteiidentifikation	0.04* (0.02)	0.04* (0.02)	0.04* (0.02)	0.09*** (0.02)	0.09*** (0.02)	0.09*** (0.02)
Arbeitsverhältnis	-0.06** (0.02)	-0.06** (0.02)	-0.06** (0.02)	-0.06* (0.03)	-0.06* (0.03)	-0.06* (0.03)
Politisches Interesse	0.05** (0.02)	0.05** (0.02)	0.05** (0.02)	0.10*** (0.02)	0.09*** (0.02)	0.10*** (0.02)
Internal efficacy	0.07** (0.02)	0.07** (0.02)	0.07** (0.02)	0.05* (0.02)	0.05* (0.02)	0.05* (0.02)
Weiblich	-0.14*** (0.04)	-0.14*** (0.04)	-0.14*** (0.04)	-0.10* (0.04)	-0.10* (0.04)	-0.10* (0.04)
Bildungsniveau	0.10*** (0.02)	0.09*** (0.02)	0.09*** (0.02)	0.07** (0.02)	0.07** (0.02)	0.07** (0.02)
Alter (zentriert)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)
Aug./Sep. 2012		0.04 (0.05)	0.02 (0.09)		-0.10 (0.06)	-0.28 (0.19)
Jul./Aug. 2013		0.07 (0.05)	0.16+ (0.09)		-0.07 (0.06)	-0.24 (0.20)
Aug./Sep. 2014		0.14** (0.05)	0.25** (0.09)		-0.13* (0.06)	-0.33+ (0.19)
Teilnahme an der Volksabstimmung x Aug./Sep. 2012			0.06 (0.11)			0.21 (0.20)
Teilnahme an der Volksabstimmung x Jul./Aug. 2013			-0.15 (0.11)			0.18 (0.21)
Teilnahme an der Volksabstimmung x Aug./Sep. 2014			-0.18 (0.11)			0.23 (0.20)
Konstante	2.26*** (0.13)	2.21*** (0.13)	2.15*** (0.15)	1.96*** (0.16)	2.07*** (0.17)	2.24*** (0.23)
N	3254	3254	3254	2117	2117	2117
R ²	0.10	0.10	0.10	0.12	0.12	0.12
Korr.R ²	0.09	0.10	0.10	0.11	0.11	0.11

Quelle: „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“, eigene Berechnungen. Unstandardisierte Regressionskoeffizienten. Standardfehler in Klammern, + $p < 0.10$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$.

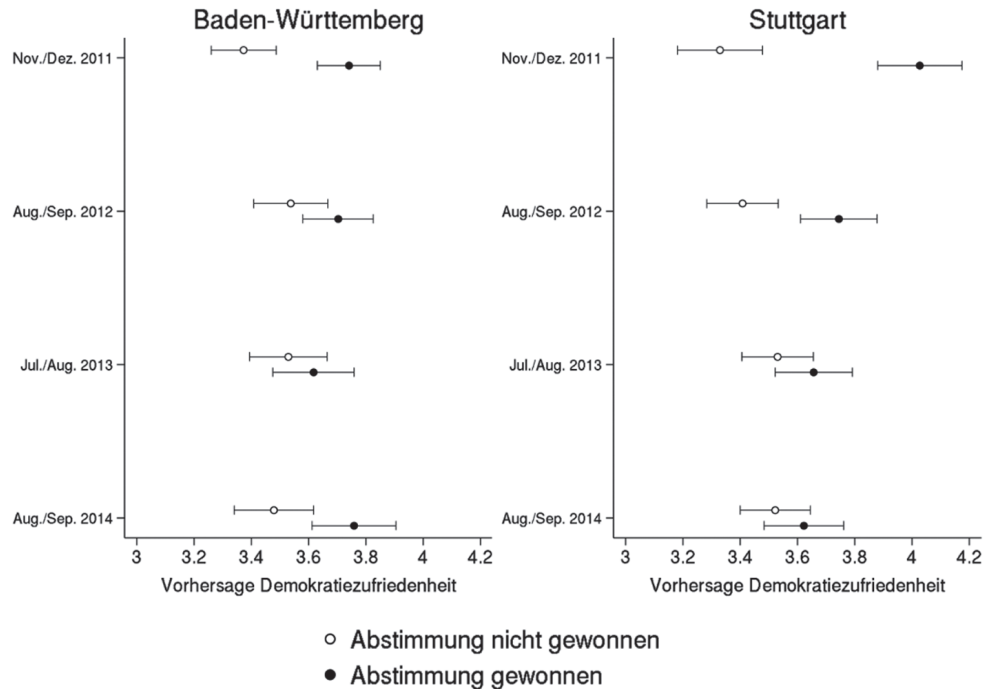
Die Modelle 1 bis 3 zeigen die Effekte der Teilnahme an der Volksabstimmung auf die Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg. Zunächst wird deutlich, dass die Teilnahme an der Volksabstimmung auch unter Kontrolle von Drittvariablen über alle drei Modelle hinweg eine positive Wirkung auf die Demokratiezufriedenheit hat. Dies entspricht der formulierten Hypothese (H_1). Durch die negativen Interaktionseffekte in Modell 3 wird allerdings deutlich, dass sich dieser Einfluss über die Zeit abschwächt. Da die Interaktionseffekte statistisch nicht signifikant sind, kann somit zwar von einem positiven Einfluss der Teilnahme an der Volksabstimmung auf die Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg ausgegangen werden, allerdings scheint sich dieser mit der Zeit abzuschwächen.

Alle Kontrollvariablen weisen signifikante Effekte auf, die in der Richtung mit den Erkenntnissen des Forschungsstands übereinstimmen. Eine höhere Regierungszufriedenheit, eine höhere Bildung, ein höheres politisches Interesse und eine steigende subjektive Kompetenzeinschätzung zeigen positive Effekte auf die Demokratiezufriedenheit.¹² Zudem führt eine ideologische Positionierung rechts der Mitte zu mehr Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg. Daneben sind Frauen und ältere Personen weniger zufrieden mit der Demokratie. Aus theoretischer Sicht überraschend ist der negative Effekt des Arbeitsverhältnisses: Mit einer besseren Arbeitssituation sinkt die Demokratiezufriedenheit. Die Modellgüte ist mit einem R^2 von 0,10 in einem eher niedrigen Bereich angesiedelt. Wie bei den deskriptiven Befunden bereits angedeutet, zeigen sich für die lokale Untersuchung der Stichprobe aus Stuttgart unterschiedliche Befunde. Hier hat die Teilnahme an der Volksabstimmung keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit. In der zeitlichen Perspektive zeigt sich nur ein Effekt der letzten Befragung: Die Demokratiezufriedenheit in Stuttgart ist in 2014 signifikant niedriger als in den Befragungen zuvor. Die Effekte der Kontrollvariablen verhalten sich äquivalent zu denen in Baden-Württemberg. Einzig die Modellanpassung ist mit einem R^2 von 0,12 in Stuttgart minimal besser.

Diese Ergebnisse bestätigt auch der Blick auf Abbildung 3, in welcher zur leichteren Interpretation der Interaktionseffekte die geschätzten Werte der Demokratiezufriedenheit abgetragen sind, jeweils auf Basis des Modells 3 für Baden-Württemberg und des Modells 6 für Stuttgart. Der Verlauf der vorhergesagten Werte und der zugehörigen 95 Prozent-Konfidenzintervalle ähnelt dem Verlauf der Mittelwerte. Für die Schätzungen auf Basis der Stichprobe aus Stuttgart zeigen sich zu keinem Zeitpunkt statistisch signifikante Unterschiede und damit keinerlei Auswirkungen der Teilnahme an der Volksabstimmung auf die Demokratiezufriedenheit.

12 Da die Demokratiezufriedenheit aus theoretischer Sicht auch die Regierungszufriedenheit sowie die politische Involvierung beeinflussen könnte, wurden zusätzlich sparsame Modelle gerechnet, die diese Variablen als Kontrollvariablen auslassen. Die Ergebnisse dieser sparsamen Modelle unterscheiden sich in keinem relevanten Punkt von denen hier präsentierten und sind im Online-Appendix einsehbar (Tabelle 4A und Tabelle 5A).

Abbildung 3: Vorhergesagte Werte der Demokratiezufriedenheit für Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer im zeitlichen und räumlichen Vergleich



Quelle: „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“, eigene Berechnungen. Dargestellt sind die vorhergesagten Werte auf Basis der Regressions-schätzungen der Modelle 3 (Baden-Württemberg) und 6 (Stuttgart).

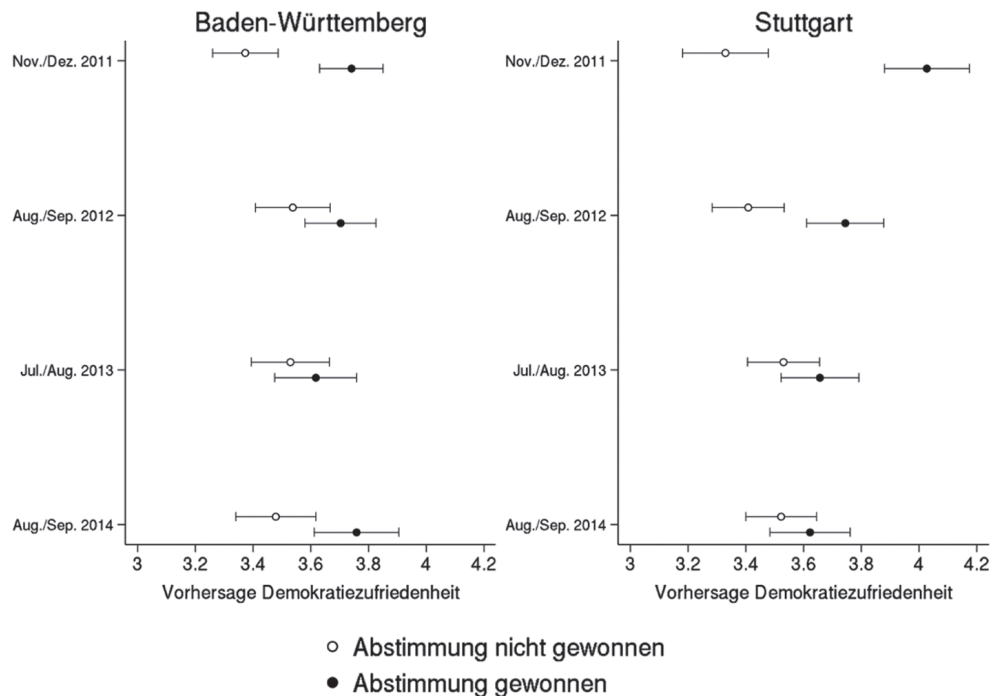
Die Ergebnisse der Schätzung, bei der der Gewinn der Volksabstimmung als zentrale erklärende Variable einbezogen wurde, sind in Tabelle 2 abgetragen. Die Modelle 7 bis 9 stellen die Ergebnisse für die Stichprobe aus Baden-Württemberg dar. Hier zeigt sich eine positive Wirkung des Gewinns der Volksabstimmung auf die Demokratiezufriedenheit. Der Einbezug der Jahres-Dummys in Modell 8 ändert zunächst nichts an diesem Befund. Unter Einbezug der Interaktionsterme zwischen den Jahres-Dummys und der zentralen erklärenden Variable – des Gewinns der Volksabstimmung – wird jedoch deutlich, dass der Einfluss des Gewinns mit der Zeit abnimmt. Die Interaktionseffekte für die Jahre 2012 und 2013 sind negativ und statistisch signifikant. Zusammengenommen nivellieren die negativen Interaktionseffekte nahezu alle positiven Effekte des Gewinns der Volksabstimmung (Modell 9). Der identische Befund lässt sich für die Schätzungen der Stuttgarter Stichprobe festhalten. Hier heben sich alle positiven Effekte mit der Zeit vollkommen auf (Modell 12). Es gibt somit keinen langfristigen Einfluss des Gewinns der Volksabstimmung auf die Demokratiezufriedenheit. Die Effekte der Kontrollvariablen verhalten sich in beiden Stichproben äquivalent zu denen in den Modellen 1 bis 6. Die Modellanpassung ist mit Werten für R^2 von 0,10 bis 0,15 erneut in einem niedrigen Bereich und ebenfalls bei der Untersuchung der Stichprobe aus Stuttgart etwas besser als für das Sample aus Baden-Württemberg.

Tabelle 2: Lineare Regression: Demokratiezufriedenheit in Abhängigkeit vom Gewinn der Volksabstimmung ,Stuttgart 21‘ (2011-2014)

	Baden-Württemberg			Stuttgart		
	Modell 7	Modell 8	Modell 9	Modell 10	Modell 11	Modell 12
Volksabstimmung gewonnen	0.24*** (0.05)	0.24*** (0.05)	0.37*** (0.08)	0.29*** (0.05)	0.29*** (0.05)	0.70*** (0.11)
Regierungszufriedenheit	0.09*** (0.01)	0.09*** (0.01)	0.09*** (0.01)	0.12*** (0.01)	0.12*** (0.01)	0.12*** (0.01)
Parteiidentifikation	0.03 (0.02)	0.03 (0.02)	0.03 (0.02)	0.08*** (0.02)	0.08*** (0.02)	0.07** (0.02)
Arbeitsverhältnis	-0.07* (0.03)	-0.07* (0.03)	-0.07* (0.03)	-0.06* (0.03)	-0.06* (0.03)	-0.06+ (0.03)
Politisches Interesse	0.07* (0.03)	0.07* (0.03)	0.07* (0.03)	0.11*** (0.03)	0.11*** (0.03)	0.11*** (0.03)
Internal efficacy	0.06** (0.02)	0.07** (0.02)	0.07** (0.02)	0.04 (0.02)	0.04 (0.02)	0.04 (0.02)
Weiblich	-0.13** (0.05)	-0.13** (0.05)	-0.12* (0.05)	-0.08 (0.05)	-0.08 (0.05)	-0.07 (0.05)
Bildungsniveau	0.10*** (0.02)	0.10*** (0.02)	0.10*** (0.02)	0.08*** (0.03)	0.08*** (0.03)	0.09*** (0.03)
Alter (zentriert)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)
Aug./Sep. 2012		0.06 (0.06)	0.16+ (0.09)		-0.10 (0.07)	0.08 (0.10)
Jul./Aug. 2013		0.02 (0.06)	0.16+ (0.09)		-0.08 (0.07)	0.20* (0.10)
Aug./Sep. 2014		0.06 (0.07)	0.11 (0.09)		-0.10 (0.07)	0.19* (0.10)
Volksabstimmung gewonnen x Aug./Sep. 2012			-0.20+ (0.12)			-0.36** (0.14)
Volksabstimmung gewonnen x Jul./Aug. 2013			-0.28* (0.13)			-0.57*** (0.14)
Volksabstimmung gewonnen x Aug./Sep. 2014			-0.09 (0.13)			-0.60*** (0.14)
Konstante	2.22*** (0.19)	2.20*** (0.19)	2.11*** (0.19)	1.75*** (0.19)	1.85*** (0.20)	1.62*** (0.20)
N	1813	1813	1813	1624	1624	1624
R ²	0.10	0.10	0.10	0.14	0.14	0.15
Korr.R ²	0.09	0.09	0.09	0.14	0.14	0.15

Quelle: „Volksabstimmung ,Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“, eigene Berechnungen. Unstandardisierte Regressionskoeffizienten. Standardfehler in Klammern, + $p < 0.10$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$.

Abbildung 4: Vorhergesagte Werte der Demokratiezufriedenheit für Gewinner und Verlierer im zeitlichen und räumlichen Vergleich



Quelle: „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“, eigene Berechnungen. Dargestellt sind die vorhergesagten Werte auf Basis der Regressions-schätzungen der Modelle 9 (Baden-Württemberg) und 12 (Stuttgart).

Auch hier kann zur leichteren Interpretation auf die geschätzten Werte und deren Konfidenzintervalle auf Basis der Regressionsmodelle zurückgegriffen werden (Abbildung 4). Erneut ist ein ähnlicher Verlauf wie im Vergleich der Mittelwerte (Abbildung 2) zu beobachten. Deutlich wird jedoch, dass der Gewinn auch in Baden-Württemberg kurz nach der Abstimmung einen positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hatte. In Stuttgart ist dieser Effekt jedoch wesentlich größer und auch noch ein Jahr nach der Volksabstimmung messbar. Deshalb kann auf Basis dieser Ergebnisse geschlossen werden, dass eine steigende lokale Betroffenheit den Einfluss von Gewinn oder Niederlage bei einem Referendum verstärkt.

In Bezug auf die zuvor postulierten Hypothesen lässt sich somit Folgendes festhalten: Die Teilnahme an der Volksabstimmung hat einen positiven Effekt auf die Demokratiezufriedenheit (Bestätigung von H_1). Allerdings nur in Baden-Württemberg und nicht in dem viel stärker von den Baumaßnahmen betroffenen Stuttgart. Der Gewinn der Volksabstimmung hat ebenfalls einen positiven Effekt auf die Demokratiezufriedenheit, sowohl in Baden-Württemberg als auch in Stuttgart. Dies ist vor allem mit Blick auf die Ergebnisse der Regressions-schätzung der Fall. In der deskriptiven Analyse ließ sich für Baden-Württemberg kein Einfluss feststellen (Bestätigung von H_2). Die bloße Teilnahme an der Volksabstimmung hat

nur einen Effekt bei einer niedrigen lokalen Betroffenheit (Bestätigung H_{3a}). Ob der Gewinn der Abstimmung dagegen eine Rolle spielt, hängt in wesentlichem Maße von der lokalen Betroffenheit durch das Ergebnis der Abstimmung ab (Bestätigung von H_{3b}). Beide Effekte zeigen jedoch keine zeitliche und damit langfristige Stabilität. Der Einfluss, der vom Gewinn der Volksabstimmung ausgeht, ist schon nach kürzester Zeit nivelliert. Die Wirkung einer bloßen Teilnahme schwächt sich daher über die Zeit ebenfalls ab. Es scheint sich also um einen „Strohfeuer-Effekt“ zu handeln und hierdurch ist anzunehmen, dass mit der sinkenden Aktualität des *issues* auch dessen Relevanz in der Bewertung der Demokratie abnimmt (Bestätigung von H_{4b}).

5. Zusammenfassung und Ausblick

Bisherige Studien bestätigen die Annahme, dass mehr direkte politische Beteiligung zu einer höheren Zufriedenheit mit der Demokratie führt. Doch fehlten bisher Untersuchungen, die diese Beziehung tief gehend analysieren. Insbesondere Fragen zu den Auswirkungen der individuellen Teilnahme an Volksabstimmungen, zum Einfluss des Gewinns oder Verlusts eines Referendums sowie zur Rolle, die die lokale Betroffenheit durch das Ergebnis einer Volksabstimmung spielt, sind weitgehend ungeklärt. Mit dem vorliegenden Beitrag wurden erste Ergebnisse präsentiert, die diese Lücken schließen. Hierzu wurden Daten analysiert, die im Rahmen der Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ kontinuierlich von 2011 bis 2014 erhoben wurden. Diese erlauben zwischen Gewinnern und Verlierern der Volksabstimmung zu differenzieren und einen Vergleich in Bezug auf die lokale Betroffenheit durchzuführen.

Theoretisch und im Einklang mit bisherigen Untersuchungen habe ich argumentiert, dass direkte Beteiligung einen positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit ausübt. Dieser Effekt wurde für die Stichprobe aus Baden-Württemberg bestätigt. Des Weiteren habe ich klare positive Effekte durch den Gewinn einer Abstimmung auf die Demokratiezufriedenheit erwartet. Diese Erwartung wurde mit Blick auf die Bevölkerung Stuttgarts erfüllt, was zusätzlich bestätigte, dass dieser Effekt abhängig von der lokalen Betroffenheit durch eine direktdemokratisch umgesetzte Maßnahme ist. Für Erwartungen zur Beständigkeit dieser Effekte habe ich in beide Richtungen argumentiert und divergierende Hypothesen aufgestellt. Bestätigt wurde, dass keiner der Effekte einer zeitlichen Stabilität unterliegt, viel mehr nivellieren sich etwaige Unterschiede im Zeitverlauf. Theoretisch erklärt werden könnte dies durch die Abnahme der Relevanz des *issues* in der Bewertung der Demokratie. Hier bieten sich jedoch Ansatzpunkte für weitere Untersuchungen.

Die Ergebnisse führen zu zwei zentralen Implikationen für die praktische und die wissenschaftliche Diskussion. Erstens scheint die positive Erwartung der Befürworter direkter Demokratie sich nicht vollständig zu bestätigen. Die Teilnahme an einer Volksabstimmung hat keinen umfassend nachhaltig positiven Effekt wie dies von Befürwortern direkter Demokratie erwartet wird. Ob für eine anhaltende Steigerung der politischen Unterstützung eine erhöhte Frequentierung und eine institutionelle Umgestaltung notwendig sind, ist jedoch eine weiterhin offene Frage, die Gegenstand weiterer Forschung sein muss. Einzelne Abstimmungen schei-

nen jedoch keine dauerhafte Veränderung der Demokratiezufriedenheit zu verursachen. Zweitens spielt der Aspekt der lokalen Betroffenheit eine entscheidende und scheinbar moderierende Rolle bei den Auswirkungen, die die Teilnahme in direkten Beteiligungsverfahren auf die politische Unterstützung hat. Hier sind weitere theoretische Ansätze notwendig, welche die Unterschiede zwischen Gruppen mit hoher und niedriger lokaler Betroffenheit erklären können, sowie fortlaufende empirische Untersuchungen, die sich den Einflüssen der Zugehörigkeit zu diesen Gruppen widmen.

Somit ergibt sich vor allem in der Datengewinnung ein erhöhter Forschungsbedarf: Insbesondere in Ländern und Situationen, in denen direktdemokratische Entscheidungsverfahren nicht zum politischen Alltag gehören, sind Untersuchungen zu den Effekten dieser Verfahren vor dem Hintergrund abnehmender politischer Unterstützung von zentraler Bedeutung. Noch ist nicht abschließend geklärt, ob ein Mehr an direkter Demokratie in diesen Ländern tatsächlich zu einer Steigerung politischer Unterstützung beiträgt. Die Ergebnisse des Beitrags weisen zwar in diese Richtung, die Daten- und Forschungslage ist aber immer noch zu dünn, um diese Frage abschließend zu beantworten. Gezeigt werden konnte allerdings, dass durch eine einzelne Volksabstimmung zumindest eine kurzfristige Veränderung der politischen Unterstützung eintritt.

Literatur

- Anderson, Christopher J., und Christine A. Guillory. 1997. Political Institutions and Satisfaction with Democracy. A Cross-National Analysis of Consensus and Majoritarian Systems. *American Political Science Review* 91: 66-81. DOI: 10.23 07/2952259.
- Ansolabehere, Stephen, und Eitan Hersh. 2012. Validation: What Big Data Reveal About Survey Misreporting and the Real Electorate. *Political Analysis* 20: 437-459. DOI: 10.1093/pan/mps023.
- Barber, Benjamin R. 1984. *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkeley: University of California Press.
- Barnes, Samuel H., Max Kaase, Klaus R. Allerbeck, Barbara G. Farah, Felix Heunks, Ronald Inglehart, M. Kent Jennings, Hans-Dieter Klingemann, Alan Marsh, und Leopold Rosenmayr (Hrsg.). 1979. *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills: Sage.
- Bauer, Paul C., und Matthias Fatke. 2014. Direct Democracy and Political Trust. Enhancing Trust, Initiating Distrust – or Both. *Swiss Political Science Review* 20: 49-69. DOI: 10.1111/spsr.12071.
- Bernauer, Julian, und Adrian Vatter. 2012. Can't Get No Satisfaction with the Westminster Model? Winners, Losers and the Effects of Consensual and Direct Democratic Institutions on Satisfaction with Democracy. *European Journal of Political Research* 51: 435-468. DOI: 10.1111/j.1475-6765.2011.02007.x.
- Blais, André, und François Gélinau. 2007. Winning, Losing and Satisfaction with Democracy. *Political Studies* 55: 425-441. DOI: 10.1111/j.1467-9248.2007.00659.x.
- Bowler, Shaun, und Todd Donovan. 2002. Democracy, Institutions and Attitudes about Citizen Influence on Government. *British Journal of Political Science* 32: 371-390. DOI: 10.1017/S0007123402000157.

- Bräuninger, Thomas. 2012. Fruchtbarer Boden oder doch nur Wüste? Eine Replik auf Tina Freyburg. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 19: 85-101. DOI: 10.5771/0946-7165-2012-1-85.
- Bühlmann, Marc. 2007. Direkte Demokratie und politische Unterstützung. In *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*, Hrsg. Markus Freitag, und Uwe Wagschal, 217-250. Berlin: Lit.
- Bürklin, Wilhelm P., Russell J. Dalton, und Andrew Drummond. 2001. Zwei Gesichter der Demokratie: Repräsentative versus „direkte“ Demokratie. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann, und Max Kaase, 529-551. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Canache, Damaris, Jeffrey Mondak, und Mitchell A. Seligson. 2001. Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy. *Public Opinion Quarterly* 65: 506-528. DOI: 10.1086/323576.
- Citrin, Jack. 1996. Who's the Boss? Direct Democracy and Popular Control of Government. In *Broken Contract? Changing Relationships between Americans and their Government*, Hrsg. Stephen C. Craig, 268-293. Boulder/Cumnor Hill: Westview Press.
- Craig, Stephen C., Amie Kreppel, und James G. Kane. 2001. Public Opinion and Support for Direct Democracy: a Grassroots Perspective. In *Referendum Democracy. Citizens, Elites and Deliberation in Referendum Campaigns*, Hrsg. Matthew Mendelsohn, und Andrew Parkin, 25-46. Houndsmill: Palgrave Macmillan.
- Dalton, Russell J. 2004. *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J., Susan E. Scarrow, und Bruce E. Cain. 2003. New Forms of Democracy? Reform and Transformation of Democratic Institutions. In *Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies*, Hrsg. Russell J. Dalton, Susan E. Scarrow, und Bruce E. Cain, 1-20. Oxford: Oxford University Press.
- Donovan, Todd, und Jeffrey A. Karp. 2006. Popular Support for Direct Democracy. *Party Politics* 12: 671-688. DOI: 10.1177/1354068806066793.
- Dyck, Joshua J. 2009. Initiated Distrust. Direct Democracy and Trust in Government. *American Politics Research* 37: 539-568. DOI: 10.1177/1532673X08330635.
- Easton, David. 1965. *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5: 435-457. DOI: 10.1017/S0007123400008309.
- Finifter, Ada W. 1970. Dimensions of Political Alienation. *American Political Science Review* 64: 389-410. DOI: 10.2307/1953840.
- Fishkin, James S. 1995. *The Voice of the People. Public Opinion and Democracy*. New Haven/London: Yale University Press.
- Freyburg, Tina. 2011. Demokratisierung durch Zusammenarbeit? Funktionale Kooperation mit autoritären Regimen und Sozialisation in demokratischem Regieren. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 18: 5-46. DOI: 10.5771/0946-7165-2011-1-5.
- Freyburg, Tina. 2012. Wenn die Wüste blüht. Eine Replik auf Thomas Bräuninger. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 19: 103-120. DOI: 10.5771/0946-7165-2012-1-103.
- Fuchs, Dieter, und Robert Rohrschneider. 2001. Der Einfluß politischer Wertorientierungen auf Regimeunterstützung und Wahlverhalten. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann, und Max Kaase, 245-282. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Gabriel, Oscar W., Harald Schoen, und Kristina Faden-Kuhne. 2014. *Der Volksentscheid über Stuttgart 21. Aufbruch zu neuen demokratischen Ufern?* Opladen: Barbara Budrich.
- Hug, Simon. 2004. Occurrence and Policy Consequences of Referendums. A Theoretical Model and Empirical Evidence. *Journal of Theoretical Politics* 16: 321-356. DOI: 10.1177/0951629804043205.
- Hug, Simon. 2005. The Political Effects of Referendums. An Analysis of Institutional Innovations in Eastern and Central Europe. *Communist and Post-Communist Studies* 38: 475-499. DOI:10.1016/j.postcomstud.2005.09.006.
- Kaase, Max. 2011. Participation. In *International Encyclopedia of Political Science*. Hrsg. Bertrand Badie, Dirk Berg-Schlosser, und Leonardo Morlino, 1777-1788. Los Angeles: Sage.
- Linde, Jonas, und Joakim Ekman. 2003. Satisfaction with Democracy. A Note on a Frequently Used Indicator in Comparative Politics. *European Journal of Political Research* 42: 391-408. DOI: 10.1111/1475-6765.00089.
- Nachmias, David. 1974. Modes and Types of Political Alienation. *British Journal of Sociology* 25: 478-493. DOI: 10.2307/590156.
- Norris, Pippa. 1999. Introduction: Growth of Critical Citizens? In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*, Hrsg. Pippa Norris, 1-27. Oxford: Oxford University Press.
- Norris, Pippa. 2011. *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ohr, Dieter. 2010. Lineare Regression. Modellannahmen und Regressionsdiagnostik. In *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Hrsg. Christof Wolf, und Henning Best, 639-675. Wiesbaden: VS Verlag.
- Olken, Benjamin A. 2010. Direct Democracy and Local Public Goods. Evidence from a Field Experiment in Indonesia. *American Political Science Review* 104: 243-267. DOI: 10.1017/S0003055410000079.
- Pateman, Carole. 1970. *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scarrow, Susan E. 2003. Making Elections More Direct? Reducing the Role of Parties in Elections. In *Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies*, Hrsg. Bruce E. Cain, Russell J. Dalton, und Susan E. Scarrow, 44-58. New York: Oxford University Press.
- Schäfer, Ansgar, Christian Adam, und Michael Schlichenmaier. 2012. Das Plebiszit über das Bahnprojekts „Stuttgart 21“. Eine Analyse der Abstimmungsergebnisse in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22: 187-213.
- Smith, Daniel A., und Caroline J. Tolbert. 2004. *Educated by Initiative. The Effects of Direct Democracy on Citizens and Political Organizations in the American States*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle, und Adrian Vatter. 2012. Does Satisfaction with Democracy Really Increase Happiness? Direct Democracy and Individual Satisfaction in Switzerland. *Political Behavior* 34: 535-559. DOI: 10.1007/s11109-011-9164-y.
- Thaa, Winfried. 2013. „Stuttgart 21“. Krise oder Repolitisierung der repräsentativen Demokratie? *Politische Vierteljahresschrift* 54: 1-20.

Vatter, Adrian, und Anja Heidelberger. 2013. Volksentscheide nach dem NIMBY-Prinzip? Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens zu Stuttgart 21. *Politische Vierteljahresschrift* 54: 317-336.

Zaller, John R. 1992. *The Nature and Origins of Mass Opinion*. New York: Cambridge University Press.

Autorenangaben

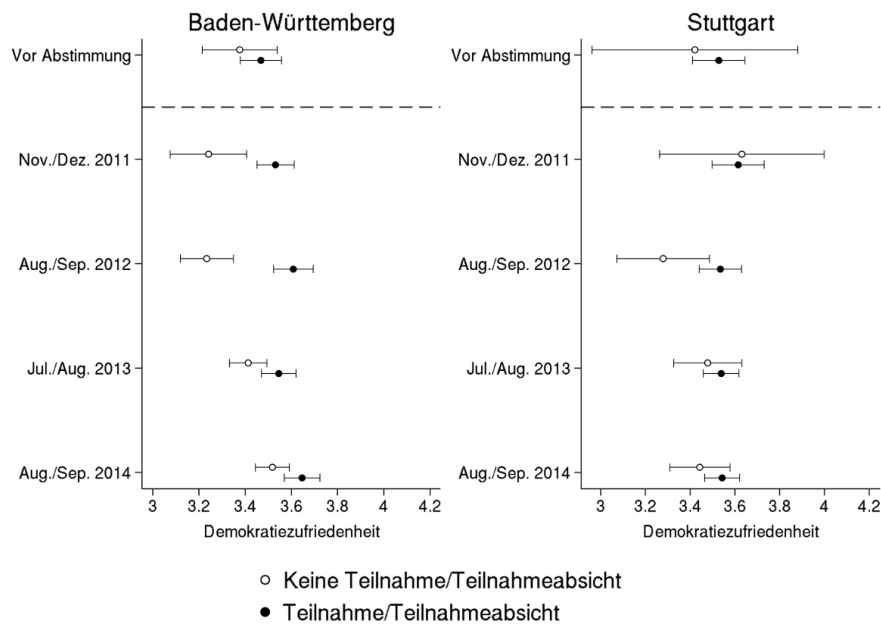
Benjamin C. Sack
Institut für Politikwissenschaft
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Hegelstraße 59
55112 Mainz
E-Mail: sack@politik.uni-mainz.de

A.5. Erratum zu Studie 3

Beim Abdruck des Artikels in der Politischen Vierteljahresschrift wurden leider einige Grafiken vertauscht und eine Grafik ausgelassen. Abbildung 2 wurde durch die eigentliche Abbildung 3 ersetzt und hierdurch gar nicht gedruckt. Abbildung 3, die eigentlich Abbildung 4 sein sollte, wurde zwei mal (als Abbildung 3 und Abbildung 4) gedruckt.

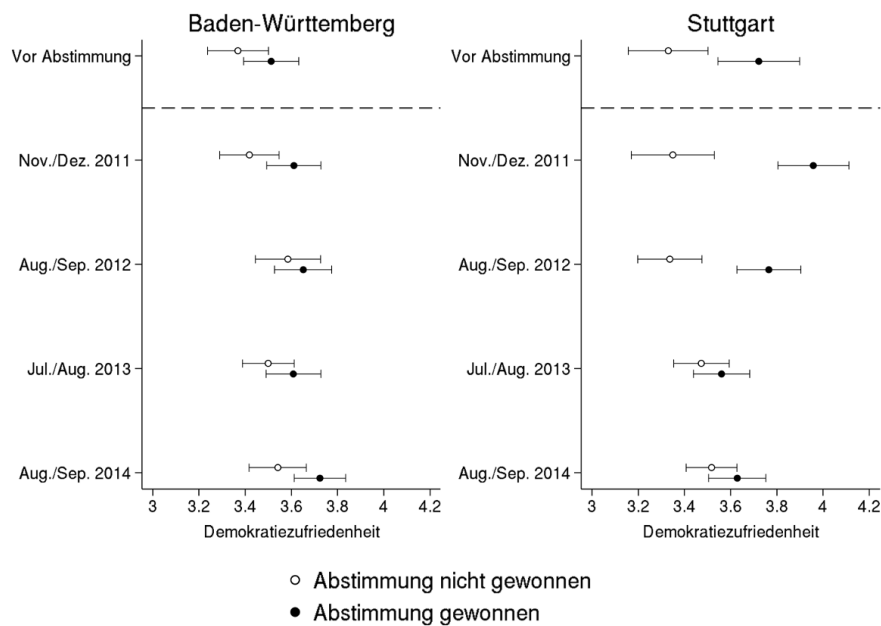
Daher finden sich nachfolgend alle 4 Abbildungen in der ursprünglich gedachten Reihenfolge mit den jeweiligen Abbildungstiteln und den zugehörigen Fußnoten.

Abbildung A.1.: Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg und Stuttgart in Abhängigkeit von der Teilnahme an der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘ (2011-2014)



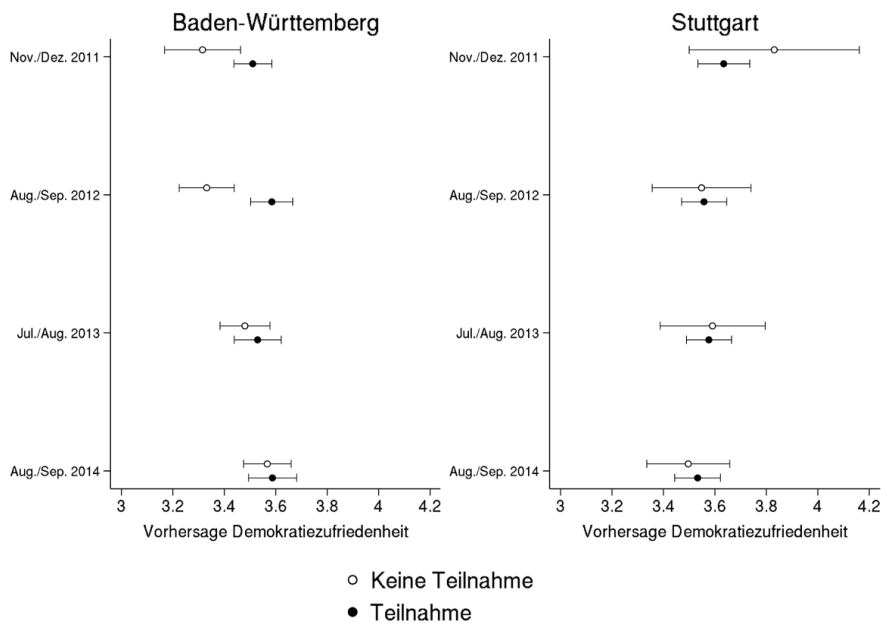
Quelle: „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“, eigene Berechnungen. Dargestellt sind die Mittelwerte und die zugehörigen 95 Prozent-Konfidenzintervalle.

Abbildung A.2.: Demokratiezufriedenheit in Baden-Württemberg und Stuttgart in Abhängigkeit des Gewinns der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘ (2011-2014)



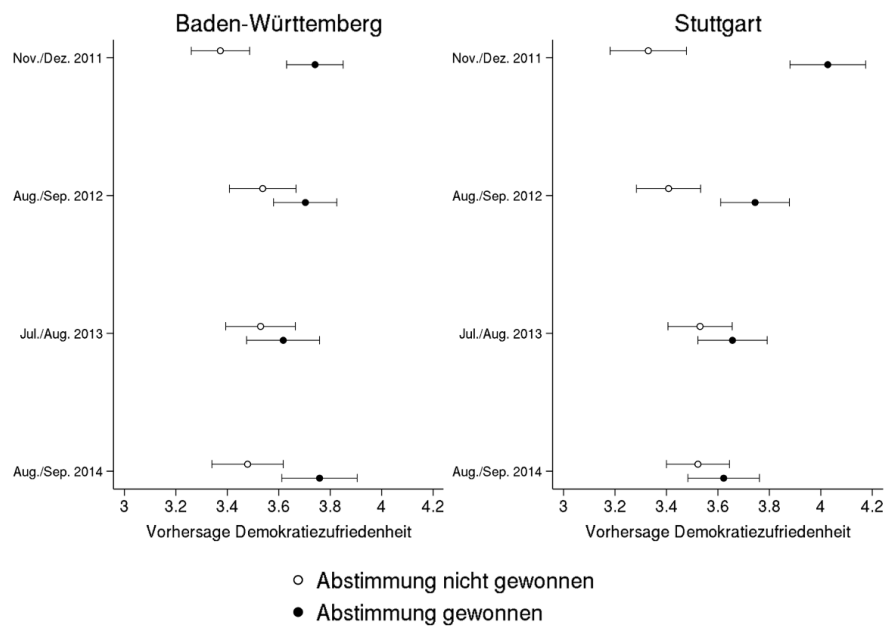
Quelle: „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“, eigene Berechnungen. Dargestellt sind die Mittelwerte und die zugehörigen 95 Prozent-Konfidenzintervalle.

Abbildung A.3.: Vorhergesagte Werte der Demokratiezufriedenheit für Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer im zeitlichen und räumlichen Vergleich



Quelle: „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“, eigene Berechnungen. Dargestellt sind die vorhergesagten Werte auf Basis der Regressions-schätzungen der Modelle 3 (Baden-Württemberg) und 6 (Stuttgart).

Abbildung A.4.: Vorhergesagte Werte der Demokratiezufriedenheit für Gewinner und Verlierer im zeitlichen und räumlichen Vergleich



Quelle: „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘ / Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden- Württemberg“, eigene Berechnungen. Dargestellt sind die vorhergesagten Werte auf Basis der Regressions-schätzungen der Modelle 9 (Baden-Württemberg) und 12 (Stuttgart).

B. Erklärungen und Lebenslauf

B.1. Eidesstattliche Versicherung

Hiermit versichere ich, Benjamin C. Sack, dass ich die als Dissertation vorgelegte Abhandlung in keinem anderen Verfahren zur Erlangung des Doktorgrades oder als Prüfungsarbeit für eine akademische oder staatliche Prüfung eingereicht habe, dass ich die vorgelegte Abhandlung selbständig verfasst, keine anderen als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und die den benutzten Werken wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen kenntlich gemacht habe.

B.2. Erklärung zur Vermittlung

Hiermit erkläre ich, Benjamin C. Sack, dass die Gelegenheit zum vorliegenden Promotionsverfahren nicht kommerziell vermittelt worden ist und dass ich insbesondere keine Organisation eingeschaltet habe, die gegen Entgelt Betreuer und Betreuerinnen für die Anfertigung von Dissertationen sucht oder die der Doktorandin oder dem Doktoranden obliegenden Pflichten hinsichtlich der Prüfungsleistungen ganz oder teilweise erledigt.

B.3. Lebenslauf

Benjamin C. Sack

Berufserfahrung

- 03/2024 – 09/2025 **Wissenschaftlicher Mitarbeiter**, Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau, Institut für Betriebspädagogik & Personalentwicklung
- 04/2015 – 04/2019 **Wissenschaftlicher Mitarbeiter**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft
- 12/2014 – 11/2015 **Projektmitarbeiter**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft
- 11/2011 – 12/2014 **Wissenschaftliche Hilfskraft & Tutor**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft

Ausbildung

- 10/2012 – 12/2014 **Master of Arts** *Empirische Demokratieforschung*, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- 04/2008 – 02/2013 **Bachelor of Arts** *Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften*, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- 09/1996 – 04/2007 **Abitur**, Carl Bosch-Gymnasium, Ludwigshafen am Rhein